ATZE

Nr. 16
Okt.-Dez. 1992 – 2,50 DM

Nichts erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen

Nein!

Inhaltsverzeichnis

Abonniert die ATZE!

Seit bald 5 Jahren erscheint die ATZE vierteljährlich. Die Redaktion besteht aus Antifaschistinnen und Antifaschisten aus den verschiedensten politischen Spektren. Wir versuchen die Diskussionen innerhalb der gesamten antifaschistischen Bewegung darzustellen, und weiterzuentwickeln und über Diskussionen und Entwicklungen innerhalb der faschistischen Bewegung und Parteien, sowie der „Braunzone“ zwischen Faschisten und bürgerlichen Parteien zu informieren. Darüber hinaus beschäftigen wir uns mit den gesellschaftlichen Grundlagen, aus denen heraus sich faschistisches Gedankengut entwickelt. Rassismus und Fremdenhass sind solche Grundlagen, genau wie die Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen. Woher kommen solche Strukturen, wem nützen sie, und wie können wir dagegen angehen?

Nicht zuletzt, beschäftigen wir uns mit den ökonomischen und politischen Ursachen des Faschismus. Denn:

„Wer nichts ist als ein Antifaschist, ist kein Antifaschist“ (Erich Fried).

Abo:

Noch (!) 15 DM für vier Ausgaben inclusive Sondernummern - also ein Jahr ATZE ! Einfach auf untenstehendes Konto überweisen oder an unsere Adresse zuschicken.

Atze

Antifaschistische Zeitung Kiel
Schweffelstraße 6
2300 Kiel 1
Auflage: 900
Nr. 16, Sept./Okt. 1992
V.i.S.d.P.: W. Petersen
Abdruck, auch auszugsweise, nur nach Rückfrage bei der Redaktion oder den AutorInnen
Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20
Redaktionsschluß für die Nummer 17:
10. November 1992

Liebe Leserinnen, Liebe Leser,

Rostock, Eisenhüttenstadt, Quedlinburg - inzwischen sind selbst die Angriffe größerer Gruppen von Rassisten und Faschisten gegen Flüchtlingsunterkünfte zu alltäglichen Ereignissen in Deutschland geworden. Rostock markiert dabei nach Hoyerswerda eine neue Qualität des Terrors von rechts. Tagelang schauen die Verantwortlichen dieser Republik den vom Vernichtungswillen getragenen Taten zu. Nicht nur, daß sie für ihre Entstehung mitverantwortlich waren - jetzt geben sie den Rostocker Pogrom auch noch als legitimen "Bürgerprotest" aus, der sie zu "schnellem Handeln", sprich: der endgültigen Beseitigung des Asylrechts, zwinge.

Gemessen an der Unterstützung, die die rassistischen Gewalttäter aus den Reihen der Politik und der Bevölkerung erhalten, ist von antifaschistischen Gegenaktivitäten immer noch viel zu wenig zu sehen. So wichtig es war, mit möglichst vielen Menschen in Rostock ein Signal gegen Rassismus zu setzen, so richtig war es, zum selben Zeitpunkt auch in Kiel eine Demonstration durchzuführen. So bestand auch für diejenigen, die aus zeitlichen oder anderen Gründen an der bundesweiten Demonstration nicht teilnehmen konnten, die Gelegenheit ihre Stimme in der Öffentlichkeit hörbar werden zu lassen. Denn letztlich kommt der politischen und praktischen Bekämpfung rassistischer Ideologie und Taten im eigenen Lebensumfeld die entscheidende Bedeutung zu.

Dabei wird es mit gelegentlichen Demonstrationen natürlich nicht getan sein. Auch das Erschrecken vor immer brutalerem rassistischen Terror unterliegt offensichtlich einem Gewöhnungseffekt. Antifaschismus muß zum selbstverständlichen Bestandteil unseres Alltags werden. Das fängt bei kleinen Dingen an. Nicht wegsehen, sondern hinschauen uns sich einmischen, wenn andere diskriminierend behandelt oder verächtlich gemacht werden. Eben nicht zum rassistischen Witz schweigen, sondern ihn entlarven als einen Beitrag zu einem gesellschaftlichen Klima in dem Rostock möglich war. Eben nicht Rückzug ist das Gebot der Stunde, sondern die Suche nach Gleichgesinnten. Denn wir scheinen um so weniger zu sein, je weniger den Mut haben **"Nein"** zu sagen. Daß wir gar nicht so wenige sind, haben die Demonstrationen in Rostock und anderswo gezeigt. Gleichwohl wird unser Einfluß in dem Maße zunehmen, wie wir nicht mehr vereinzelt, sondern organisiert und gemeinsam gegen menschenverachtende Ausgrenzungs- und Vernichtungsstrategien handeln.

Auch mit dieser Ausgabe unserer Zeitung versuchen wir dazu einen Beitrag zu leisten. Alleine elf Seiten füllen Berichte über den Pogrom in Rostock. Drei dieser Artikel wurden uns freundlicherweise von der Lübecker Antifaschistischen Zeitung zur Verfügung gestellt.

Außerdem informieren wir über die neuesten Aktivitäten im neofaschistischen Spektrum Schleswig-Holsteins. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir dabei dem regionalen Zweig des US-amerikanischen Geheimbundes Ku Klux Klan, gegen den die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren nach § 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) eingeleitet hat.

Wie in der letzten Ausgabe angekündigt, gibt es erstmals die neue Rubrik "Aus dem Landtag". Dieses Mal berichten wir vor allem über das Auftreten der DVU im schleswig-holsteinischen Landesparlament. Beachtung verdient ohne Zweifel auch der "Offene Brief an den Landesbezirksvorstand Nord der IG Medien", der das Schweigen der Gewerkschaften angesichts der rasanten Rechtsentwicklung kritisch unter die Lupe nimmt.

Die **ATZE**-Redaktion

20 000 AntifaschistInnen demonstrieren in Rostock - Lichtenhagen

Für den 29.8. wurde bundesweit von einem breiten Spektrum antifaschistischer Gruppierungen zu einer Großdemonstration unter dem Motto „Stoppt die Pogrome" mobilisiert. Beteiligt waren neben den Grünen, einzelnen Gewerkschaften, lokalen antifaschistischen Initiativen und autonomen AntifaschistInnen auch Friedensgruppen und einzelne Gliederungen der SPD und Jusos. In Rostock hatte ein Bürgerbündnis, Jusos, PDS und Grüne aufgerufen.

Da die Mobilisierungszeit recht kurz war, verliefen einige Vorbereitungen recht chaotisch, was den Erfolg der Demonstration aber nicht schmälerte. Vorbesprechungen mit nahezu allen Beteiligten in Schleswig-Holstein, also auch den Autonomen, ergaben ein vielversprechendes Konzept für das Verhalten auf der Demo. Man einigte sich darauf, daß die politische Manifestation gegen die Pogrome in Rostock, den wachsenden Rassismus, aber auch gegen das skandalöse bis verbrecherische Verhalten der Polizei nicht durch unüberlegte Aktionen gefährdet werden sollte. Provokationen durch Polizei oder Nazis sollten nicht die Demonstrationsordnung durcheinanderbringen können. Nur direkte Angriffe von Faschisten sollten gebührend abgewehrt werden. Durch diese besonnene Vorgehensweise, wurde versucht, auch die-jenigen Menschen anzusprechen, die zwar ihren Protest gegen die Rostocker Pogrome ausdrücken wollten, aber (berechtigte) Angst vor Ausschreitungen hatten.

Von Lübeck aus wurde zu zwei Treffpunkten hin mobilisiert. Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus fuhr mit Bussen der schleswig-holsteinischen Grünen, ein Autokonvoi startete von der Alternative. Dieses doppelte Verfahren war aber keine Spaltung der AntifaschistInnen, sondern eher eine Ergänzung. Es gab auch untereinander Kontakt. Sowieso war geplant, daß sich die Busse dem Konvoi später anschließen sollten. Leider ist es dazu durch die späte Abfahrt der Busse nicht gekommen.

In den beiden Bussen der Grünen fuhren über 70 LübeckerInnen, um die 20 KielerInnen und 20 AntifaschistInnen aus anderen Städten mit. Die Fahrt nach Rostock verlief relativ problemlos, wir gerieten zwar in eine Polizeisperre, die ca. 25 Polizeibeamten aus Güstrow hatten jedoch mit drei PKWs genug zu tun, so daß sie die beiden Busse durchwinkten. Vielleicht hatten sie auch zuviel Respekt vor gut 100 zusätzlichen DemonstrantInnen.

Unsere Busse kamen zwar erst gut eine Stunde nach dem offiziellem Demobeginn um 13.00 Uhr in der Güstrower Str., vor der angegriffenen Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber an, doch wir waren (leider) nicht die letzten, auf die gewartet werden mußte: In Polizeisperren wurden Busse und PKW aus Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein festgehalten. Die Polizei, die zugesehen hat, wie rassistische Randalierer das Flüchtlingsheim angezündet haben, die tagelang angeblich keine Kräfte zur Vertreibung des Mobs hatte, zeigte wieder deutlich, was sie von den antifaschistischen Protesten hielt. Nicht nur, daß eine Armee von 3500 Beamten in Lichtenhagen bereit stand, gegen die AntifaschistInnen vorzugehen, die Polizei wollte auch durch das Festhalten und die Durchsuchungen der Busse die DemoteilnehmerInnen schwächen und provozieren. Es wurde beschlossen, solange in der Güstrower Str. zu bleiben, bis alle festgehaltenen AntifaschistInnen eingetroffen sind. Immerhin waren um 14.30 Uhr noch mehr als 2300 TeilnehmerInnen auf dem Weg. Trotzdem hatte sich schon eine sehr große Menschenmenge in den Straßen rund um das ehemalige Flüchtlingsheim versammelt. Schätzungen beliefen sich auf 17000 (die Polizeiangaben waren natürlich wie immer wesentlich niedriger, sie behaupteten daß 13000 DemonstrantInnen in Lichtenhagen protestierten).

Über Megaphon wurden neue Informationen von den Festgehaltenen durchgegeben, zu denen Kontakt über Funktelefone bestand. Die Polizeitaktik war klar: Den Demonstrationsbeginn solange wie möglich zu verzögern. Versprechungen der Polizeiführung, die Sperren aufzulösen und die AntifaschistInnen passieren zu lassen, wurden mehrmals angekündigt und dann doch nicht eingehalten.

Während des Wartens wurden die ersten Redebeiträge von Flüchtlingen, Rostocker autonomen Antifaschisten, den örtlichen Jusos und auch von einem beschämten und erzürnten Lichtenhagener Einwohner gehalten. Nicht nur die Wut über die Ereignisse, den Unwillen der Polizeiführung und der politisch Verantwortlichen prägte die Redebeiträge, sondern es wurde auch die Lichtenhagener Bevölkerung, die Täter und johlenden Gaffer angesprochen. Sie wären voll der Sündenbockstrategie der Herrschenden aufgesessen, hätten ihren Frust nicht an den wirklich Verantwortlichen abgelassen, sondern sich die Schwächsten ausgesucht, die keine Schuld an den sozialenVerhältnissen haben, und auch keine Einflußnahme darauf, wie sie auch in Lichtenhagen untergebracht wurden.

Zwischendurch bildeten sich an den angefahrenen Eisverkaufswagen lange Schlangen: Mit Preisen bis zu einer DM pro Kugel machten einige ostdeutsche Neukapitalisten ein gutes Geschäft mit dem Erfrischungsbedarf der AntifaschistInnen. Aufheiterung gab es noch, als drei Polzeibeamten, die vom Dach eines Hochhauses die Demo filmten (Wo werden diese Bilder veröffentlicht?), zugerufen wurde: „Springt doch, springt doch!" Die Beamten quittierten diese Zurufe mit ihrem Verschwinden.

Gegen 15.30 Uhr kamen die ca. 20 Busse (!) aus Berlin an, sie wurden begeistert begrüßt. Doch noch befanden sich die Hamburger und ein Teil derSchleswig-Holsteiner in einer Polizeisperre bei Bad Doberan. Als die Polizei sich hier unnachgiebig zeigte, wurde nach weiteren eineinhalb Stunden Warten von der Demoleitung beschlossen, eine kürzere Demoroute, als zunächst geplant, einzuschlagen. Nach Zustimmung der Festgehaltenen wurde

mit dem Marsch begonnen, auch weil sich abzeichnete, daß viele TeilnehmerInnen, vor Dunkelheit wieder in den Bussen und PKW sitzen wollten. Noch war es unsicher, ob Faschistengruppen sich in der Nähe der Demo aufhielten. Schließlich marschierte eine hunderte Meter lange Menschenmasse durch das Rostocker Ghetto, bis hin zum Stadtteil Lütten Klein. Lautstark schallten antifaschistische Parolen durch die Wohnblocks, eine eindrucksvolle Manifestation, daß der faschistische Terror, der bei der Bevölkerung auf viel Beifall gestoßen war, nicht unwidersprochen hingenommen wird.

Von Fenstern und Balkons beobachteten viele Lichtenhagener die Demo, nur sehr wenige machten ihre Symphatie deutlich. Viele schauten einfach nur zu, reagierten nicht auf die Zurufe, daß sie das Glotzen sein lassen und sich einreihen sollten.

Megaphondurchsagen richteten sich immer wieder an die Gaffer: „Honecker, Mielke, Tisch und Axen waren DEUTSCHE!“, „Warum klatscht ihr nicht?“, „Wenn ihr euch so gegen Treuhand und Regierung gewehrt hättet, wie ihr euch gegen die Flüchtlinge gewendet habt, hättet ihr jetzt noch eure Arbeit!“.

Zwar sollten wir uns hüten, gleich alle EinwohnerInnen Lichtenhagens mit dem rassistischen Mob in einen Topf zu werfen, aber die Unterstützung für die Pogrome war sehr groß, Gegenaktionen der nicht-rassistischen EinwohnerInnen blieben aus.

Der autonome Block wurde von starken Polizeikräften im Spalier „begleitet“ und immer wieder provoziert. Zusätzlichen psychischen Druck sollten wohl auch sechs Hubschrauber, die über den Zug hinwegflogen und später in direkter Nähe landeten ausüben. Ob die Bevölkerung sich gefragt hat, was dieser (unnötige) Polizeieinsatz sie an Steuergeldern gekostet hat? Gegen 18.00 schließlich stießen dann auch die Festgehaltenen aus Hamburg und Schleswig-Holstein zu uns. Die Demonstration war jetzt wohl um die 20000 Menschen stark.

Später wurde dann von Politiker behauptet, der ruhige Ablauf sei dem starken Polizeiaufgebot zu verdanken gewesen. Ich denke, dies ist blanker Unsinn: Trotz der Provokationen durch die Polizei haben sich alle AntifaschistInnen besonnen verhalten. Wenn wir uns eine Straßenschlacht mit den „Ordnungs“kräften hätten liefern wollen, wäre dies auch möglich gewesen. Wir aber wollten zeigen, von wem die Gewalt in Lichtenhagen ausgeht, daß es Augenwischerei ist, Nazis und AntifaschistInnen in einen Topf zu werfen, beide Gruppierungen als zwei Seiten der gleichen extremistischen Medaille zu betrachten. Nach einigen Kilometern durch ewig gleichaussehende Wohnblocks versammelte sich die Demo wieder an der Güstrower Straße zur Abschlußkundgebung. Dabei soll es noch zu einer kleineren Auseinandersetzung gekommen sein, von der wir, die wir uns im hinteren Teil der Demo befanden, aber nichts bemerkt haben. Es sprachen noch einmal die Rostocker VeranstalterInnen und der Ausländerbeauftragte der Stadt Rostock, der sich am Montag bei den Vietnamesen im brennenden Gebäude befand. Ohne Zwischfälle machten sich die Angereisten dann auf den Heimweg.



Die Stärke der Demonstration, die Tatsache, daß auch Leute aus entfernteren Teilen der BRD angereist sind, zeigt, daß viele Menschen ihrer Wut und Betroffenheit auf der Straße Ausdruck verleihen wollten. Dem rassistischen Mob gehörte einige Tage lang unter Duldung der Polizei die Straße. An diesem Samstag aber war keine Aktion der Nazis und ihres Anhangs möglich. Und dies ausschließlich, weil eine große und besonnen handelnde, wenngleich auch entschlossene antifaschistische Demonstration durch Lichtenhagen zog.

Tatsache aber ist, daß wir nur nach der rassistischen Gewalt protestieren konnten, d.h. mindestens fünf Tage zu spät, um dem Mob vor dem Heim in die Schranken zu weisen und die Flüchtlinge und Vietnamesen zu schützen. Auch nach anderen rassistischen gewalttaten und dem Pogrom in Hoyerswerda hat es Demonstrationen gegeben, die zwar nicht so groß waren, wie die in Rostock, die aber auch deutlich machten, daß es in diesem Land immer noch mehr Menschen gibt, die gegen faschistische Aktivitäten auf die Straße gehen, als aus ausländerInnenfeindlichen Motiven. Trotzdem ist zu befürchten, daß sich das Ausmaß rassistischer Gewalt in den nächsten Monaten und Jahren vergrößert, denn die Strategie der Herrschenden, insbesondere die Flüchtlinge als Sündenbock für ihr eigenes Versagen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu benutzen, geht erst einmal auf. Dem flüchtlingsfeindlichen Trommelfeuer von „Bild“, „LN“ und anderen Medien, die nur wiederkäuen, was Kohl, Seiters, Möllemann, Stoiber, Engholm und Janßen vorgeben, können AntifaschistInnen wenig entgegenhalten. Vor allen Dingen laufen wir den Ereignissen zur Zeit nur hinterher. Es ist höchste Zeit zu überlegen, wie linke/antifaschistische Politik in Zukunft wieder politische Themen besetzen kann und eine Opposition zur (noch inoffziellen) Großen Koalition von CDU/CSU/FDP/SPD aufzubauen.

Der Glaube an eine Zukunft, die auf Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und Toleranz beruht, fehlt. Der realexistierende Kapitalismus wird als unumstößliche Grundlage angesehen, ein Verteilungskampf nur unter den Schwachen, nicht aber gegen die Herrschenden geführt.

Gelingt es nicht, durch praktische Handlungen die Orientierung weg von der Asyldebatte und auf Unternehmer und Regierung. also auf die wirklichen Schmarotzer zu lenken, droht eine noch breitere Akzeptanz des Rassismus.

Pucki

Demonstration in Kiel:
Gegen Nazi-Terror und Rassismus

Auch in Kiel gab es parallel zur bundesweiten Demonstration in Rostock gegen die dortigen Pogrome am 29.8. eine Demonstration gegen Nazi-Terror und Rassismus. 500 bis 700 Menschen sammelten sich auf dem Asmus-Bremer-Platz und zogen durch die Innenstadt. In einer der Reden zum Auftakt wurden noch einmal die Vorfälle in Rostock geschildert und dabei auf die Verantwortung der Bundes- und Landesregierungen hingewiesen, besonders auch auf den merkwürdig zurückhaltenden Einsatz der Polizei und auf die skandalöse Tatsache, daß mehrere Dutzend AntifaschistInnen, die sich mit den Flüchtlingen während der Pogrome durch eine Demonstration vor Ort solidarisiert hatten, festgenommen wurden und in den Bilanzen der Polizei als Nazis auftauchten. In einem weiteren Beitrag fragte ein Mitglied der Industrie Gewerkschaft Medien, weshalb es bei uns nicht wie in anderen Ländern (z.B. Schweden) zum Streik gekommen ist und was jemand wie Engholm, der die Pogrome zum Anlaß nimmt, die SPD auf den Kurz der Abschaffung des Asylrechts einzuschwören, noch in der Gewerkschaft zu suchen hat. Auf der Abschlußkundgebung wurde in zwei Beiträgen über den Stand des Asylrechts und die Verantwortung der Bundesregierung für die Fluchtursachen am Beispiel Kurdistans informiert.

Die Demonstration war von einem Kreis antifaschistischer Gruppen und einer ganzen Reihe Einzelpersonen kurzfristig vorbereitet worden, als im Rahmen der Vorbesprechungen für Rostock klar wurde, daß viele nicht mit zur zentralen Demonstration fahren würden aber dennoch etwas machen wollten. Im Nachhinnein gibt die gute Beteiligung an beiden Aktionen dieser Doppelstrategie recht.

Auf dem Vorbereitungstreffen für die Kieler Demonstration war es zu einer Kontroverse darüber gekommen, ob SPD-PolitikerInnen wegen eines Kundgebungsbeitrags angesprochen werden sollten. Vor allem Pastor Onnasch aus Kronshagen, der dort eine engagierte Arbeit mit Flüchtlingen betreibt, sprach sich dafür aus. Andere hielten wenig davon, bzw. waren nur dann dazu bereit, wenn vorher klar gewesen wäre, daß diese nicht die neue Engholm-Linie verteidigen würden. Es wurde sich schließlich darauf geeinigt, bei der Landtagspräsidentin anzufragen, ob diese Interesse habe, unter den genannten Voraussetzungen eine Rede zu halten. Pastor Onnasch, der meinte, man könne RednerInnen keine Vorschriften machen und dem auch der Kreis der Aufrufenden nicht breit genug war, zog darauf hin seine geplante Kundgebungsrede zurück. Die Landtagspräsidentin, die auf der Grundlage des Beschlusses angesprochen wurde, lehnte einen Auftritt ab.



Antirassistische Demonstration in Oelixdorf

Eine weitere Demonstration gab es am 28.8. in Oelixdorf bei Itzhoe, wo sich das schleswig-holsteinische Erstaufnahmelager befindet, daß seit Monaten mit unhaltbaren Zuständen Schlagzeilen macht. Ausgelegt für 180 Personen, ist es seit längerem mit 500 bis 700 Flüchtlingen belegt. Ein nicht geringer Teil der Anwohner fühlt sich von den Flüchtlingen belästigt und beschwert sich über die vor dem Lager Kampierenden, denen nach 17.00 Uhr die Aufnahme verweigert wird. Da eine Bürgerinitiative für den Freitagnachmittag zu einer Kundgebung vor em Lager aufgerufen hatte, die allerdings wieder abgesagt wurde, hatten schleswig-holsteinische AntifaschistInnen, eine Wiederholung der Rostocker Ereignisse befürchtend, ebenfalls nach Oelixdorf mobilisiert. Rund 200 kamen, davon ca. 30 aus Kiel, und machten in einer Kundgebung vor der Aufnahmestelle und einer Demonstration durch den Ort die guten Bürger darauf aufmerksam, daß sie die Schuld für die Mißstände bei der Landesregierung und nicht bei den Flüchtlingen zu suchen haben.

Die Berichterstattung der KN

Die Berichterstattung der Kieler Nachrichten war durch ignorieren der antirassistischen Aktionen gekennzeichnet. über die Demo in Oelixdorf wird nur ein einziger lapidarer Satz gebracht, die Kieler Demonstration wird, obwohl bereits am Donnerstag bekannt, erst am Samstag angekündigt und am Montag danach mit keiner Silbe erwähnt. Stattdessen zitiert sie einen rumänischen Flüchtling ausgiebig mit diffamierenden äußerungen gegen die zahlreichen Roma, die aus Rumänien vor den dortigen gegen sie gerichteten Pogromen fliehen. Das Kieler Bündnis gegen Rassismus und Abschiebung greift in einem offenen Brief an die KN deren Politik an und stellt fest: „Nicht nur wer faschistische Pogrome stillschweigend hinnimmt, macht sich mitschuldig, sondern auch wer sich über den Widerstand dagegen weitgehend ausschweigt, hilft er doch so dabei mit, daß sich dieser Widerstand nicht verbreitert und damit den Nazis immer mehr das Feld überlassen wird."

(wop)

Der Pogrom von Rostock

Der Pogrom von Rostock war eine neue Dimension der Gewalt gegen Flüchtlinge und AusländerInnen. Er ist - nach Hoyerswerda und den faschistischen Wahlerfolgen von Bremen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein - ein weiteres unübersehbares Zeichen für einen dramatischen Wandel im politischen Klima der BRD, der sich zwar seit längerem abzeichnet, aber erst in der Zukunft voll durchschlagen wird.
Die antifaschistische Bewegung hat sich dieser Entwicklung zwar entgegengestemmt, sie aber bis jetzt nicht aufhalten können - und wir sollten uns auch keine Illusionen über künftige Erfolge machen. Falsch wäre es jedoch, dem Zeitgeist entsprechend apokalyptische Untergangsvisionen zu verbreiten. Wir haben Möglichkeiten des Eingreifens und wir sollten sie nutzen. Voraussetzung dafür ist allerdings eine klare Analyse der Situation und die Entwicklung neuer linker Politik.

Der Rassismus entsteht nicht von allein in den Köpfen der Menschen. Er wird gezielt verbreitet und gefördert. Seit über einem Jahr sind wir Zeuge einer beispiellosen Hetzkampagne gegen Flüchtlinge. Täglich sind die Zeitungen voll von Berichten über „Scheinasylanten" und die angebliche „Überlastung" Deutschland mit AsylbewerberInnen. Die Diskussion um die Verschärfung des Asylrechts schiebt alle anderen - eigentlich wichtigeren - innenpolitischen Fragen in den Hintergrund.

CDU und SPD gemeinsam gegen das Asylrecht

Vorreiter dieser Kampagne war vor allem die CDU/CSU, die sie mit dem berüchtigten Rühe-Papier vom Sommer 1991 offensiv eröffnete. Darin wurden die CDU-Parteigliederungen aufgefordert, das Asylrecht zum Wahlkampfthema zu machen. Die SPD hat sich von ihrer einstigen Oppositionsrolle so weit entfernt, daß sie der rassistischen Hetze außer vereinzelten wohlklingenden Erklärungen nichts mehr entgegenzusetzen hatte, sondern im Gegenteil selbst in die Hetzkampagne einstieg.

Eine besonders unrühmliche Rolle spielt dabei Schleswig-Holsteins Sozialminister Jansen. Er zeigte sich kompromißlos gegenüber den Flüchtlingen, die sich vor Angriffen in Ostdeutschland in eine Kirche in Norderstedt geflüchtet hatten und er inszenierte den Zählappell, mit dem der unberechtigte Doppel- oder Mehrfachbezug von Sozialhilfe aufgedeckt werden sollte. Damit wurde - nicht ganz zufällig mitten im Landtagswahlkampf - eine Pressekampagne ausgelöst, die alle AsylbewerberInnen pauschal als BetrügerInnen verdächtigte. Die tatsächlichen Ergebnisse haben diese Unterstellungen zwar mittlerweile Lügen gestraft, doch eine Gegendarstellung erreichte die Öffentlichkeit nicht.

Und im Gefolge des Rostocker Pogroms setzte der einst als SPD-Linker geltende Jansen noch eins drauf: Zusammen mit seinem nordrhein-westfälischen Amtskollegen Heinemann forderte er, die Sozialhilfe für AsylbewerberInnen zu kürzen. Die Liste solcher Beispiele ließe sich für PolitikerInnen von CDU und SPD beinahe beliebig verlängern. Das Ergebnis ist immer das Gleiche: es wird weiter an der Spirale von Haß und Gewalt gegen die Flüchtlinge gedreht.

Zwischen rassistischem Pogrom und sozialem Protest

Der so planmäßig geschürte Rassismus war aber nur einer der Bestandteile der brisanten Mischung, die in Rostock-Lichtenhagen zur Explosion gekommen ist. Die zweite wichtige Komponente ist der tiefsitzende Frust, der vor allem bei den Ostdeutschen über ihre wirtschaftliche und soziale Lage herrscht. Eine enorme Arbeitslosigkeit bestimmt auch im zweiten Jahr nach der Vereinigung das Bild, die Einkommen sind für die meisten gering geblieben, während sich die Preise schnell auf Westniveau bewegt haben. Auch mit den günstigen Mieten ist es bald vorbei. Aussicht auf Besserung besteht keine.

Beinahe noch schlimmer als die wirtschaftliche Not sind die psychologischen Folgen dieser Misere. Das ganze bisherige Leben scheint für die Älteren entwertet, ihre Erfahrungen sind nicht mehr gefragt. Bei den Jugendlichen herrschen Desorientierung und Perspektivlosigkeit. Diese Unzufriedenheit findet ihr Ventil nur allzuoft in rassistischer Gewalt.

Die Flüchtlingshetze als Ablenkungsmanöver

Genau darin liegt auch eine der Erklärungen dafür, daß von staatlicher Seite alles getan wird, um die Bevölkerung gegen die Flüchtlinge aufzuwiegeln. Ihnen ist es nur Recht, wenn sich die Diskussion nicht um die Praktiken der Treuhand oder die Geldverschwendung für Rüstung dreht. Die Flüchtlinge als Sündenbock kanalisieren den Frust in eine für den Staat ungefährliche Richtung.

Diese These klingt zunächst wie eine ziemlich harte und weitreichende Unterstellung. Der Ablauf der Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen läßt sich aber tatsächlich nicht ohne die bewußte Duldung durch die politisch Verantwortlichen erklären. Der Pogrom war nützlich, das zeigen die Reaktionen ganz deutlich. Kurz und pflichtgemäß äußerten Ministerpräsident Seite und sein Innenminister Kupfer Betroffenheit, um danach sofort zum Thema zu kommen: Der Art. 16 des Grundgesetzes muß geändert werden. Der Pogrom als Argument für weitere Verfolgung - ein kaum zu überbietender Zynismus. Während den Flüchtlingen mit schärferen Gesetzen zu Leibe gerückt werden soll, hat man für die klatschenden Bürger „Verständnis". Das muß in den Ohren der Gewalttäter wie eine Aufforderung zum



Weitermachen geklungen haben.

Weitere Indizien, daß die Eskalation bewußt gewollt und gefördert worden ist, finden sich im skandalösen Polizeieinsatz. In der Montagnacht zog sich die Polizei zurück, war fast zwei Stunden nicht vor Ort und gab damit dem Mob die Gelegenheit, das Haus anzünden, in dem über 100 Menschen beinahe verbrannt wären. Hier an reinen Dilettantismus zu glauben fällt schwer. Es wird vollends unmöglich, wenn man sich weitere Aktionen der Polizei vor Augen führt: Auch in der Sonntagnacht konnte die Polizei angeblich nicht das Schleudern von Steinen und Brandbomben gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber verhindern. Sehr wohl war aber gleichzeitig das Mobile Einsatzkommando aus Hamburg in der Lage, ca. 60 AntifaschistInnen, die gegen den Pogrom protestiert hatten, festzunehmen. Sie wurden fast 18 Stunden in Haft genommen, die größte Zeit davon gefesselt auf einem Gefängnishof.

Nicht festgenommen wurde dagegen Christian Worch, eine der führenden Figuren der bundesdeutschen Neonazi-Szene und Vertrauter des verstorbenen Michael Kühnen. Worch wurde an mehreren Tagen in einem Auto mit Funktelefon in Rostock-Lichtenhagen gesehen. Er koordinierte offensichtlich die Angriffe auf das Heim.

Pressekampagne gegen die antifaschistische Demonstration

Wem die Sympathien von Politik und Medien gehören, wurde bei der großen antifaschistischen Demonstration in Rostock am 29.8.1992 endgültig deutlich. In den Tagen vor der Demonstration waren die Medien voll mit Warnungen vor den „linken Chaoten", die Rostock am Wochenende weitere Ausschreitungen bringen würden. In der Tat hat die Polizei auch einiges dafür getan, die DemonstrationsteilnehmerInnen zu provozieren. Aber dennoch ging die Rechnung nicht auf, die Demonstration verlief - wie von den an der Vorbereitung beteiligten Gruppen geplant - friedlich. Daß trotz der Panikmache fast 20.000 Menschen den Weg nach Rostock fanden, muß als großer Erfolg gelten. Auch die zum Schreckgespenst hochstilisierten Autonomen haben dabei bewiesen, daß mit ihnen verbindliche Absprachen über den Demonstrationsverlauf möglich sind.

Den Vogel abgeschossen hat die LN mit ihrem Kommentar in der Sonntagsausgabe vom 30.8. Offensichtlich ohne den Verlauf der Demonstration abzuwarten, ließ Chefkommentator Klaus J. Groth seinem reaktionären Weltbild freien Lauf: „Die erprobte Randale aus dem Westen wird an die Ostsee verlagert. Aus Kreuzberg und aus der Hafenstraße. Der reisende Mob meint nie das Motiv, das er vortäuscht. Wer in bester Absicht zu einer solchen Demonstration wie gestern in Rostock aufruft, muß wissen, welche Geister er ruft, die er nicht wieder los wird. Auch wenn der Anlaß drängend war, zu diesem Zeitpunkt lud Herr Biedermann die Brandstifter ein." Von welcher Demonstration schreibt dieser Mann?

Leider sind solche Presseberichte kein einmaliger Ausrutscher, wie schon zwei Tage später in der LN nachgelesen werden konnte. Rechts- und Linksradikale würden gemeinsam den Rechtsstaat angreifen, wie damals in der Weimarer Republik. Dieser geschichtsklitternde Unsinn stammt aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz. Es hat sich bis dort offensichtlich noch nicht herumgesprochen, daß es die bürgerlichen Kreise waren, die in Scharen von den liberalen und konservativen Parteien zu den Nazis überliefen, während sich der SA-Terror gegen die Arbeiterbewegung richtete. Dazu gibt es dann gleich noch eine moderne Legende: In Rostock seien Faschisten und Linke teilweise gemeinsam gegen die Polizei vorgegangen. Ein Beleg für diese abenteuerliche Behauptung fehlt.

Die Aufgaben für eine neue linke Politik

Viele Menschen, die zu Recht entäuscht sind über ihre soziale Lage und über die politischen Zustände im Land, gehen dem rassistischen Sündenbock-Angebot auf den Leim. „Die Politiker müssen endlich aufwachen", war einer der Sätze, die in Interviews mit der Lichtenhäger Bevölkerung am häufigsten zu hören war. Die rassistische Gewalt hatte eine Komponente von sozialem Protest gegen den Staat. Nur merken diese Menschen nicht, daß sie den „Bonzen" gar keinen größeren Gefallen tun können, als ihre Aggressionen nicht gegen sie, sondern gegen die Flüchtlinge zu richten.

Die Linke wird eine Politik entwickeln müssen, die auf die Probleme der ständig wachsenden Gruppe der Ausgegrenzten bessere Antworten als den Rassismus anzubieten hat. Das stellt zum einen die Frage nach einer glaubwürdigen sozialen Utopie, zum anderen die nach einer konkreten politischen Praxis, die möglichst viele Menschen zum Mitmachen aktiviert. Wie eine solche Politik auf den Feldern Arbeitslosigkeit oder Wohnungsnot genau aussehen kann, ist zur Zeit noch ungewiß. Aber es ist eine der Hauptaufgaben, an denen in nächster Zeit zu arbeiten ist. Ziel kann aber nicht sein, Politik gegen Wohnungsnot und Sozialabbau künftig unter der Flagge des Antifaschismus zu betreiben. Wer nur deshalb für soziale Gerechtigkeit eintritt, um die Faschisten kurzzuhalten, wirkt nicht sehr glaubwürdig.

Der „klassische" Antifaschismus soll damit nicht totgesagt werden. Es bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe, über faschistische Aktivitäten aufzuklären und für die Ausgrenzung menschenverachtender Positionen einzutreten. Von Zeit zu Zeit müssen auch in Zukunft den Faschisten ihre Grenzen auf der Straße gezeigt werden. In diesem Sinn behält der Antifaschismus seine Bedeutung. Er ist aber überfordert als Ersatz für linke Politik überhaupt. Leider sieht es zur Zeit so aus, daß die Linke immer weniger Themen offensiv besetzt und sich aus mehr und mehr Bereichen zurückzieht. Steht der Antifaschismus alleine da, erscheint er tatsächlich als eine reine Anti-Position, die keine Attraktivität gewinnen kann. *Chr.*

Eine Nacht in Lichtenhagen...

Erlebnisbericht eines Lübecker Antifaschisten

Sonntag Mittag, den 23. August, erhielten wir einen Hilferuf von Rostocker Freunden: „Trommelt möglichst viele Leute zusammen, die Skins machen hier alles platt!" Stichwortartig erhielten wir eine Beschreibung der Ereignisse des Vortages und nochmals wurden wir energisch aufgefordert, soviele AntifaschistInnen wie möglich zu einer sofortigen Reise nach Rostock zu mobilisieren, um sich weiteren Angriffen gegen das Flüchtlingsheim oder das JAZ (Jugendalternativzentrum) entgegenzustellen.

Die Mobilisierung gestaltete sich schwieriger als erwartet, dennoch fuhren wir mit mehreren Autos am Nachmittag los. Am Treffpunkt in der Innenstadt hatten sich schon 70 bis 80 AntifaschistInnen hauptsächlich aus der „Szene" versammelt. RostockerInnen, aber auch Leute aus anderen Städten Norddeutschlands. Mein erster Eindruck war ziemlich negativ: Personen, die angeblich bereit waren, sich dem rassistischen Mob entgegenzustellen, glänzten erst einmal im Kampf mit der Weinflasche..., auf solche Bündnispartner hätte ich auch gerne verzichtet!

Gerüchte und Informationen kursierten wild durcheinander, und wir konnten schwerlich Fakten und Falschinformationen voneinander unterscheiden. Insbesondere war unklar, wieviele und wo genau sich Nazis und Anhang vor der Flüchtlingsunterkunft aufhielten. Die Einsatzstärke und die Vorgehensweise der Polizei blieb auch ein Rätsel.

Irgendeine Form von Leitung der antifaschistischen Kräfte war nicht auszumachen, wohl der folgenschwerste Fehler der gesamten Tage. Beratungen wurden im gesamten Plenum abgehalten, so daß viele Diskussionsbeiträge schwer zu verstehen waren, oft durcheinander geredet wurde und eine wirkliches Meinungsbild kaum zu erstellen war.

Man kam schließlich überein, zum Heim zu fahren und zu versuchen, durch den Hintereingang das Heim zu betreten, um die Flüchtlinge zu schützen. Leider gelang es nicht, einen Konvoi zu bilden, um die größtmögliche Geschlossenheit und damit Sicherheit der Unternehmens zu gewährleisten. Diesen Nachteil bekamen wir schnell, wenn auch noch durch viel Glück, glimpflich zu spüren: Die zuerst angekommenen mußten gute zwanzig Minuten auf die restlichen Leute warten, immer in der Gefahr, daß eine größere Gruppe Faschisten sie aufspürt, was jedoch nicht der Fall war.

Über diverse gleichaussehende Nebenstraßen und Innenhöfe im monotonem Lichtenhagen ging es dann in Richtung des Heims. Wir konnten nicht genau wissen, was uns erwartete und mußten jederzeit mit Angriffen der Faschisten rechnen. Ein Kundschafter berichtete, -wir waren nur wenige hundert Meter vom Heim entfernt- daß der Hintereingang des gebäudes frei sei. Dies war unsere einzige Chance, tatsächlich brauchbare Hilfe zu leisten. In einer direkten Auseinandersetzung mit dem versammelten Mob im offenen Gelände hätten wir wohl keine Chance gehabt.

Wir erreichten eine Rasenfläche in unmittelbarer Nähe des Heims, hören den krakelenden Mob, ausländerfeindliche Parolen und die panischen Anweisungen der Polizei. Schaulustige, Gaffer begegnen uns, auf vielen Gesichtern ist Freude und Zufriedenheit mit den Ereignissen, in einigen aber auch nur Neugier oder Verwirrung zu lesen. Unsere Gruppe von gut 80 Personen scheint nicht genau einzuordnen zu sein. Manch einer der Gaffer dachte sicherlich, daß wir auch zum randalierenden Mob gehören. Bei anderen kam wohl auch die Vermutung (und Befürchtung?) auf, daß jetzt „linke Chaoten und Zecken" anmarschieren. Angemacht worden sind wir aber nicht.

Wir verhalten uns still, machen nicht durch Parolen auf uns aufmerksam. Gute 50 Meter trennen uns nun vom Hintereingang der Flüchtlingsunterkunft. Wir können nun sehen, daß entgegen der Meldung unseres Kundschafters, der Hintereingang von einigen Polizeibeamten bewacht ist. Der rassistische Mob befindet sich genau auf der anderen Seite des Gebäudes. Wieder bemerken wir den großen Nachteil, keine entschlossene Leitung zu haben. In diesem Moment war es möglich, an den Polizisten vorbei ins Heim zu gelangen. Angeblich waren die Flüchtlinge von unserem Kommen informiert und hätten uns hineingelassen. Doch in der Gruppe herrscht Unentschlossenheit, wertvolle Minuten verstreichen. Es wird das Gespräch mit den Beamten gesucht, unser Vorhaben, die Flüchtlinge im Heim zu schützen wird vorgebracht. Ein Beamter rät uns, so schnell wie möglich zu verschwinden, die Polizei könne nicht für unsere Sicherheit sorgen. Uns wurde angeblich auch mitgeteilt, daß scharfe Schußwaffen eingesetzt worden seien. Vorher schon hieß es, daß am Vortage die Faschisten zwei Polizeiwagen erst ausgeplündert hätten, so also in den Besitz von Schußwaffen gelangt sind, bevor die Wagen angezündet wurden. Das ungute Gefühl in der Magengegend, was ich schon bei der Abfahrt vom Treffpunkt hatte, wird stärker. Mir ist klar, daß der Fahnenstiel, den ich zum Selbstschutz dabei habe, gegen scharfe Schußwaffen lächerlich wirkt.

Der Polizeibeamte macht uns dann doch noch ein wenig Mut. Der Einsatzleiter könne uns vielleicht den Zutritt zum Heim erlauben. Wir warten. Plötzlich wird der Lärm von der anderen Seite stärker. Mehrere Hundert Menschen laufen auseinander, einige direkt in unsere Richtung. Der grund dafür ist ein Wasserwerfereangriff der Polizei. Die Sache wird für uns jetzt wirklich heikel! Der Wasserwerfer biegt um die Ecke. Die Polizei hat uns nur hingehalten, sich mit einem Wasserwerferangriff etwas Luft vor den Nazis verschafft, aber nur um den Wasserwerfer gegen uns einsetzen zu können. Immer noch ist die Gruppe unentschlossen. Lübecker AntifaschistInnen beschliessen, daß der Rückzug zu den Autos jetzt das einzig vernünftige ist. Wir gehen zurück. Wieder über Hinterhöfe und gleichaussehende Straßen. Es kommen uns Gaffer entgegen, nicht wenige stark angetrunken. Für die ist es ein Gaudi. Ich bin sehr angespannt, versuche so entschlossen auszusehen wie möglich, umfasse fest das Holz der Fahnenstange, bereit einen plötzlichen Angriff abzuwehren. Wir gelangen ohne Zwischenfälle zu den Autos.

Auf der Rückfahrt in die Innenstadt macht sich bei uns allen Erleichterung breit, heil aus der Situation raus gekommen zu sein, aber auch Enttäuschung darüber, den Flüchtlingen keine Hilfe leisten zu können. Die Dimension der Vorgänge wird deutlich. Was wir gesehen haben, war keine einfache Skin-Randale. Hier fand ein Pogrom der Lichtenhagener Bevölkerung statt, an dem Skins beteiligt waren. Aber der ganz normale Durchschnittsarbeiter und -arbeitslose, die Hausfrau von nebenan und die gemeinsamen Kinder bejubelten die ausländerfeindlichen Attacken auf das Heim, boten den Faschisten und den „aktiven" Gewalttätern, die

durchaus nicht alle kurzhaarig waren und Bomberjacken trugen, Schutz, warfen sicherlich auch selber manchen Stein.

Blaues Warnlicht blitzt immer wieder über die Straße. Rettungswagen fahren hin und her, transportieren Verletzte ins Krankenhaus, um gleich wieder in die Güstrower Str., dem Ort des rassistischen Schauspiels zurückzukehren. Dann, nicht mehr weit von der Innenstadt entfernt, kommen uns Polizeifahrzeuge entgegen. Alte DDR-Ladas, vier Mann Besatzung, alle tragen schon die weißen Helme, ganz am Ende auch ein Privatwagen mit behelmter Besatzung, ein Trabbi! Ich muß lachen. Dieses Bild ist einfach lächerlich: Zwölf, vielleicht sechzehn behelmte Kasperlefiguren im PKW-Schrott einer untergegangenen, nicht-sozialistischen Gesellschaft. Wollen die den Pogrom stoppen? Später habe ich Mitleid mit diesen Figuren empfunden. Viele von ihnen wurden zum Teil schwer von den Faschisten und deren Anhang verletzt. Sie mußten den Kopf für die Ignoranz und den bösen Willen der Polizeiführung und der herrschenden Politiker hinhalten, die durch die Verharmlosung der Nazi-Gefahr und durch die flüchtlingsfeindliche Hetze direkt mitverantwortlich für die Gewalt in Lichtenhagen und anderswo sind.

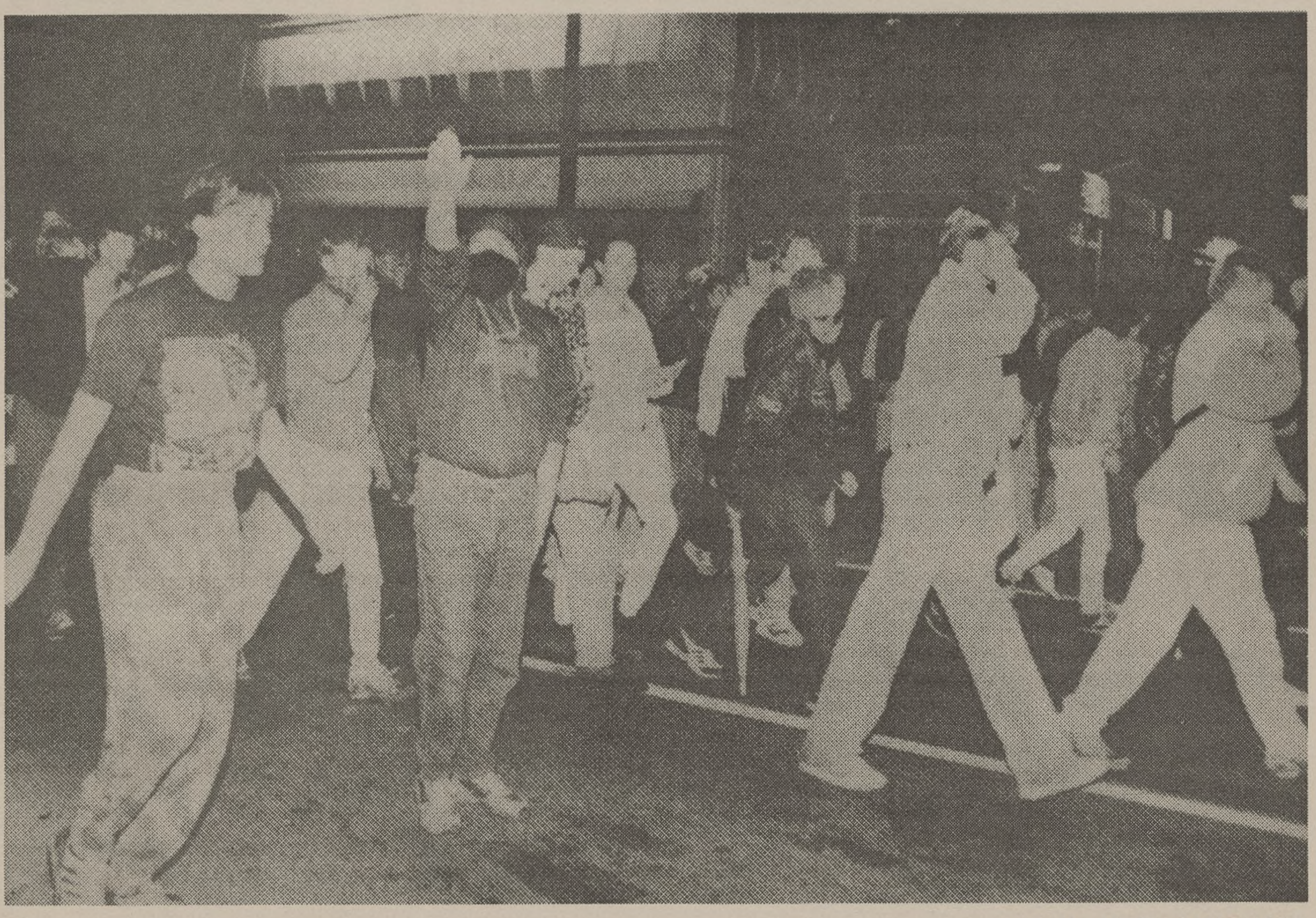
Am Treffpunkt wird wieder beraten, mehr AntifaschistInnen treffen ein. Immer noch Chaos, widersprüchliche Meldungen. Allerdings scheint niemand von den am Heim anwesenden AntifaschistInnen verletzt worden zu sein. Um Mitternacht wird ein zweiter Versuch unternommen, am Heim einzugreifen.

Diesmal steht der Konvoi! 25, vielleicht 30 Autos bewegen sich nach Lichtenhagen. Wir parken relativ weit entfernt vom Ort des Geschehens, sammeln uns und gehen geschlossen weiter. Mehrere Polizeihubschrauber dröhnen durch die Nacht. Wir wissen nun, daß die Polizei, obwohl sie schwer unter den Faschistenangriffen zu leiden hatte, uns nach wie vor als Feind betrachtete. Deswegen wollten wir solange wie möglich unentdeckt von Polizei und natürlich Nazis bleiben. Als wir uns aus Schutz vor den Hubschraubern in die Büsche schlugen, dachte ich, das ist Krieg!

Wir erreichen ohne Komplikationen den Parkplatz neben dem Flüchtlingsheim. Wir schließen uns noch enger zusammen, skandieren Parolen. Unter „Nazis raus, Nazis raus“ erreichen wir die Güstrower Str., laufen aber dabei fast von selbst in einen Polizeikessel. In der Luft befindet sich noch Tränengas, mein Gesicht brennt, mir wird leicht übel. Einige vom rassistischen Mob stehen noch auf der Brücke gegenüber vom Heim. Ein großer Teil von ihnen läuft, bevor AntifaschistInnen sie erreichen. Feige Schweine! Die Polizei formiert sich weiter, sie umstellt uns jetzt von drei Seiten. Einer der Kieler Freunde ruft über Megaphon der Polizei zu, daß sie von uns nichts zu befürchten hat, wir sind da, um den Flüchtlingen zu helfen. Ich kann keine Reaktion auf Polizeiseite bemerken. Wir müssen uns vorsehen, daß sich der Kessel nicht schließt! Wir ziehen uns zum Parkplatz zurück.

Wieder Uneinigkeit in der Gruppe, viele wollen eine Demonstration durchführen. Von uns LübeckerInnen wird dieses Unternehmen für sinnlos gehalten. Wir würden nur noch für die Polizei demonstrieren, von der wir wissen, daß sie uns nicht wohl gesonnen ist. Möglichkeit, den Rest des Mobs zu vertreiben, gibt es jetzt auch nicht mehr. Die LübeckerInnen beschließen, zu den Autos zurückzukehren.

Auf der Fahrt zurück nach Lübeck kommen uns starke Polizeikräfte entgegen. Ach, auch schon jetzt, wo der Spuk (für diese Nacht) vorbei ist! Wir wissen nicht, daß andere AntifaschistInnen wenig später in die Falle laufen sollen, und von diesen Beamten grundlos festgenommen werden.



Der Feind steht links !

Polizei setzt Demonstrationsrecht außer Kraft

Bericht eines Kieler Antifaschisten vom Nordkonvoi, der auf dem Weg zur Demonstration am 29. August stundenlang von einem unerhörten Polizeiaufgebot aufgehalten wurde.

Über einhundert AntifaschistInnen brachen am frühen Samstagmorgen aus Kiel nach Rostock auf, um an der dort geplanten Demonstration gegen Rassismus und Fremdenhaß teilzunehmen. Erste Zwischenstation war die Volksfestwiese in Lübeck, wo sich - wie in den Tagen vorher besprochen - auch AntifaschistInnen aus Rendsburg, Lübeck und anderen Teilen Schleswig-Holsteins einfanden. Schließlich trafen auch noch DemonstrantInnen aus Braunschweig und - für alle überraschend - drei Busse aus Köln ein. Mit gut halbstündiger Verspätung setzte sich dieser nun bereits 400-500 Menschen umfassende Konvoi dann Richtung Rostock in Bewegung. Das im Raum Wismar befürchtete Verkehrschaos blieb glücklicherweise aus, und so schien es zunächst als sei das einigermaßen pünktliche Erreichen der Auftaktkundgebung im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen doch noch möglich. Die Stimmung stieg zudem an, als auf der Strecke nach Wismar noch Busse und Pkw aus Göttingen und Hannover zu der ohnehin schon langen Fahrzeugkolonne stiessen.

Noch bevor wir Wismar erreichten wurde bekannt, daß sowohl der aus Berlin wie auch der aus Hamburg kommende Konvoi durch Polizeisperren an der ungehinderten Weiterfahrt gehindert wurden. Dabei war für uns von besonderer Bedeutung, daß die Hamburger AntifaschistInnen sich einem massiven Polizeiaufgebot in Bad Doberan gegenübersahen - einem Ort, den auch wir auf dem Weg zur Demo passieren mußten.

Delegierte aus verschiedenen Städten berieten angesichts dieser Entwicklung die Lage und schlugen vor, zügig bis kurz vor Bad Doberan zu fahren, dort erneut die Situation zu prüfen und das weitere Vorgehen zu entscheiden. In diesem Sinne setzte der Konvoi seine Fahrt bis zum Ortseingang von Bad Doberan fort. Als hinter unseren letzten Fahrzeugen Polizeieinheiten mit schwerem Gerät auffuhren, setzten wir die letzten hundert Meter in die Ortschaft als Demonstrationszug fort. Wohl tausend AntifaschistInnen näherten sich in kämpferischer Stimmung den im Ortskern eingekesselten HamburgerInnen und wurden mit großem Jubel begrüßt. Größe und Auftreten unseres Zuges machte wohl auch bei der Polizeiführung einen gewissen Eindruck; wie wir von Hamburger AntifaschistInnen erfuhren, die mit der Polizei über eine ungehinderte Fahrt nach Rostock verhandelten, wurde nach unserem Eintreffen die kompromißlose Linie jedenfalls aufgegeben.

Bad Doberan wurde dann zum Ort des Wartens. Von dem dort eingesetzten Chef der Polizei wurde als Angebot lediglich vorgeschlagen, eine Schleuse in Fahrtrichtung Rostock zu bilden und dort die Fahrzeuge zu kontrollieren. Das war für uns natürlich schon wegen der dabei auftretenden zeitlichen Verzögerung ein unakzeptables Angebot. Von den Hamburger AntifaschistInnen, die die Verhandlungen führten, wurde der Vorschlag unterbreitet, daß der gesamte Konvoi ohne Kontrolle nach Rostock-Lichtenhagen auf den dort vorgesehenen Parkplatz in unmittelbarer Nähe zum Kundgebungsplatz fährt, dort die Fahrzeuge verschlossen werden und die Polizei Sichtkontrolle durchführen kann. Dieser Vorschlag wurde nur sehr schleppend von den polizeilich und politisch Verantwortlichen beraten; die Wartezeit führte bei einem Teil des Nordkonvois bereits zu Überlegungen, umzukehren und in Schwerin, dem Sitz der für den rassistischen Terror in Rostock Verantwortlichen, zu demonstrieren.

Einigermaßen überraschend erklärte die vor Ort eingesetzte Polizeiführung dann, daß eine ungehinderte Weiterfahrt ermöglicht werde. Allen Nachfragen danach, ob damit weitere polizeiliche Behinderungen ausgeschlossen seien, entzog sich der Beamte, indem er auf die geographischen Grenzen seines Befehlsbereichs verwies. Und noch während die in Bad Doberan aufgefahrenen, starken Polizeieinheiten abrückten, wurde bekannt, daß nur wenige Kilometer weiter eine neue, massive Sperre aufgebaut würde.

Einige Delegierte waren nun der Ansicht, daß wir an Ort und Stelle über eine Aufhebung auch dieser Kontrollstelle verhandeln sollten, ohne jedoch angeben zu können, welche Druckmittel uns dazu zur Verfügung stünden. Mit Mehrheit wurde dann beschlossen, weiterzufahren und neue Entscheidungen in Kenntnis der Situation an der zweiten Sperre zu treffen.

Zunächst jedoch verzögerte sich die Abfahrt noch dadurch, daß Polizeieinheiten die Busfahrer-Innen der von uns vor dem Ortseingang geparkten Busse gezwungen hatten, diese für eine Durchsuchung zu öffnen. Durch das beherzte Eingreifen von AntifaschistInnen konnten noch laufende Durchsuchungen unterbunden und die Rückgabe bereits beschlagnahmter Fahnen- und Transparentstangen erzwungen werden.

Meist im Schrittempo wurden die nächsten Kilometer zurückgelegt; die Anspannung stieg mit den Informationen, die über Art und Umfang der vor uns aufgebauten Polizeikontrolle bekannt wurden. Dann hieß es plötzlich, daß auf Initiative der PDS ein Verwaltungsrichter die Polizeikontrolle für unzulässig erklärt hätte. Und in der Tat beschränkten sich die Polizeibeamten auf oberflächliche Sichtkontrollen. Daß anderes geplant war, machte das Aufgebot deutlich, daß dort versammelt war. Fünf Wasserwerfer, etwa hunderte Uniformierte und über zweihundert schwer be-

waffnete und gepanzerte, mit Steuergeldern bezahlte Schläger von polizeilichen Sondereinsatzkommandos, die ihre Gesichter durch Motorradmasken verdeckten. Und das alles nicht in einer Ortschaft wie noch in Bad Doberan, sondern auf freiem Feld - ohne Zeugen sozusagen.

Gegen 18. 30 Uhr traf unser Konvoi dann in Rostock Lichtenhagen ein, formierte sich zu einem Demozug und reihte sich schließlich in die große Zahl der bereits seit längerem durch das Viertel ziehenden AntifaschistInnen ein. Die Stimmung war trotz der Polizeischikanen auch bei uns gut. Besonders beliebt war die Parole: "Haut den Bonzen auf die Fresse, Flüchtlinge sind die falsche Adresse!".

Es sei an dieser Stelle ausdrücklich bemerkt, daß die auf Zermürbung und Zersplitterung angelegte Polizeistrategie (verantwortlich der Brokdorf erfahrene höhere Polizeioffizier Heinsen) ganz wesentlich dadurch ins Leere lief, daß tausende von AntifaschistInnen den Beginn der Demonstration immer wieder verschoben und darauf beharrten, daß auch unser Konvoi erst eingetroffen sein müsse. Wäre die Demo bei unserem Eintreffen bereits zu ende gewesen, hätte das nach der nervigen Anfahrt mit Sicherheit auf unsere Stimmung geschlagen. Umgekehrt haben uns die Meldungen, daß die Demo nicht vor unserem Eintreffen beginnt, auf der Anreise motiviert, am Ziel Rostock festzuhalten.

Erfreulich war auch, daß die Kritik aus den Reihen der Schleswig-Holsteiner AntifaschistInnen an den undifferenzierten "Schämt euch, schämt euch!"- Rufen und ebensolchem Einsatz von vereinzelten Leuchtspurgeschossen in dieser Situation fast einhellig war. Zwei Stunden konnten wir uns noch kreuz und quer an der Demo durch Rostock-Lichtenhagen beteiligen; begleitet vom Hamburger Lautsprecherwagen zog dann nach der Abschlußkundgebung eine große Gruppe zu den Fahrzeugen zurück. Die Abfahrt wurde zügig organisiert. Insgesamt eine gelungene Demonstration gegen Rassismus und Faschismus.

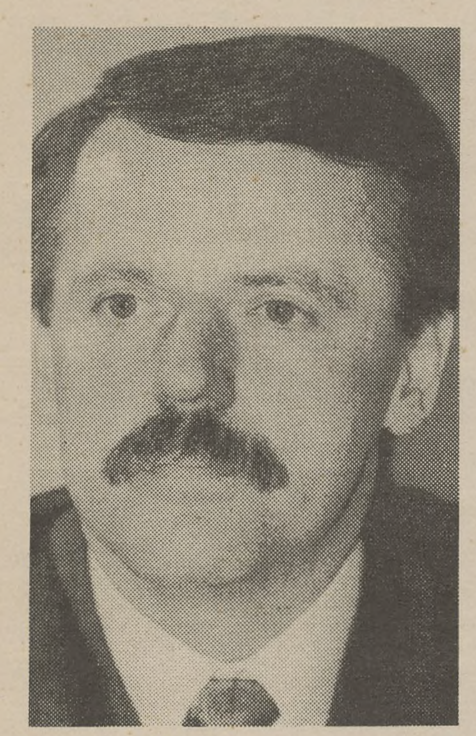
F.

"Ich kann mit Sicherheit sagen, daß die Einsätze von Samstag auf Sonntag und von Sonntag auf Montag soweit das polizeiliche Ziel erreicht haben, wie wir es uns gesteckt haben"

Jürgen Deckert, Einsatzleiter der Rostocker Polizei

Zu der Festnahme von Antifaschistinnen und Antifaschisten in Rostock am 24. August - Betroffenenbericht

In der Nacht von Sonntag den 23. August auf den Montag den 24. August unternahmen ca. 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Rostock und Umgebung, Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein eine Demonstration im Rostocker Stadtteil Lichtenrade. In diesem Stadtteil liegt das Flüchtlingsheim , das, bewohnt von ca 200 Roma und Sinti, seit Samstag den 22. 8. von einem Mob von mehreren hundert militanten Nazis und mehreren tausend rassistischen Anwohnern angegriffen worden war. Schon am früheren Abend hatten Antifaschisten und Antifaschistinnen versucht, vor Ort zum Schutze der Flüchtlinge zu intervenieren. Aufgrund der Masse an militanten Faschisten war dies jedoch nicht möglich gewesen. Als wir gegen ungefähr 24 Uhr vor Ort eintrafen, waren nur noch relativ wenige Menschen und ein großes Polizeiaufgebot anwesend. Wir waren erschrocken und empört über das Ausmaß an Zerstörung und das Bild, das sich uns vor dem Flüchtlingsheim bot. Die gesamte Straße war aufgerissen, überall Spuren von Molotow-Cocktails und Benzinbomben zu sehen. Die Polizeikräfte die den ganzen Abend die Angriffe gegen das Flüchtlingsheim nicht aufgehalten hatten bildete nun einen starken Ring um das Gebäude. Nach einer kurzen Absprache mit der Polizeiführung zogen wir als Demonstration durch die Straßen in der Umgebung des Flüchtlingsheimes, um den Anwohnern unsere Empörung über das Geschehen und den Flüchtlingen unsere Solidarität und Verbundenheit auszudrücken. Danach zogen wir direkt zu dem Parkplatz, auf dem sich unsere Autos befanden, um abzufahren. Mitten im Aufbruch wurde die Straße plötzlich von starken Polizeikräften umstellt. Wie wir später mitbekamen handelte es sich um Einheiten aus Hamburg, die kurz zuvor mit mehreren Puma-Hubschraubern direkt eingeflogen worden waren. Offensichtlich war es für die Polizei also keinerlei Probem, ausreichend Kräfte schnell heranzuschaffen. Diese Einheiten, ein Mobiles Einsatzkommando und andere Kräfte , ingen auf uns los zerrten uns aus den Autos und begannen diese zu durchsuchen. Dabei gingen sie ziemlich brutal vor. Später begannen sie damit, un alle an einen Punkt an der Hauptstraße zu transportieren. Wir verhielten uns dabei äußerst passiv, da wir glaubten bei der ganzen Aktion könne es sich wohl nur um ein Versehen handeln, oder die Polizei wolle nur verhindern, daß wir noch auf herumstreunende Nazis treffen. Immerhin hatte die Absprache mit den Polizeikräften vor Ort relativ gut geklappt. Wir mußten allerdings schnell feststellen, daß die Polizisten uns ganz gezielt schikanierten, obwohl sie wußten, daß wir mit den Ausschreitungen nichts zu tun hatten. Wir bekamen langsam sogar das Gefühl, daß wir gerade deshalb so behandelt wurden, weil wir versucht hatten irgendwie die Flüchtlinge zu schützen. Der Abtransport zu dem Sammelpunkt erfolgte jeweils von zwei Beamten, die uns einzeln in den Polizeigriff nahmen. Dabei wurden immer wieder einzelne in den Dreck geworfen und die Arme extrem verdreht. Es ging hierbei wohl darum, uns von Anfang an einzuschüchtern und zu demütigen. So erfolgte diese Behandlungen auch gegenüber Frauen und jüngeren Personen. Danach mußten wir uns bäuchlings in den Dreck legen. So mußten wir auf dem Bauch mit den Händen auf dem Rücken längere Zeit liegen. Dann wurden wir durchsucht, uns wurden die Hände mit Plastikhandschellen ziemlich schmerzhaft auf den Rücken gefesselt, und wir mußten uns hinsetzen. Danach wurden wir in Gruppen von vieleicht 30 Personen in Militärlastern (ehemalige DDR-Ifas) in eine Polizeistation in Rostock transportiert. Das ganze erinnerte an einen Viehtransport. Wir wurden auf dem Boden der Ladefläche zusammengepfercht, während Rostocker Polizisten auf den Sitzbänken Platz nahmen. Insgesamt wurden auf diese Art und Weise ungefähr 60 Antifaschistinnen und Antifaschisten festgenommen. In der Polizeistation wurden wir in 2 Ecken des Innenhofes zusammengedrängt. Einige von uns wurden in eine Sporthalle der Polizeistation gebracht, in der sich schon ca 40 festgenommene Faschisten befanden. Noch hatten die Hamburger Polizisten das Sagen. Es wurde, offenbar handelte es sich um eine Generalprobe für künftige Gelegenheiten, eine förmliche Übergabe der Gefangenen



Lothar KUPFER

an die Rostocker Polizei vorgenommen. Trotzdem führten sich die Hamburger in ihrer Arroganz immer noch als die eigentlichen Chefs auf. Immer wieder fielen ihnen irgendwelche Schikanen gegen uns ein. Wir waren ca. um 1 Uhr nachts von der Polizei umstellt worden. Um 4 Uhr waren wir in der Polizeistation angekommen. Uns war weder der Grund für unsere Festnahme angegeben worden, noch waren unsere Personalien festgestellt worden. Weiter wurde es uns nicht erlaubt, einen Anwalt oder sonst jemanden anzurufen. Unter uns befanden sich auch Minderjährige und zumindest ein Jugendlicher unter 16 Jahren. Auch diese durften sich nicht bei ihren Eltern melden. Mehreren bei der Festnahme schwer mißhandelten Personen wurde die medizinische Versorgung verweigert. So mußten wir weiter in der Kälte stehen, wärend Polizisten mit Hunden um uns herum patroullierten. Ein paar Stunden später begannen wir verstärkt gegen die Behandlung zu protestieren. Zunächst setzten wir es praktisch durch, daß wir mit der Gruppe in der anderen Ecke des Hofes Kontakt aufnehmen konnten. Dann erreichten wir, daß die Handschellen zunächst gegen solche ausgetauscht wurden, die etwas weniger in das Fleisch einschnitten. Erst gegen Mittag, nach 12 Stunden Festnahme und 8 Stunden Aufenthalt in der Polizeistation konnten wir erreichen, daß uns allen die Handschellen abgenommen wurden, wir endlich telefonieren konnten und wir etwas zu Essen und zu Trinken bekamen: eine Bockwurst, ein Brötchen und eine Dose Sprite für jede. Allerdings stellte sich später heraus, daß unsere Anrufe nicht viel erreichten. Anwälte aus Rostock, Hamburg, Berlin und Kiel versuchten vergeblich zu den Verantwortlichen durchzukommen, um sich für uns einzusetzen und etwas über unsere Behandlung und die Vorwürfe gegen uns zu erfahren. Sie wurden sundenlang auf tote Leitungen gelegt, kamen einfach nicht durch. Zwischen 13 und 14 Uhr wurde uns dann zunächst mitgeteilt, der Grund für unsere Verhaftung sei die Anweisung der Polizeiführung. Später erfuhren wir, daß uns allen Landfriedensbruch vorgeworfen wird - eine lächerliche Verdrehung der Tatsachen. Ein Haftrichter und drei Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wurden angefahren und es wurde mit „Verhören“ und der Personalienfeststellung begonnen. Allerdings wollten die Kriminalbeamten eigentlich nichts von uns wissen. Sie wußten auch überhaupt nichts über die Umstände unserer Festnahme. Die Hamburger Einheiten hatten ihnen anscheinend nichts mitgeteilt. Inzwischen hatten wir über eine Mauer hinweg Kontakt zu UnterstützerInnen von draußen aufgenommen. Wie wir das sonst nur aus Erzählungen aus anderen Ländern her kennen, versorgten sie uns nun endlich mit Lebensmitteln und Getränken. Schließlich begann um ca. 16 Uhr unsere Entlassung. Wir wehrten uns noch erfolgreich gegen den Versuch uns alle einer kompletten ED-Behandlung mit Portrait-Aufnahmen und Fingerabdrücken zu unterziehen. Allerdings wurde von jeder und jedem von uns mit einer Sofortbildkamera eine Aufnahme gemacht. Gegen 18. 30 Uhr waren wir dann schließlich alle draußen.

Wir protestieren gegen die Art und Weise unserer Behandlung! Uns ist klar, daß ein Zusammenhang besteht, zwischen dem fast schon kollaborierenden Vorgehen der Polizei gegenüber dem lynchbereiten Mob und den gezielten Attacken gegen uns. Noch in der Nacht nach unserer Entlassung zog die Polizei erneut alle Kräfte von dem Heim, in dem über Hundert Flüchtlinge verblieben waren ab. Die Nazis konnten deshalb das Haus in Brand stecken. Daß die im Haus Verbliebenen Menschen nicht schwerste Verletzungen erlitten ist wohl eher ein Zufall. Der zuständige Polizeichef Rostocks sprach allerdings davon, daß das Einsatzziel voll erreicht worde. sei

Schaut nicht weg - wir alle müssen uns aktiv gegen solche Vorfälle wehren. Wer heute nicht aktiv wird, macht sich mitschuldig.

ein festgenommener Antifaschist aus Kiel

Kommentar überflüssig...

Lübecker Nachrichten
Sonntag, 21. Juni 1992 3

In Rostock regnet es Flugblätter. Seit einigen Wochen werden die Hansestädter schwarz auf weiß mit Parolen „Widerstand gegen die Ausländerflut", „Grenzen dicht machen" oder „Asylanten, wer soll das bezahlen" konfrontiert.

Unmut macht sich in der Viertelmillionenstadt breit. Und der richtet sich vor allem gegen die Verfasser dieser Texte, die in Hamburg zu Hause sind. Initiator Michael Andrejewski aus Hamburg möchte in Rostock eine Bürgerinitiative gründen, die nur „deutsche Interessen" vertreten und sich zur Kommunalwahl 1994 stellen soll.

Andrejewski, der zur Liste „Ausländerstopp" in Hamburg gehört, agitiert an der Warnow mit Beispielen aus seiner Heimatstadt. Fotos von bettelnden Ausländerkindern, in schrillen Farben geschilderte Überfälle von Ausländern auf Deutsche sollen ein düsteres Bild einer Szene heraufbeschwören, die sich seiner Meinung nach in Kürze auch bald auf Rostock ausdehnt, sofern sich die Einwohner hier nicht stark machten. Und dies könnten sie, wenn sie sich seiner Gruppierung anschlössen. Sie biete „uneigennützige Hilfe" an.

Bisher ist die Saat an der Ostsee nicht aufgegangen. Der Ausländerbeauftragte beim Senat, Wolfgang Richter, hofft, daß sich selbst eine „unbelehrbare Minderheit" nicht von dem „dummgefährlichen Geschwätz" einlullen läßt. Die Probleme in Rostock wie anderswo, Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel oder Kriminalität, hätten andere Ursachen. Und eine von der Hamburger Gruppe schwarz gemalte „Multikultur" sei erst recht unsinnig. Durch Ausländer gebe es höchstens eine Bereicherung. Die nationalen Besonderheiten würden sowohl von den Deutschen als auch von den hier lebenden Ausländern gepflegt.

Rostock, das „Tor zur Welt" der Ex-DDR, war immer stolz auf sein internationales Flair als Universitäts- und Hafenstadt. Auch nach der Wende ist es der „internationale Mittelpunkt" Mecklenburg-Vorpommerns geblieben. Menschen aus aller Welt bereisen die Metropole an der Ostsee. Rußland, Polen, Dänemark und Schweden haben hier Konsulate eingerichtet.

Rostock wehrt sich gegen importierten Fremdenhaß

Hauptangriffspunkt in der Polemik der Hamburger Initiative aber ist vor allem die zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber Mecklenburg-Vorpommerns in Rostock.

Sorgen gebe es schon, sagt Richter. Vereinzelte Übergriffe von Deutschen oder Asylbewerbern. Streitereien zwischen den hier untergebrachten verschiedenen Nationalitäten. Unverständnis bei den Anwohnern seien auch mit schönen Worten nicht aus der Welt zu reden. Dennoch bemühe sich der größte Teil der Hansestädter um Verständnis, lehne rassistische Vorurteile und Aktionen wie die Flugblatt-Kampagne schlichtweg ab.

Heute leben 2000 Ausländer aus 54 Ländern in der Hansestadt. Und Einwohner und Senat wollen auch weiterhin dafür sorgen, daß Rostock so gastfreundlich bleibt, wie es immer gewesen ist. Frauke Kaberka

Zur Situation in Oelixdorf

Der folgende Bericht entstand nach einem Besuch in Oelixdorf. Er ist stark von subjektiven Eindrücken geprägt. Wir haben ihn teilweise gekürzt.

Das Aufnahmelager in Ölixdorf ist für ankommende Flüchtlinge offiziell von 7.00 bis 17.00 Uhr geöffnet. Das heißt, in dieser Zeit kann dort offiziell ein Asylantrag gestellt werden. Der offizielle Weg sieht so aus: Am Eingangstor erhalten die Flüchtlinge einen Zettel mit einer laufenden Nummer. Mit diesem Zettel gehen sie auf das Gelände zu einem Haus, der Anmeldestelle. Hier treten die Flüchtlinge ein, wenn ihre Nummer dran ist. In diesem Haus werden zuerst 2 x 4 Paßfotos gemacht., einmal für Antrag, Ausweis etc., einmal für eine zentrale Flüchtlingsdatei. Anschließend werden Fingerabdrücke genommen, und zwar neuerdings von allen 10 Fingern. Das ebenfalls für die Zentraldatei. Möglicherweise werden die Fingerabdrükke auch zweimal gemacht. Die Angestellten haben mit den Fingerabdrücken als AnfängerInnen noch ziemliche Probleme. Sie erhalten z.T. Anleitung und Unterstützung durch Bullen. Danach wird der Asylantrag aufgenommen, ein paar Fragen werden gestellt, vor allem dazu, wie der Fluchtweg aussah und wie die Menschen nach Deutschland gelangt sind.

Wenn diese Prozedur beendet ist, müssen die Flüchtlinge zu einer DRK-Station auf dem Gelände, hier werden ihnen Zimmer zugewiesen.

Nun müssen sie 1-2 Tage warten, dann gibts einen sogenannten Hausausweis, der wiederum in der Anmeldestelle abgeholt werden muß, die Namen werden aus einem Fenster ausgerufen.

Zwei Tage später erfolgt eine ärztliche Untersuchung durch ein auf dem Gelände befindliches „Gesundheitsamt" (wir wissen nicht, wie diese Untersuchung abläuft).

Das letzte Ereignis für Flüchtlinge in Ölixdorf ist die Zuweisung in ihren zukünftigen Aufenthaltsort. Das ist entweder ein Ort in Schleswig-Holstein oder eine „Umverteilung" in ein anderes Bundesland, welches entweder ein Ex-DDR-Bundesland oder Bayern ist. Diese Umverteilungen laufen nach Aussagen eines Angestellten in letzter Zeit wieder häufiger.

In diesem offiziellen Weg ist natürlich nicht enthalten, was die Flüchtlinge dabei durchstehen müssen:

Am Eingangstor steht schon vor Öffnung eine große Gruppe von 50 - 70 Flüchtlingen, die entweder nachts angekommen sind, oder am Vortag nicht reingelassen wurden. Dort treffen sie auf zwei rassistische deutsche Angestellte und zwei Bullenschweine, die am Tor erstmal ihr eigenes kleines Asylverfahren durchziehen:

Wir als „deutsche" Menschen erlebten folgendes. Zusammen mit Flüchtlingen parkten wir unseren Wagen gegenüber vom Eingangstor. Ein Bulle, der im Tor stand, entdeckte wohl schwarzhaarige Menschen im Auto und stand, noch bevor der Motor abgestellt war, bei uns „Fahrzeugkontrolle" und „alle Ausweise vorzeigen".

Während ein Bulle Fahrzeugpapiere überprüft, hält der andere Flüchtlinge an, die durchs Tor gehen wollen. Durchsuchung, erst abtasten, dann alle Taschen ausleeren. Beim ersten Flüchtling, einem Schwarzen, bekomme ich nur noch das Ende der Bullenaktion mit: „Go home und laß dich hier nicht wieder blicken, los, hau ab". Der Mensch geht.

Der andere Flüchtling, ebenfalls ein Schwarzer, hält nach dem Entleeren der Taschen, neue Automatenpassfotos in der Hand. Der Bulle entdeckt, daß die Fotos in Hamburg gemacht wurden. Für ihn ist das „Asylverfahren" damit abgeschlossen. „Zweiter Asylantrag", keine Frage. „Die müßte man alle....", ich denke, er spricht den Satz nicht zu Ende, weil ich als „Deutscher" in der Nähe stehe. Beim weiteren Durchsuchen taucht ein Autoschlüssel auf. Antwort auf die Aussage des Schwarzen, er habe kein Auto und den Schlüssel irgendwo ge-funden:"Na, dann brauchst du ihn ja auch nicht mehr", dann wirft er den Schlüssel in hohem Bogen in die Böschung. Als der Flüchtling beim weiteren Entleeren seiner Taschen in seiner Nervosität und Angst seine Lederjacke total zerreißt, gibts nochmal 2 Minuten schallendes Gelächter auf seiten dieser rassistischen Schweine. „So und jetzt go home, oder geh nach Rostock".

Ist schwer, die Situation dort so zu beschreiben, wie ich sie empfunden habe. Sowohl die Bullen, als auch die Angestellten, die am Tor stehen, gehen mit den Flüchtlingen auf so eine ekelhafte, menschenverachtende Art um, daß es mir fast die Sprache verschlug. Diese Unmenschlichkeit, diese Behandlung von Flüchtlingen als absolute Untermenschen aus der Position deutschen Herrenmenschendenkens ist so widerlich und schockierend, daß die einzigen Gedanken dazu noch Phantasien waren, wie mensch dem Leben und Treiben dieser rassistischen Schweine



Das Zentrale Aufnahmelager für Asylsuchende in Oelixdorf

ein Ende setzen kann.

Die angeblichen Öffnungszeiten stimmen auch nur auf dem Papier. Einmal war bereits vor 16.00 Uhr das Tor geschlossen, und die Menschen konnten zusehen, wo sie hingehen. Einmal wurde sogar gegen 11.00 Uhr morgens niemand mehr reingelassen. Dazu ist zu sagen, daß das umzäunte Gelände des Aufnahmelagers riesengroß ist, es stehen einige Häuser dort und ansonsten total viel Rasen und Bäume. Wenn die Häuser also tatsächlich voll sind, wärs kein Problem, die Flüchtlinge zumindest auf dem Gelände übernachten zu lassen.

Die Angestellten in der Anmeldung kommen mit ihrer Arbeit nicht mehr hinterher. Wer am Tor den Zettel mit der laufenden Nummer erhält, kann damit rechnen frühestens zwei Tage später für die Antragsaufnahme an die Reihe zu kommen. Nach Nummern wird auch kaum noch vorgegangen. Es ist ein Riesengedränge vor der Eingangstür und die Familien mit den Kindern bleiben meistens auf der Strecke.

P.S. Eine ansonsten eigentlich sehr humanistisch eingestellte Frau aus unserem Bekanntenkreis hat bei einer Diskussion die ganze Palette der rassistischen Argumentationsmuster selber runtergerappelt. Ölixdorf und die Situation dort ist in Itzehoe Stadtgespräch und anscheinend total rassistisch gewendet.

Die Frist soll sich nun durch das am 1. 7.

Einige Aspekte der Situation von Flüchtlingen, die eine Unterkunft in der Kieler Innenstadt bewohnen, beleuchtet ein längerer Text, aus dem wir die folgenden Auszüge veröffentlichen.

Zur Situation von Asylbewerber/-innen in Kiel

Die Situtation in Kiel ist (noch) ruhig, bislang gab es keine größeren Gewalttätigkeiten gegen Asylsuchende in der Landeshauptstadt. Deren soziale Lage ist dennoch keineswegs rosig.

In Kiel gibt es an verschiedenen Orten Sammelunterkünfte für Asylbewerber/-innen. Mitunter kommt es vor, daß in einem für ca.50 Personen zugelassenen Haus 75 Personen untergebracht sind, da auch in Kiel eine Raumnot herrscht. Asylsuchenden wird Sozialhilfe gewährt. Mal abgesehen davon, daß die Hilfe zum Lebensunterhalt insgesamt sehr knapp bemessen ist, wird in letzter Zeit ernsthaft darüber diskutiert, ob Asylbewerber/-innen nicht eine eingeschränkte Sozialhilfe gezahlt werden soll, da sie nicht am kulturellen oder sozialen Leben in der Bundesrepublik teilnehmen müßen. Die meisten Anträge werden ohnehin abgelehnt, die Bewerber/innen müßten die Bundesrepublik dann umgehend verlassen. Wären da nicht internationale Rechtsvorschriften, die die Bundesrepublik verpflichten, einem großen Teil der Asylsuchenden auch trotz abgelehntem Antrag eine Duldung zu gewähren.

Keineswegs kommen die meisten Asylsuchenden - wie oft suggeriert - aus den schwarzafrikanischen Ländern, sondern ca. 66,5% aller Anträge wurden von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien, Rumänien, der Türkei oder Bulgarien gestellt (1991). Erst an sechster Stelle stand mit Nigeria ein afrikanisches Land. Die in den östlichen Bundesländern angefeindeten Vietnamesen stellten 1991 lediglich 3,2 % aller Asylanträge.

Die hohe Zahl der Asylantragsteller/-innen aus Ländern der ehemaligen jugoslawischen Föderation ist im Prinzip durch das lange Zaudern der Bundesregierung über die Aufnahme von Flüchtlingen entstanden. Obwohl der Krieg auf dem Balkan bereits über 15 Monate andauert, wurden erst vor ein paar Wochen Kontingentflüchtlinge aufgenommen. Zuvor gab es Regelungen z.B. für Kroaten, die als Flüchtlinge geduldet wurden, während Menschen aus Bosnien-Herzegowina dieser Status nicht zuerkannt wurde. Andere wiederum kamen über ein Visum in die Bundesrepublik, d.h. hier lebende Angehörige verpflichteten sich per Kostenbürgschaftserklärung gegenüber dem Ordnungsamt, alle anfallenden Kosten (Lebensunterhalt, Unterkunft, evtl. durch Krankheit entstehenden Kosten) zu übernehmen. Erst dann wurde ein Visum für die im Kriegsgebiet lebenden Verwandten ausgestellt, so daß diese als „Touristen“ in die Bundesrepublik einreisen durften. Welcher Verwandte würde in dieser Lage die Bürgschaftserklärung nicht unterschreiben ?

Sollte sich jedoch während der ersten drei Monate herausstellen, daß jemand sich mit der Aufnahme von 4,5, oder gar 9 Personen zuviel zugemutet hat, konnte er/sie keine Sozialhilfe in Anspruch nehmen. In dieser Situation wurde dann dazu übergegangen, Asyl zu beantragen, denn dann bekamen sie Unterkunft und Verpflegung

Zu den Unterkünften: Sammelunterkünfte, in denen die verschiedensten Ethnien untergebracht werden, bergen schon aus diesem Aspekt Konfliktpotential: verschiedene Sprachen, verschiedene Schicksale, unterschiedliche Vorurteile, kulturelle Gepflogenheiten u.v.m. führen immer wieder zu Problemen. Die permanente Überbelegung tut ein übriges dazu, daß die Menschen nicht zur Ruhe kommen. Aber auch die Unterkunft selbst kann zur Maximierung der Probleme beitragen. So gibt es z.B. in einer Unterkunft auf den drei Etagen nur jeweils eine Dusche und nur ein Waschbecken. In der Küche sind kaum Geräte zum kochen vorhanden, oder aber es gibt nur einen Herd pro Etage.

Das Gebäude selbst ist in einem miserablen baulichen Zustand: so kann jemand, der in den Keller geht, anhand des im Treppenaufgang herunterlaufenden Rinnsales unschwer erkennen, in welcher Etage gerade jemand duscht. Die Wände sind spakig und feucht, teilweise aufgequollen. Bei Beschwerden wird oft gar nicht erst renoviert, sondern einfach eine Mietminderung ausgesprochen. Für die Betreuung des Hauses gibt es eine/n Sozialpädagogin/en, der/die jedoch noch ein weiteres Haus betreut. Oft wird sich mit Honorarkräften ausgeholfen, die stundenweise eine Betreuung der Bewohner übernehmen. Für eine pädagogische Arbeit gibt es seitens des Trägers dieser Einrichtung nur einen kümmerlicher Etat. Würde das Gesundheitsamt in das Haus geholt, so müßte die Unterkunft vermutlich geschlossen werden. Wo soll man die Leute aber sonst unterbringen. Also wird stillgehalten. Nicht alle Unterkünfte sind in Kiel in diesem Zustand. Bei der beschriebenen Unterkunft stellt sich jedoch die Frage, ob der Satz, den das Land für die Unterbringung von Asylbewerber/-innen zahlt, diesen in der Form überhaupt zu gute kommt. Was die Bausubstanz des Gebäudes sowie die kaum vorhandene Ausstattung der Einrichtung betrifft, so müssen Zweifel daran erlaubt sein.

So bleibt den dort lebenden Asylsuchenden wenig anderes zu tun, als untätig zu warten. Insgesamt müssen noch 360000 Asylanträge bearbeitet werden, d.h. viele Menschen werden noch sehr lange auf ihren Bescheid warten, verbringen in dieser Ungewissheit vielleicht ein oder zwei Jahre untätig, ausgegrenzt und ohne Perspektive für das eigene Leben.

1992 in Kraft getretene Asylverfahrensgesetz sozusagen von heute auf morgen verkürzen - ein utopischer Gedanke. Für die Durchführung des beschleunigten Asylverfahrens werden zentrale Sammelunterkünfte eingerichtet, in denen sich die Antragstellter/innen, deren Verfahren vermutlich keine Aussicht auf Erfolg haben, aufhalten müssen. Im Klartext kann dieses eine Internierung für sechs, acht oder noch mehr Wochen bedeuten.

Vielleicht ist es tatsächlich so, daß sich die Geschichte nicht wiederholt, dennoch bleibt der Eindruck bestehen, daß Begriffe wie „Volksempfinden", Naturgewalten in Form von Asylströmen, die es einzudämmen gilt, „Sammellager" u.s.w. in einer brutaleren Form bereits früher genauso gegeben hat, wie Versuche, einer bestimmten Gruppe von Menschen per Gesetzesänderungen in einen Status hineinzu definieren, der ihnen in diesem Land kaum Rechte mehr übrigläßt.

Eine ganz normale Geschichte aus unserer Geschichte

Wir haben letztens bei uns groß entrümpelt. Als wir die Kohlenkeller ausräumten, fand sich unter anderem ein Stapel alter Unterlagen und Zeitungen aus den vierziger und fünfziger Jahren. Das ist eine spannende Angelegenheit, in alten Zeitungen zu wühlen und zu lesen. Über die Nachkriegszeit, die Kriegsverbrecherprozesse und über die „Normalisierung". Von letzterer handelten die jüngsten Zeitungen (die letzten waren von 1957).

Da fand sich im Lokalteil der Kieler Nachrichten vom 15.9.1957 ein großer Artikel über die Einführung des neuen Polizeichefs von Kiel, Kurt Güdler.

Ein feiner Artikel. Der Ministerialrat hält eine Rede: „Menschenführung", „Betriebsklima", „Fortschritt der Technik". Der Polizeirat hält eine Rede: „Dankte", „Vertrauen", „Kameraden", wie mann halt so spricht in den Fünfzigern.

Danach spricht Polizeioberrat Güdler: „Er werde niemals vergessen, daß er den Polizeidienst „von der Pike auf" kennengelernt habe, und daß ihm nichts geschenkt worden sei." Schön oder auch nicht; wer kriegt nicht gerne was geschenkt. Beim letzten Absatz des Artikels bleibe ich dann doch länger hängen:

„Polizeioberrat Güdler, der 47 Jahre alt ist, steht seit 30 Jahren im Dienst der Polizei. Vor dem Krieg war Güdler vor allem in Berlin und in der Mark Brandenburg und seit 1938 zwei Jahre lang bei der Dienststelle des Inspekteurs der Ordnungspolizei in Schleswig-Holstein eingesetzt worden. 1947 wurde Güdler in Schleswig-Holstein wieder in den Polizeidienst eingestellt. Nach Tätigkeiten als Leiter der Kreispolizeiinspektionen Itzehoe und Ratzeburg wurde er 1951 Kommandeur der Bereitschaftspolizei."

Zwischen den Zeilen läßt sich da ganz selbstverständlich lesen, daß dieser Güdler während der Hitlerzeit ungebrochen seine Karriere fortsetzte, die er vorher begonnen hatte. Nach 1933 ist er zwei Jahre in Schleswig-Holstein eingesetzt worden, schreibt die KN, seine Tätigkeit während des restlichen Krieges bleibt unerwähnt. Wie stand er zu den Nazis, woran war er beteiligt? Es drängen sich mir Fragen auf, die die KN offensichtlich uninteressant fand. Eine ungebrochene Karriere scheint normal, auch wenn sie eine Unterbrechung von zwei Jahren bis 1947 hatte, wie die KN schreibt.

Die Geschichte interessiert mich. Was war denn nun mit Güdler im Krieg? In anderen Unterlagen fand ich sehr schnell den Polizeioberrat Güdler wieder - die Sachen lagen damals ja auch vor, es bestand nur nicht das Verfolgungsinteresse wie heuer in Sachen SED (aber was sind auch schon 6 Millionen ermordete Juden gegen 16 Millionen zum Konsumverzicht gezwungene Deutsche).

Der Major der Polizei und NSDAP-Mitglied Kurt Güdler war SS-Führer z.b.V. (zur besonderen Verwendung). In Berlin arbeitete er beim Reichssicherheitshauptamt als Sonderbeauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (Sicherheitsdienst der SS). Nach seiner Tätigkeit (als Sonderbeauftragter?) in Schleswig-Holstein wurde er als Polizeiberater des als Kriegsverbrecher verurteilten slowakischen Innenministers Mach „besonders verwendet".

Ja, daß der Mach ein Kriegsverbrecher war, sagt natürlich nichts über seinen Polizeibeauftragten aus. Welcher Minister eines faschistischen Marionettenregimes hört schon auf seinen beigeordneten SS-Führer? Nein, so einer begeht seine Kriegsverbrechen bestimmt gegen die Order des Reichssicherheitshauptamtes und dessen Sonderbeauftragten...

Ganz normale Tätigkeit also, was man halt so macht während der Nazizeit. Kein Grund, ihn nicht zum Polizeichef zu machen und kein Grund für die Kieler Nachrichten damals, irgendwelche Fragen zu stellen. Zumal, wenn einer ein richtiger Polizist ist, der seinen Beruf „von der Pike auf" gelernt hat und dem „nicht geschenkt worden sei".

Eine ganz normale Geschichte, hervorgeholt unter dem Gerümpel in unserem Kohlenkeller. Eine von diesen Geschichten, die uns die Gegenwart besser erklären.

St. Li.

Landesverband der Deutschen Liga in Schleswig-Holstein gegründet

Im Oktober 1991 gründeten ehemalige REP- und NPD-Funktionäre in Villingen-Schwenningen die „Deutsche Liga für Volk und Heimat". Sie will die neue Sammlungsbewegung werden, die die zersplitterte Rechte eint und zum Durchbruch führt. Bisher hat sie davon jedoch trotz Unterstützung durch prominente Neofaschisten wenig umsetzen können. Nun wurde auch in SH ein Landesverband dieser neofaschistischen Organisation gegründet.

Vor gut eineinhalb Jahren, am 18. Januar 1991, wurde in München die „Deutsche Allianz/Vereinigte Rechte" gegründet. Nach einem Rechtsstreit mit der ALLIANZ-Versicherung sahen sich die InitiatorInnen dieser neuen Gruppierung, deren Kern aus enttäuschten Mitgliedern von NPD, DVU, REP und Wiking-Jugend besteht, zu einer Namensänderung gezwungen. So wurde dann am 3. Oktober letzten Jahres im baden-württembergischen Villingen-Schwenningen die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DL) ins Leben gerufen.

An ihrer Spitze finden sich mit Harald Neubauer bzw. Martin Mußgnug und Jürgen Schützinger ehemals hohe Funktionäre von REP und NPD. Die „Deutsche Liga" versteht sich als „breites Bündnis", das die Einheit des „nationalen Lagers" vorantreiben und ihm zum Durchbruch bei den Bundestagswahlen 1994 verhelfen soll. Ob das gelingen wird, ist zur Zeit jedoch mehr als fraglich; denn so lange REP und DVU im Alleingang Wahlerfolge erzielen (können), wird der Einigungsdruck nicht groß genug sein.

Inhaltlich kaum Unterschiede zu NPD und REP

Das Programm der „Deutschen Liga" setzt ähnliche Schwerpunkte wie die anderer neofaschistische Gruppierungen und Parteien. Deutschnationale Bekenntnisse vermischen sich mit rassistischen Ausländer raus-Parolen. Anspruch auf Territorium Polens, der CSFR und der GUS wird ebenso erhoben wie Schwangerschaftsabbruch abgelehnt. Kindergeldzahlungen soll es in Zukunft nur noch für Deutsche geben.

Formal unabhängig, dennoch für die DL werbend, tritt die seit 1990 erscheinende Monatszeitschrift „Deutsche Rundschau" auf. Deren Geschäftsführer Franz Gla-sauer kommt ebenfalls von den REP, will das Blatt aber als selbständiges, überparteiliches Organ erhalten.

Neben der rassistischen, sexistischen und antisemitischen Kommentierung aktueller Ereignisse finden sich umfangreiche Berichte über Entwicklungen im rechten Lager (Schwerpunkt bei der DL) und die Tätigkeit der „Technischen Fraktion der Europäischen Rechten" im Europaparlament. Anzeigen und Verlagswerbung für einschlägige neofaschistische Materialien ergänzen jede Ausgabe.

Bei Wahlen schnitt die „Deutsche Liga" bisher schlecht ab. So erreichte sie beispielsweise bei den Anfang April 1992 in Baden-Württemberg stattfindenden Landtagswahlen - im Vergleich zu den REP und an ihrem eigenen Anspruch gemessen - klägliche 0,5% der Stimmen. Daß die Partei dennoch eine Reihe von Abgeordneten in Kommunal- oder Landesvertretungen hat, verdankt sie dem Übertritt von ehemaligen REP-Leuten wie z.B. in Köln oder dem Wechsel des früheren DVU-Mitglieds Hans Altermann in der Bremer Bürgerschaft.

Bei den Bezirksverordnetenwahlen in Berlin am 24. Mai 1992 trat die DL zusammen mit NPD-VertreterInnen und Angehörigen der Stiefelnazi-Szene unter dem Namen „Die Nationalen" an. Eine für Anfang Mai geplante öffentliche Kundgebung mit dem Auschwitz-Leugner David Irving wurde vor dem Hintergrund einer breiten antifaschistischen Mobilisierung verboten. Das Wahlbündnis „Die Nationalen" kandidierte lediglich in 9 von 23 Bezirken und erreichte stadtweite 0,2% (bei Bezirksergebnissen zwischen 0,2% und 0,7%).

DL in Schleswig-Holstein von der NPD beherrscht

Unter Beteiligung der DL-Bundesvorstandsmitglieder Rudolf Kendzia (Berlin), Harald Neubauer (München), Gabriele Hartung, Dr. Rigolf Hennig und Walter Seetzen wurde nun im Frühsommer in Meldorf ein Landesverband der „Deutschen Liga" gegründet. Der Landesvorstand wird von (ehemaligen?) NPD-Funktionären beherrscht. Da sind zunächst die drei gleichberechtigten Landesvorsitzenden Klaus-Michael Gräf (1990/91 REP-Parteisekretär in Schleswig-Holstein), Friedrich Riedel und Hans-Jürgen Sabrautzky. Die letztgenannten haben bei verschiedenen Gelegenheiten in den letzten 13 Jahren für die neofaschistische NPD im Raum Pinneberg kandidiert. Sabrautzky ist seit 1991 für die „Deutsche Liga" aktiv und hat die Gründungsveranstaltung organisiert. Im Frühjahr 1992 reiste er als Mitglied einer Gruppe faschistischer Organisationsvertreter in die Sowjetunion, um dort Kontakte zu „Landsleuten im Memelland" zu knüpfen.

Als Beisitzer im Landesvorstand finden sich Reinhard Dutschke (früherer Lübecker NPD-Kreisvorsitzender und Mitglied des NPD-Landesvorstandes), Herbert Holler (NPD-Kandidat bei Landtags- und Bundestagswahlen), Gundolf Leuschl und Carl Wichmann. Letzterer zeichnete 1987 nach dem Tod des Kriegsverbrechers Rudolf Heß als NPD-Kreisvorsitzender von Segeberg für Traueranzeigen in der regionalen Presse verantwortlich und betätigte sich in der Vergangenheit in der „Großadmiral Karl Dönitz Gesellschaft". Welche Aktivitäten diese Gruppierung in Schleswig-Holstein entfalten wird, dürfte abzuwarten sein. Wo sie sich öffentlich zeigt, werden ihr wie 1991 ihrer Vorläuferorganisation „Deutsche Allianz" in Geesthacht hoffentlich Protest und Widerstand entgegentreten.

•

Kölner **DomSpitzen**

Jeder Kölner Bürger kann die *DomSpitzen* kostenfrei beziehen. Einfach anrufen unter 221 40 02! **Jeden Monat neu!**

Nr. 11 / Berichte aus der Fraktion DEUTSCHE LIGA im Rat der Stadt Köln

DomSpitzen - Das Blatt der Deutschen Liga *in Köln*

Rechtsextremist mit sozialer Demagogie auf Stimmenfang

„Bund für soziale Gerechtigkeit" (BFSG) heißt das neueste Projekt von Helmut Bamme, einem REP-Mann der ersten Stunde in Schleswig-Holstein. Wer „mit der 2 Klassengesellschaft, in der Reiche immer reicher, Arme immer ärmer werden, nicht mehr einverstanden" (Text der Mitgliedserklärung) ist, kann in den Bund eintreten. Worum es tatsächlich geht, nämlich das Ausspielen real existierender Nöte alter Menschen und der vielfältigen Benachteiligungen von Frauen gegen andere humanitäre bzw. emanzipatorische Ansätze wird im Begleittext deutlich: „Nach 40 Jahren Parteiendiktatur hat sich unser Staat zum Selbstbedienungsladen übelster Sorte entwickelt. Nicht nur die Parteien bereichern sich ohne Skrupel, sondern auch andere Stellen greifen tüchtig in die Kasse, denn die Moral liegt überall am Boden. Der Verlierer ist immer der sozial Schwache, d.h. der Rentner, die Witwe, die Hausfrau und vor allem die Mutter. Sie werden als Stiefkinder gehalten und haben keine Fürsprecher. In anderen Bereichen wird das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Die ganze Welt steht vor unserer Tür und fordert Hilfe. Zwei Wörter sind nötig, um an den Geldhahn zu kommen. Es sind dies: „Asyl" und „Faschist", und diese kosten den Steuerzahler in diesem Jahr 15 Milliarden Mark."

Obwohl Bammes Einladung nach Molfsee (bei Kiel) Ende Juni über 20 Interessierte folgten, kam es noch nicht zur Gründung des Vereins BFSG. Anregungen, die Interessen älterer Menschen im Rahmen bereits bestehender Vereinigungen (z.B. Graue Panther) zu vertreten, wurden von Bamme zurückgewiesen. Von der ihm vorschwebenden „Grundrente für alle" (BFSG-Programm) sollen zudem „die Hippies von vor 30 Jahren" ausgeschlossen bleiben. Wann der „Bund für soziale Gerechtigkeit" nun tatsächlich gegründet wird, ist weiterhin offen. Im Vorstand sollen Bammes Vorstellungen zufolge jedenfalls keine Parteimitglieder vertreten sein. Er selbst freilich ist langjähriger Landesvorsitzender der rechtsextremen „Freiheitlichen Volkspartei" (FVP), der er sich nach seinem Austritt bei den REP anschloß. Der FVP diente bereits der von Bamme geführte „Verein gegen Tierversuche und Vogelfang e.V." als Vorfeldorganisation.

Kennen Sie schon den :

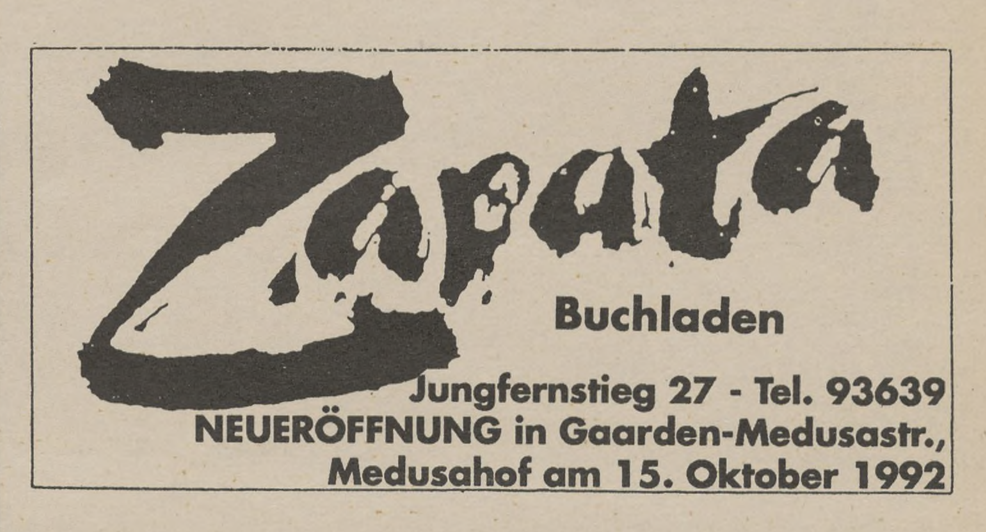
BFSG

Nein ? BFSG heißt:

Bund für soziale Gerechtigkeit

Gerechtigkeit üben ist eine Tugend im allgemeinen, ganz besonders aber im Bereich der sozialen Schwachen.

Broschüre des Bundes für soziale Gerechtigkeit



Seit über einem Jahr macht der rassistische Geheimbund Ku Klux Klan wieder verstärkt von sich reden. Im westfälischen Herford versammelten sich im im April 1991 über 250 rassistische Skins aus dem Norden und dem Westen der Bundesrepublik zu einem KKK-Treffen. Wenige Monate später reiste der US-amerikanische Klan-Führer Dennis Mahon ungestört durchs Land und leitete im Kreis Königs Wusterhausen ein größeres Treffen. Seit dem Frühjahr 1992 kommt es im Raum Elmshorn/Norderstedt immer wieder zu rassistischen Angriffen, die von Klan-Ritualen, wie z. B. brennenden Holzkreuzen, begleitet werden.

Bereits Anfang der achtziger Jahre waren Klan-Aktivitäten, damals besonders in den US-Garnisonsstädten, bekannt geworden. Inzwischen gewinnen die "White Power"-Parolen und das groteske Outfit des KKK anscheinend zunehmende Attraktivität in neonazistischen Kreisen. Bereits vor einigen Monaten, Ende Mai 1992, durchsuchten Fahnder des Bundeskriminalamtes (BKA) bundesweit ca. 30 Objekte, darunter auch einige im schleswig-holsteinischen Elmshorn. Ziel dieser Aktion war der Ku-Klux-Klan, eine rassistische Terrororganisation, die vor allem in den USA beheimatet ist. Seit einiger Zeit sind allerdings Bemühungen zu erkennen, auch in der Bundesrepublik Strukturen aufzubauen und Anhänger zu gewinnen. Über die Situation in Schleswig-Holstein bringen wir einen ersten Bericht. Die anschließenden Hintergrund-Informationen sind aus Artikeln zusammengestellt, die in der Ostberliner Zeitschrift ***antiFA*** *(historischer Abriß) bzw. dem* ***Antifaschistischen Infoblatt*** *aus Berlin erschienen sind.*

Ku Klux Klan

Bundesanwaltschaft ermittelt gegen Ku Klux Klan in Elmshorn

Gegen eine zehn bis zwölf Mitglieder starke KKK-Gruppe in Elmshorn richten sich die in den letzten Monaten laufenden Ermittlungen der Bundesanwaltschaft. Bereits im Mai waren vom Bundeskriminalamt alleine in Elmshorn zehn Objekte durchsucht worden. Mittlerweile ist ein Verfahren nach § 129 a StGB (Bildung einer terroristischen Vereinigung) eingeleitet worden.

VEREINE/ORGANISATIONEN



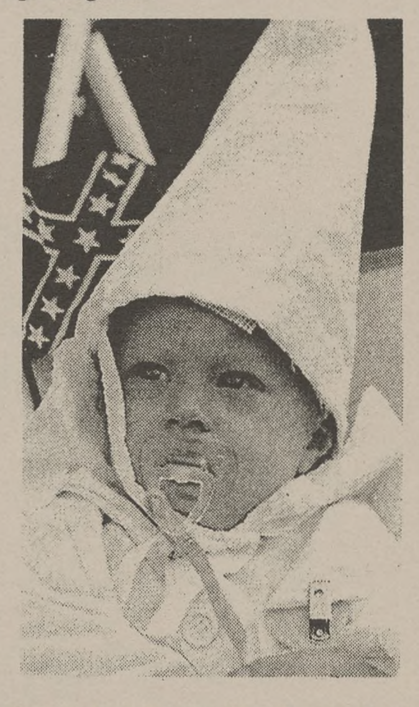
Ku Klux Klan ! Wir bitten unsere Kameraden vorl.keine Anfragenan unsere deut. Adr. zu richten. Der Justiz- und Presseterror zwingt uns dazu!
Als neue Adresse sind zu nennen:
Inv. Emp./Knights of the KKK
P.O. Box 700
Denham Springs, La. 70726 USA
Unites Klans of America
P.O. Box 2369
Tuscaloosa, Alabame 35401 USA
Knights of the KKK
1234 Old Lee Highway
Tuscumbia Al. USA

Kleinanzeige in der "Bauernschaft" - Hetzblatt des Altnazis Thies Christophersen - 1981

Rassistischen Terror unter dem Zeichen des KKK hatte es im Großraum Norderstedt bereits seit Monaten gegeben. Mitte April waren vier Norderstedter festgenommen worden, die über ein Dutzend Attacken auf Einwandererfamilien verübt hatten - von nächtlichen Drohanrufen bis hin zu Brandangriffen mit Molotowcocktails. Wiederholt waren dabei in KKK-Manier in den Gärten dieser Familien große Holzkreuze errichtet und angezündet worden.

Daneben erfreuen sich in der rechten Skinszene, die auch in der inzwischen geschlossenen Itzehoer Kneipe „Zum Kelten“ verkehrte, vermehrt KKK-T-Shirts und entsprechende „White Power“-Aufkleber Beliebtheit. Zwei Mitglieder der Elmshorner Skinband „Kraftschlag“ bezeichnen sich selbst als Mitglieder des Klans, und das antifa-info Segeberg/Pinneberg berichtet vom Skinhead Olaf Rogall aus Henstedt-Ulzburg, daß dieser KKK-Materialien sammelt. Zu einem KKK-Treffen in der Nähe der westfälischen Stadt Herford waren zudem auch Interessierte aus Schleswig-Holstein mit in Kiel zugelassenen Kraftfahrzeugen angereist. Verbindungen scheinen zudem zur FAP zu bestehen, deren Bundesgeschäftsführer Glenn Goertz in Halstenbek residiert und dort versucht, junge Skinheads zu organisieren.

Mitte August 1992 hat der Lübecker SPD-Abgeordnete Bernd Saxe eine Kleine Anfrage in Sachen KKK an die Landesregierung gerichtet. Darin fragt er u.a. nach den Erkenntnissen über KKK-Aktivitäten in Schleswig-Holstein sowie deren Verbindungen zu anderen KKK-Gruppen in der Bundesrepublik und in den USA. Bei Redaktionsschluß lag lediglich eine nichtssagende Antwort der Landesregierung vor.



Kleinkind im Ku Klux Klan-Outfit bei einer rassistischen Demonstration in Georgia USA

Die vier Gesichter des Ku Klux Klan

Der Ku Klux Klan wurde 1866 im Ort Pulaski im amerikanischen Bundesstatt Tennessee von sechs ehemaligen Offizieren der konföderierten Armee gegründet. Vorbild der Gründungsväter des Ku Klux Klan war eine studentische Verbindung namens Kyklos Adelphi. Der Ku Klux Klan orientierte sich im Hinblick auf seine Riten und Rituale (Kapuzen, Feuerkreuze, Aufnahmeriten) am Brauchtum derartiger studentischer Verbindungen, die in Amerika bis heute nach griechischen Wörtern oder Buchstaben bezeichnet werden, sowie nach Logen, weltlichen Orden und anderen Geheimgesellschaften in Amerika und Europa. Doch diese Ähnlichkeiten sind oberflächlich. Der Ku Klux Klan war von Anfang an eine politische Organisation, die sich gegen die gerade befreiten Schwarzen und die Repräsentanten der siegreichen Nordstaaten richtete.

Um dies zu verstehen, ist es notwendig, kurz auf die politische Situation in den Südstaaten nach dem Bürgerkrieg (1861-1865) einzugehen. Der siegreiche Norden betrieb hier eine Politik der sog. reconstruction (Wiederaufbau). Dabei wurden nahezu alle wichtigen Positionen innerhalb der Politik und Verwaltung von Nordstaatlern besetzt. Nordstaatler, abschätzig Yankees genannt, waren es auch, die sich die Notlage vieler Südstaatler zunutze machten, sie geschäftlich übervorteilten und ihnen ihr Eigentum, vor allem Grundeigentum, zu äußerst niedrigen Preisen abschwatzten. Korruption war an der Tagesordnung.

An diesen Praktiken waren zwar ganz wenige Schwarze beteiligt, doch gerade gegen sie richtete sich der Zorn der gerade gedemütigten und nach wie vor ihrem rassistischen Überlegenheitsgefühl geprägten Südstaatler. 1869 wurde der Ku Klux Klan durch die amerikanische Bundesregierung verboten.

Bis zu diesem Zeitpunkt war er, kurz gesagt, eine rassistisch orientierte Protestbewegung, die sich sowohl gegen die Schwarzen wie gegen die siegreichen und arroganten „Yankees“ aus dem Norden richtete.



Klan-Treffen in West Virginia 1924

Erneute Aktivität in den 20er Jahren

In den 20er Jahren gewann der 1915 wiedergegründete Klan seine höchste Mitgliederzahl (insgesamt 5 Millionen) und politische Bedeutung. Er war keineswegs mehr nur in den Südstaaten, sondern auch im Norden präsent. Er wandte sich jetzt nicht mehr nur gegen Schwarze, sondern auch gegen (weiße) Katholiken, Juden und generell gegen jeden, der als links und liberal eingestuft wurde. Dabei wurde der Klan in seiner terroristischen Aktivität zunächst nicht von der Regierung behindert.

Dies hängt mit der damaligen innenpolitischen Situation in Amerika zusammen. Die 20er Jahre waren nämlich auch in Amerika keineswegs nur „golden“, sondern sind durch eine geradezu hysterische Angst vor einem linken Umsturz (red scare) gekennzeichnet. Sozialisten und Gewerkschaftler wurden von den Vertretern der Industrie (big business) und des Staates gnadenlos verfolgt. Bekannteste Opfer dieser Kampagne waren die italienischen Anarchisten Sacco und Vanzetti, die nach einem äußerst dubiosen Prozeß zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

All dies macht den Aufstieg des Klan verständlich, aber keineswegs entschuldbar. Doch in den 30er Jahren verlor der Klan sichtlich an Einfluß. Maßgebend war die eher liberale Innenpolitik des demokratischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt, der sich zugleich auch energisch dafür einsetzte, daß der Terrorfeldzug des Klans eingedämmt wurde, der in dieser Phase in vieler Hinsicht einer faschistischen Partei ähnelte. Im Unterschied zu einigen faschistischen Parteien, die es auch in Amerika gab, verzichteten die Führer des Klans darauf, sich allzu offen am Vorbild des Faschismus in Italien und Deutschland zu orientieren. Selbst eine Umwandlung des Geheimbundes in eine Partei fand nicht statt.

Renaissance und Aktivitäten

In den 50er und 60er Jahren erkannte die amerikanische Administration endlich (eigentlich viel zu spät), daß die in den Südstaaten nach wie vor herrschende bzw. teilweise in diesem Jahrhundert wieder eingeführte Politik der Rassentrennung nicht mit den Grundsätzen der Demokratie und der amerikanischen Verfassung übereinstimmte. Verschiedene in den Südstaaten geltende Gesetze wurden als ver-

fassungswidrig erkannt und aufgehoben. Noch wichtiger war, daß eine aus Schwarzen und Weißen gebildete Bürgerrechtsbewegung sich aktiv dafür einsetzte, daß die Schwarzen die ihnen verfassungsmäßig zustehenden Rechte (vor allem das Wahlrecht) auch ausüben konnten.

All dies stieß auf die scharfe Kritik vieler Südstaatler. Die Folge war, daß die zahlenmäßige und politische Bedeutung des schon fast totgesagten Klans wieder wuchs. Er führte verschiedene Terrorakte gegen schwarze Repräsentanten der Bürgerrechtsbewegung durch. Doch nachdem die Öffentlichkeit empört und entsetzt auf diese Gewalttaten reagierte, griff die Bundesregierung scharf durch. Verschiedene Terroristen des Klans wurden festgenommen und verurteilt. Die Politik der Rassentrennung wurde fortgesetzt. Der Klan verlor wiederum an Einfluß. Er hatte den Kampf gegen die Rassenintegration, die er ziemlich isoliert und fast ausschließlich in den Südstaaten geführt hatte, verloren. In den 70er Jahren wurde sogar schon das Ende des Klans verkündet.

Der neue Klan, David Duke und die neofaschistischen Parteien

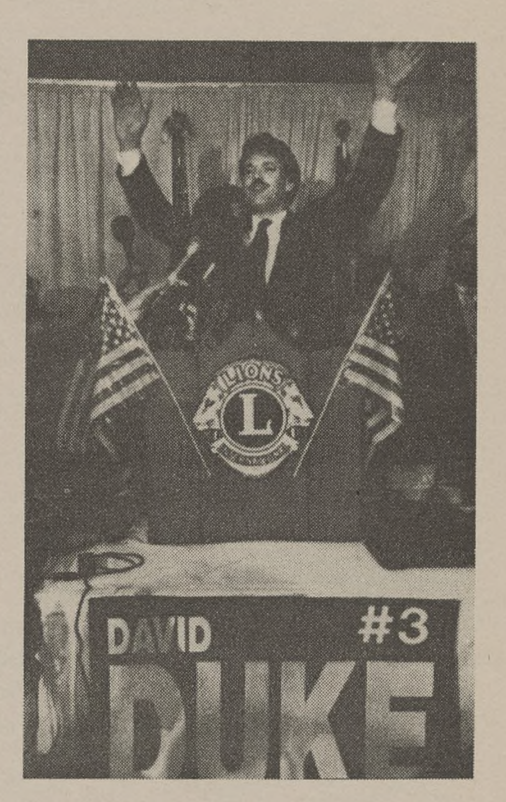
Dies war verfrüht. Der Klan überlebte. Er ist zwar in verschiedene rivalisierende Gruppen und Fraktionen gespalten, doch keineswegs bedeutungs- und machtlos. Hinzu kommt, daß er sein Auftreten und seine politische Taktik geändert hat. Dies gilt in zweifacher Hinsicht. Einmal ist hier das Bestreben des früheren (angeblich ist er ausgetreten) Führers des Klans, David Duke, zu nennen, sich ein gemäßigtes konservatives „Image" zu geben, ohne dabei seine grundsätzlich rassistische Einstellung zu verleugnen. David Duke konnte 1991 bei den Gouverneurswahlen im Bundesstaat Louisiana und bei den Vorwahlen für die Präsidentschaft als republikanischer Herausforderer von Präsident Bush mehr als nur Achtungserfolge (zwischen 10 und 20 Prozent der Stimmen) erzielen.



David Duke: 1978 in der Pose des Klan-Führers bei einem Besuch in London...

Ebenfalls neu und vielleicht noch wichtiger ist die, wenn man will, Bündnispolitik des Klans. Er arbeitet eindeutig mit jugendlichen „Skinheads" zusammen, die als Schlägertruppen auftreten und eingesetzt werden. Eine enge Zusammenarbeit besteht ganz offensichtlich auch mit einigen neonazistischen Parteien, von denen es in Amerika mehr als 30 gibt. Die wichtigsten sind die „White Aryan Resistance" (WAR) (= Weißer arischer Widerstand) und die „Aryan Youth Movement" (AYM) (=Arische Jugendbewegung), die „Aryan Nations" (= Arische Nationen) mit Stammsitz in Coeur d`Alen im Bundesstaat Idaho, die „Christian Identity Movement" (= Christliche Identitäts-Bewegung), die „Posse Comitatus" und eine Organisation, die sich „the Convenant, the Sword and the Arm of the Lord" (CSA) (= der Bund, das Schwert und die Macht des Herrn) nennt.

Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, ist folgendes hervorzuheben: Alle Bewegungen sind äußerst gewalttätig, es ist in den letzten Jahren zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern dieser faschistischen Organisationen und der Polizei gekommen. Bei einer von ihnen wurde übrigens der Gründer der CSA, Robert J. Matthews, getötet. Alle Bewegungen vertreten eine extrem rassistische Ideologie. Sie wenden sich keineswegs nur gegen (amerikanische) Schwarze, sondern auch gegen Juden und - dies ist besonders aktuell - gegen Asiaten. Auffallend und in gewisser Hinsicht eine amerikanische Besonderheit ist die pseudoreligiöse Orientierung, wie sie bereits in der Namensgebung einiger Bewegungen zum Ausdruck kommt. Das heißt, daß die angebliche rassische Minderwertigkeit insbesondere von Schwarzen mit dem (natürlich unberechtigten) Hinweis auf einige Bibelstellen begründet wird. Hier bestehen die sichtbarsten ideologischen Berührungspunkte zwischen dem sehr alten Klan und den neuen neofaschistischen Bewegungen.



... und 1989 als scheinbar seriöser Politiker nach dem Gewinn eines Sitzes im Repräsentantenhaus des US-Bundesstaates Louisiana

Andererseits ist die Beeinflussung durch den europäischen, vor allem den deutschen Neonazismus nicht zu übersehen. Dies gilt vor allem für die „nationalsozialistische" These von einem „Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus, wie sie einige deutsche Neonazis in der Nachfolge der Gebrüder Strasser vertreten. In diesem Zusammenhang wurde der deutsche Neonazi Michael Kühnen viel erwähnt, der in Amerika vor allem durch den „Führer" der NSDAP/AO (für Auslandsorganisation) Gary Lauck als Lincoln im Bundesstaat Nebraska bekannt gemacht wurde. Generell ist unverkennbar, daß auch die amerikanischen Neonazis enge Beziehungen zu ihren europäischen, hier vor allem wiederum deutschen Gesinnungsgenossen unterhalten.

W.W.

Ku-Klux-Klan „stolz" auf Tod eines Asylbewerbers

Biel (AFP) – Eine „Sektion Biel des Ku-Klux-Klans" hat in einem Brief an eine Schweizer Tageszeitung ihren „Stolz" über den Tod eines Asylbewerbers zum Ausdruck gebracht, der im März in der westschweizerischen Stadt Biel durch einen Brandanschlag ums Leben kam. Dies wurde am Donnerstag bekannt. Der Ermittlungsrichter konnte zunächst nicht sagen, ob der Brief der rassistischen Organisation ernst zu nehmen sei.

Süddeutsche Zeitung vom 2. Mai 1992

Ku-Klux-Klan im Aufwind

Nach dem zweiten Weltkrieg zerfiel der zuvor zentral gesteuerte KKK in zwei Dutzend Einzelklans, die zum Teil untereinander konkurrieren. Seit den sechziger Jahren lebt der KKK wieder auf.

Als mitgliederstärkste Gruppen gelten das „Invisible Empire" und die „Knights of the Ku Klux Klan". „Invisible Empire" (das „Unsichtbare Reich") hat aktive Untergruppen in Großbritannien, Kanada, Frankreich und Australien. Dennis Mahon, der im letzten Jahr auf Besuch seiner Anhängerschaft durch die BRD tourte, ist der Führer der KKK-Organisation „White Knights of the Ku-Klux-Klan", die in den US-Bundesstaaten Missouri und Oklahoma aktiv ist und dort über beste Kontakte zur Neonazi-Szene verfügt. Die Gesamtmitgliedsstärke des KKK wird in den USA auf 6000-8000 geschätzt, die Sympathisantenszene soll noch mal das 30fache betragen. Starken Rückhalt hat der Klan auch in Polizei und Militär.

Der Klan in der BRD

In der BRD fand der KKK zunächst durch hier stationierte amerikanische Soldaten Verbreitung. In den sechziger Jahren erklärte ein Klan-Sprecher München zur „Hochburg" des KKK in Europa. Anfang der achtziger Jahre existierten im Rhein-Main-Gebiet Verbindungen zwischen deutschen Neonazis und Klan-Leuten bei der US-Armee. Aber auch die britische Klan-Untergruppe hatte unter den, in der BRD stationierten Soldaten Mitglieder. Dies belegt eine von der antifaschistischen britischen Zeitung „Searchlight" veröffentlichte Mitgliederliste des Klans.

In den letzten Jahren kam es immer wieder zu Anschlägen auf AusländerInnen durch deutsche KKK-Anhänger. Ein Beispiel dafür ist der Angriff von drei Männern auf ein von AusländerInnen bewohntes Haus in Neuenrade (Sauerland) Anfang September 91. Die drei feuerten Schüsse ab und warfen Steine auf das Haus. Bei der anschließenden Festnahme durch die Polizei wurden neben Pistolen und Molotowcocktails Aufkleber des KKK-Herford sichergestellt. Im Zusammenhang mit dem KKK in Bielefeld/Herford ist übrigens der „Kameradsachaftsführer" der GdNF-Bielefeld, Bernd Stehmann, als örtlicher KKK-Leiter aufgetreten. Neben Herford besteht in Berlin/Reinickendorf eine weitere Kontaktadresse des Klans. Inhaber des Postfachs ist Carsten Szczepanski, der sich selbst als Gründer und „Grand Dragon" des deutschen „White Knights of the Ku Klux Klan" bezeichnet.

Die Reise des amerikanischen Klanführers Dennis Mahon im letzten September durch die BRD ist ein weiteres Zeichen für die hier zunehmenden Klan-Aktivitäten seit dem Anschluß der DDR. In seiner in Oklahoma erscheinenden Zeitung „The White Beret" lobte Mahon die Zusammenarbeit zwischen seinem Klan und dem deutschen Ableger. Als Stationen seiner Reise gab Mahon Berlin, Saarbrücken und Umgebung, Nürnberg und Dresden an.



KKK-Flugblatt aus dem Raum Herford

Durch Medienberichte versuchte Mahon den Klan auch hierzulande bekannter zu machen und für seine rassistischen Vorstellungen zu werben. Zu einem KKK-Treffen in der Nähe von Königs Wusterhausen, das - nach amerikanischem Vorbild - mit einem Feuerritual endete, lud Mahon ein Fernsehteam von RTL plus ein. Anfang Oktober wurde der Bericht in einer „Explosiv"-Sendung ausgestrahlt.

Ob - wie in Padua/Italien geschehen - afrikanische StudentInnen Drohbriefe mit KKK-Emblemen erhalten, oder - wie in Wien im letzten November - eine zehnköpfige Gruppe nach Klan-Art in weißer Kapuzentracht ausländerfeindliche Parolen brüllt, Vorfälle dieser Art nehmen in ganz Europa zu. Es wäre sicher falsch, von einer einheitlichen Organisation zu sprechen, aber der wachsende Einfluß von KKK-Gruppen, sowie die Anlehnung von Rassisten an amerikanische Vorbilder, ist nicht zu übersehen.

•



Konfrontation bei einer Anti-Klan-Demonstration 1987 in Maine/USA

Schon gehört?



Seit Wochen annociert der Landwirt Karsten Loy in den Wochenblättern des DVU-Chefs Frey. Für wen der ehemalige NPD-Landtagskandidat in Mecklenburg-Vorpommern Land zu kaufen trachtet, ist freilich noch unklar. In Dithmarschen verkauft und verpachtet er jedenfalls ganze Höfe.

Suche in Mecklenburg-Vorpommern im Auftrage **Landwirtschaftsflächen zu kaufen oder zu pachten.** Karsten Loy, Bauer und Mittler, Dorfstraße 32, 2241 Strübbel, Telefon 04837/359.

Deutsche Nationalzeitung 25/92

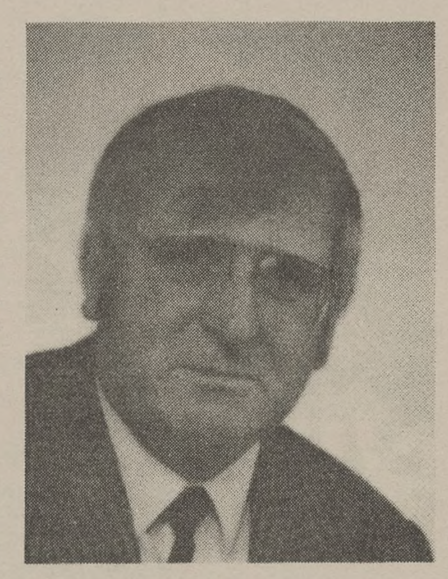
Biete für Anleger beste Diethmarscher Höfe und Ackerflächen, ca. 80 Punkte, und Eidersteder Fettviehweiden, ca. 80 Bodenpunkte, zu verkaufen, **günstige Verpachtungsofferten,** Karsten Loy, Bauer u. Mittler, Dorfstr. 32, 2241 Strübbel, Tel.: (04837) 359.

Deutsche Wochenzeitung 38/92



Die neofaschistische Monatszeitschrift NATION wird seit Juni von Roland Bohlinger herausgegeben. Bohlinger, der im Schleswig-Holsteinischen Nordfriesland mit seinem „Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur" einen schwunghaften Handel mit rassistischer und antisemitischer Verschwörungsliteratur betreibt, will die Zeitschrift, wie er in einem Rundschreiben Ende Juli mitteilte, zu einem „zentralen Kampfinstrument machen".

Während die Chefredaktion des Hetzblattes bei dem bayerischen Ex-REP-Aktivisten Adrian Preißinger verbleibt, sieht Bohlinger hier offenbar eine gute Gelegenheit, mittels Sonderrabatten Bücher aus seinem Sortiment loszuschlagen. Das Geld, so heißt es im oben erwähnten Schreiben, soll dem Kauf des bisher nur gemieteten Bauernhofs und der Herrichtung eines Schulungszentrums dienen.



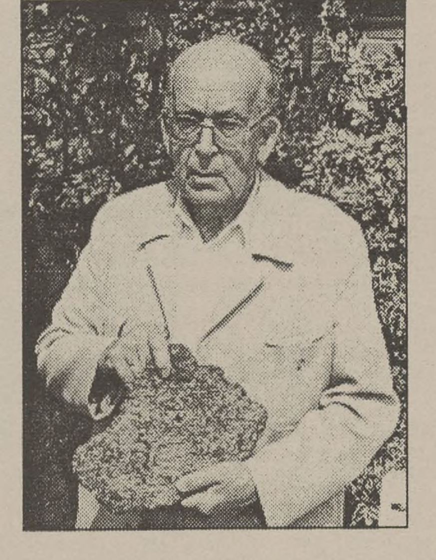
Roland Bohlinger



Bernhard Bühler aus Büsum, vor seinem Wechsel zum „Bund Deutscher Unitarier" (BDU) lange Jahre Funktionär bei der völkisch-rassistischen „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR), führte im Juli zum zweiten Male ein Seminar mit Jugendlichen aus Polen durch, die sich als Deutsche verstehen. In Zusammenarbeit mit Günter Petersdorf von der Kieler „Hilfsgemeinschaft Ostpreußen" und Ulrike Madeya, Organisatorin der revanchistischen „Gesamtdeutschen Initiative Schleswig-Holstein", gab es neben Volkstänzen und Grillabenden auch Deutsch- und Geschichtsunterricht im „Haus der Heimat". Wie der aussah, ist unschwer vorzustellen, gehörte doch auch der bekannte Kieler Faschist Dietmar Munier zu den Referenten.



Zu seinem 85. Geburtstag gratulierten das Hamburger Abendblatt und die Kieler Nachrichten Anfang September Jürgen Spanuth. 1933 wurde er Pastor in Bordelum bei Husum; jahrezehntelang fand er mit seiner These, die untergegangene Stadt Atlantis habe in der Nordsee gelegen, vor allem in rechtsextremen und germanophilen Kreisen Anklang. Der heute in Bredstedt lebende Spanuth veröffentlichte mehrere Bücher im neofaschistischen Grabert-Verlag, in dessen Zeitschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" er zudem Stammautor ist.



Jürgen Spanuth

Neues vom Nazi-Buchhändler Dietmar Munier

...und Kritisches zu einer Antifa-Aktion

Eine Aktion wie jede andere auch? Lange war es still gewesen um Dietmar Munier, den Besitzer des „Buchladen am Dreiecksplatz", gewesen. Bis auf einige nett anzuschauende Verschönerungen und dem obligatorischen „Besuch" bei jeder Antifa-Demo blieben spektakuläre Aktionen aus.

Deshalb hatte sich die Antifaschistische Jugendaktion (AJA) das Ziel gesetzt, Munier einmal mehr ins Rampenlicht der Kritik zu stellen - und in den frühen Juni-Tagen eine Flugblattaktion vor dem Buchladen gestartet; dies mit ganz unterschiedlichem Erfolg!

Wenn sich dieser lediglich in der Anzahl verteilter Flugblätter ausdrückt, kann mensch diese Aktion als Erfolg bewerten: In 4 Tagen wurden 3000 Flugblätter verteilt. Außerdem war es noch möglich, einige interessante Gespräche zu führen.

Doch an dieser Aktion gibt es beispielsweise die mangelhafte Koordination der Kieler Antifa zu kritisieren.

So wußten die (meisten?) VerteilerInnen nicht, daß einige Kieler(Innen?) zuvor noch dem Buchladen einen Besuch abgestattet und eine Säure hinterlassen hatten. Zum einen hatte die Säure wohl nicht den durchschlagenden Erfolg wie gewünscht - und zum anderen wurden die VerteilerInnen am ersten Tag von der Aufforderung überrascht, zwei aufgetauchten Polizisten ihre Personalien abzugeben. Die Weigerung die Personalien herauszurücken führte sehr schnell zu mehreren vorläufigen Festnahmen, zwecks Personalienfeststellung. Offensichtlich gab es einen Zusammenhang zwischen dem nicht gerade zimperlichen Vorgehen der Bullen und der etwas mißglückten ersten Aktion.

Resultat: die Aufnahme eines (allerdings wohl nicht weiter verfolgten) Ermittlungsverfahrens wegen Beleidigung, übler Nachrede und Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz durch Verbreiten von Flugblättern." Nötig wäre das sicherlich nicht gewesen, zumal sich größtenteils noch junge, z.T unerfahrene Antifas eingefunden hatten, um die Flugblätter zu verteilen - und die z.T. mit der Situation - dem Drängen der Bullen auf Personalienfeststellung und der eigenen Hilflosigkeit nur schlecht zurechtkamen und sich aus der ganzen Aktion, und dem Brief der Bullen an die Eltern auch noch Streßsituationen ergaben, die sie so sicher nicht erwartet hatten.

So werden (wie bei der Munier Aktion geschehen) Menschen lediglich als „Masse" funktionalisiert. Das wirkt für mich und wohl nicht nur für mich total abschreckend. und offenbart für mich ein Menschenbild, das ich sicher nicht habe! Jedenfalls teile ich nicht oder nur zögernd die Ansicht, daß solche Dinge aus reiner Fahrlässigkeit entstehen, doch wer/welche weiß das schon.

Doch nun wieder zu D. Munier. Der 38jährige Multigesellschafter des Arndt-Verlages, des Orion-Heimreiter-Verlages und der Lesen- und Schenken-GmbH setzt seine Aktivitäten momentan unter einen Schwerpunkt, den er unter dem Stichwort: "Aktion Deutsches Königsberg" zusammenfaßt. Ziel dieser Aktion ist es, die „deutsch-völkische Lebensweise in der Nähe von Kaliningrad" zu fördern: Bis Ende Februar 1992 sind ca 20000 Rußlanddeutsche umgezogen, die von Munier und seinen spendenwilligen KundInnen materiell unterstützt werden. Munier arbeitet dort mit dem 1992 gegründeten „Kulturverein Trakehnen" zusammen; dafür wirbt er auch in seinen Briefen. So soll dort z.B. die Stelle eines/einer Deutschlehrer/in finanziert werden; eine Straßenkarte von"Königsberg" und „Nord-Ostpreußen" wurde schon gedruckt. Diese „Aktion Deutsches Königsberg" ist auch von der DVU aufgenommen worden; denn sie stellte im Kieler Landtag einen Antrag auf Einrichtung und finanzielle Unterstützung einer „Königsberg-Unterstützung". Dieser Antrag wurde von den Landtagsabgeordneten (mit Ausnahme der DVU) abgelehnt.

Munier kann sich auch der Hilfe seiner Eltern sicher sein; so druckte die „KN" am 10.6. 92 einen Reisebericht von Klaus und Hildegard Munier ab, ohne in irgendeiner Art und Weise auf die dort nur kurz erwähnte Aktion „Deutsches Königsberg" einzugehen.

Mitstreiter der Aktion sind im übrigen der Hamburger Henning Pless, der 1991 zum 1. Bundesführer des BHJ (Bund Heimattreuer Jugend) gewählt wurde und der aus Raisdorf stammende Michael Will, der 1983 Bundesführer des BHJ war und heute Buchautor im Arndt-Verlag ist.

Doch trotz seiner (zumindest im faschistischen Lager) bekannten Mitstreiter gelingt es D. Munier momentan anscheinend sehr gut, sich (und seinem Vorhaben?) einen einigermaßen seriösen Anstrich zu geben:

So hält er z.B. Vorträge beim „Bund der Vertriebenen" und hat auch Kontakte zur CDU-nahen Kieler Herrmann-Ehlers-Akademie geknüpft. Auch sein Buch „Das letzte Dorf", in dem er sich mit seiner Reise nach „Königsberg" auseinandersetzt, hat zu keinem Aufschrei des Entsetzens geführt. Woran das wohl liegen mag? Nun, zum einem daran, daß das Buch zumeist in den reaktionären Kreisen gelesen wird - und zum anderen an der Fähigkeit Muniers, seriös und patriotisch zu wirken und auch so zu schreiben, ohne dabei dumpfdeutsch zu werden.

Doch nichtsdestotrotz: Muniers Kontakte ins faschistische Lager lassen wirklich keinen Zweifel an seiner Gesinnung.

Er hat(te) sehr gute Kontakte zum BHJ, zum Hilfskomitee Freiheit für Rudolf Hess, zur Gesellschaft für freie Publizistik, zur Kieler Liste für Ausländerbegrenzung, zu den Jungen Nationaldemokraten und zum Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes.

Desweiteren inseriert Munier regelmäßig in der „Nationalzeitung" und der „Nation und Europa - Deutsche Monatshefte".

Übrigens haben BewohnerInnen des Hauses erzählt, daß D. Muniers „Buchladen am Dreiecksplatz" nur noch bis zum 1.12.92 in der Wilhelminenstraße ansässig sein wird. Zwei Mietparteien hätten auf eine Nicht-Verlängerung des Vertrages geklagt, da sie kleine Kinder hätten und man diese nicht mehr nach draußen lassen könnte, wenn wieder einmal lärmende DemonstrantInnen durch die Straßen ziehen, um ihren Unmut über den „Buchladen am Dreiecksplatz" kundzutun.

Ist das nun ein Sieg (ha,ha wir haben ihn durch unsere Stärke, sprich Lautstärke, vertrieben) oder eine Niederlage?



Aus dem Landtag

Erstmals erscheint in dieser ATZE eine in Zukunft regelmäßig auftauchende Kolumne mit dem Titel „Aus dem Landtag". Unter dieser Überschrift werden wir allerdings nicht nur über die parlamentarischen Aktivitäten der FaschistInnen im Kieler Landesparlamrent berichten, sondern auch über das Verhalten der bürgerlichen Parteien, z.B. in Sachen Asyl und Einwanderung. In unseren Redaktionsschluß fiel die Große Koalition von CDU und SPD im Landtag Schleswig-Holsteins; zum Abschluß einer mehrtätigen Parlamentssitzung einigten sich die beiden Parteien auf weitere einschneidende Verschlechterungen des Asylrechts - und damit auf eine Unterstützung des jüngsten, vom schleswig-holsteinischen SPD-Landesvorsitzenden Engholm durchgesetzten Abbaus der ohnehin spärlichen Rechte von Asylsuchenden. Über diese Entwicklung in der SPD berichten wir in der nächsten Ausgabe.

Mit einer Flut von Anträgen, Gesetzentwürfen und Anfragen versucht die DVU im schleswig-holsteinischen Landtag gegenüber der Öffentlichkeit den Eindruck von Kompetenz und Engagement zu erwecken. Während ihre VertreterInnen in den Fachausschüssen nur äußerst selten das Wort ergreifen, legten Ingo Stawitz, Renate Köhler & Co. zu der mehrtägigen Landtagssitzung im September vor allem Anträge zum Thema Asyl vor.

Darin wird der Landtag aufgefordert,

den Aufnahmestop für Flüchtlinge des hessischen Main-Kinzig-Kreises zu begrüßen (Drucksache 13/262);

die Vernichtung von Fingerabdruckbättern - wichtiges Element zur Kriminalisierung von Asylsuchenden - durch den Bundesinnenminister Rudolf Seiters (aus bürokratischen Gründen) zu verurteilen und für die Zukunft auszuschließen (13/212);

dem gegen „Asylmißbrauch" hetzenden Landrat des Kreises Itzehoe im Parlament Gelegenheit zum Reden zu geben (13/261);

die Unterbringung von Flüchtlingen in den Wohnungen derjenigen Politiker zu beschließen, die Deutschland als Einwanderungsland sehen (13/259). Und auch der Versuch, den rassistische Pogrom von Rostock in der Plenarsitzung zu erörtern (13/261 und 13/263), dient ausschließlich dem Versuch, den tagelangen Terror in eine verständliche Reaktion auf eine angebliche „Überfremdung" umzulügen.

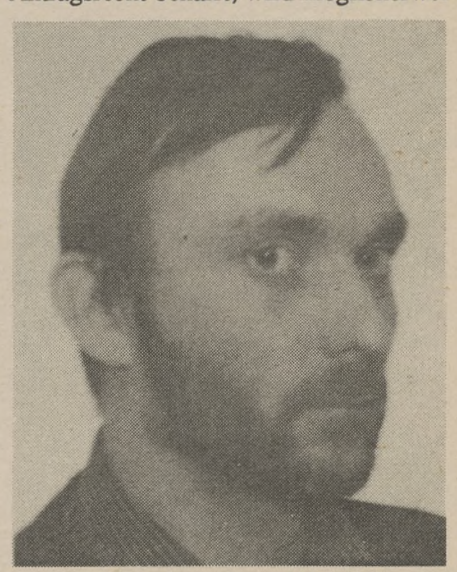
Sorgen bereitet der DVU und ihren Abgeordneten wohl auch die Aussage der zuständigen Stellen, ein Abhören der Fraktionsräume der faschistischen Partei im Kieler Landeshaus sei nicht ausgeschlossen. Jedenfalls wollten die DVU-Abgeordneten Thienemann und Stawitz mit Hilfe entsprechender Anträge in der aktuellen Fragestunde des Landtags Aufklärung erhalten.

Bürgerliche Parteien ohne klare Frontstellung

Dem Auftreten der DVU im Landesparlament stehen die bürgerlichen Parteien bisher meist defensiv gegenüber. Wurde bei der Eröffnung des 13. Landtags im Mai 1992 die Eröffnungsrede der DVU-Abgeordneten Karin Voß als ältester Parlamentarierin noch durch einen formalen Kniff verhindert, so tritt man der rechtsaußen stehenden Partei nun formal korrekt gegenüber. Sie können (mit Ausnahme des den Verfassungsschutz beaufsichtigenden) an allen Ausschüssen teilnehmen, Besuchergruppen empfangen, und auch die Zeitung „Der Landtag", herausgegeben von der Landtagspräsidentin, berichtet über Aktivitäten und Stellungnahmen der Partei.

Gegenüber den Initiativen der DVU zu den Themen Asyl und Flüchtlinge gibt es nur vereinzelt politisch entschiedene Opposition; das aber hängt wohl auch damit zusammen, daß ja z.B. auch die CDU für eine rasche Abschiebung straffällig gewordener Asylsuchender eintritt, oder die SPD etwa durch den von ihr durchgeführten „Zählappell" (vgl. ATZE Nr. 13 und Nr. 15) im Sinne der DVU wegweisend tätig geworden ist.

Deutliche Distanz zeigen die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien, wenn es gegen Anträge der DVU geht, in denen Österreich als deutsches Staatsgebiet bezeichnet und der Leugnung der Nazi-Verbrechen Vorschub geleistet wird. Anfang September weigerte sich Ute Erdsiek-Rave in ihrer Eigenschaft als Landtagspräsidentin erstmals, einen solchen DVU-Antrag zuzulassen. Da die DVU auf ihrem Antragsrecht beharrt, wird möglicherwei-



Ingo Schachtschneider, DVU-Kreisvorsitzender von Steinburg und Nachrücker für den verstorbenen Manfred Clasen im Landtag



DVU-Landesvorsitzender Stawitz nutzt auch das Parlament für seine Hetztiraden

se das Bundesverfassungsgericht in dieser Sache entscheiden müssen.

Als volksnah versucht sich die DVU in der noch andauernden Debatte über eine Erhöhung der Abgeordnetengehälter zu geben Da sie genau weiß, daß nach der Nullrunde im vergangenen Jahr eine Mehrheit die Erhöhung um 5% billigen wird, kann sie locker eine 15%ige Kürzung einfordern. So soll dann auch in Vergessenheit geraten, daß sich die DVU-Abgeordneten gleich nach ihrem Einzug ins Landesparlament die Taschen vollgestopft hat. Pro Abgeordneter/n werden 138.000 DM Diäten fällig. Für den Fraktionsvorsitzenden Stawitz kommen noch 100.000 DM hinzu, für seinen Stellvertreter 23.000 DM, für einen Geschäftsführer 57.000 DM usw. usf.

Mitte August wurde das interne Protokoll einer DVU-Besprechung bekannt, in dem über die Verwendung der Gelder beraten wurde. Dabei wurden Methoden der Geldverschiebung zur Münchner Parteizentrale ins Auge gefasst, die wegen ihrer Rechtswidrigkeit wenige Monate vorher in Bremen zur Unterbrechung der Zahlungen an die DVU geführt hatten. Auch der persönliche Lebenswandel von DVU-Abgeordneten läßt sich anscheinend nicht mit dem selbstgepflegten Bild von der „Partei der kleinen Leute" in Einklang bringen; oder wie ist es sonst zu erklären, daß die Münchner Parteizentrale in einem öffentlichen Kommentar in der Frey-Presse darin erinnerte, wie sich DVU-Abgeordnete zu verhalten hätten.



Polizei schützt DVU-Kundgebung

DVU setzt Aufbauarbeit vor

Wurde Ende August in Schwerin der DVU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern gegründet, so versucht Frey auch in Schleswig-Holstein weiterhin, neue Parteimitglieder und AbonnentInnen für seine faschistischen Druckwerke zu gewinnen. In einem breit verschickten Rundschreiben mit Datum vom 20. August fordert er Unterstützung ein, um bei der nächsten Wahlteilnahme der DVU, die vom Bundesvorstand bereits beschlossen sei, „die errungenen Erfolge durch eine weitere Steigerung des Wahlergebnisses zu sichern und die dauerhafte Etablierung der DVU in den bundesdeutschen Parlamenten zu gewährleisten".

Doch damit nicht genug. Für das unter dem Motto „selvtaegt" (= Selbstjustiz) stehende gewalttätigere Auftreten der dänischer Rechtsaußenpartei PDN (Partiet De Nationale) greift diese offenbar auch auf DVU-Schläger aus Deutschland zurück. Wie die Zeitung Ekstra Bladet Anfang April unter Berufung auf Aussagen des PDN-Führers Albert Larsen meldete, erklärten sich DVU-Anhänger bereit, ihre Erfahrungen im Straßenkampf an dänische Faschisten weiterzugeben.

Während zur Zeit noch unklar ist, in welchem Umfang DVU'ler aus Schleswig-Holstein an der Entsendung dieser Kampftruppe beteiligt sind, pflegt DVU-Landeschef Stawitz die Kontakte zu den anderen neofaschistischen Organisationen im Lande. Am Rande einer Tagung des „Arbeitskreises für Deutsche Politik", der von führenden Ex-Funktionären der schleswig-holsteinischen REP geleitet wird, kam es im Spätsommer auch zu Gesprächen mit dem Landesvorsitzenden der „Deutschen Liga für Volk und Heimat", Hans-Jürgen Sabrautzky (vgl. den Bericht auf Seite 18). Erste Schritte zur Einheit der NeofaschistInnen in Schleswig-Holstein?

Multimillionär Frey und seine DVU

heißt eine gerade erschienene Broschüre über die größte neofaschistische Organisation in Deutschland.

Auf der Grundlage der Texte einer Veranstaltung haben die HerausgeberInnen von AVANTI-Projekt Undogmatische Linke und der Autonomen Info-Gruppe mit Unterstützung Bremer AntifaschistInnen ein Heft vorgelegt, daß eine erste Orientierung über die DVU erleichtert. Angesichts der Bedeutung der DVU und des Presseimperiums ihres Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey eine längst fällige Aufgabe.

Die Broschüre enthält Beiträge über die Geschichte der DVU und ihre Tätigkeit in Schleswig-Holstein und Bremen. Außerdem findet sich Material für die Zerstörung des von der DVU gepflegten Images von der "Partei der kleinen Leute".

Gegen Einsendung von 3.-DM plus 1.- Porto ist das Heft bei folgenden Adressen zu bekommen:

AVANTI - Schweffelstr. 6, 2300 Kiel

Autonome Info-Gruppe Kiel Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1

Offener Brief an den Landesbezirksvorstand Nord der IG Medien

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

In den Tagen nach den ersten rassistisch motivierten Gewalttaten in Rostock habe ich mich geradezu geschämt, jeden Morgen wie gewohnt zur Arbeit zu fahren. Nein, ich habe mich nicht einfach geschämt, weil „Deutsche so etwas tun" können. So deutsch empfinde ich nicht, daß ich mich irgendwem besonders verbunden fühle, nur weil er den gleichen Nationalitätenvermerk im Ausweis hat, und zugetraut habe ich „so etwas" vielen Deutschen schon lange.

Allerdings stehe ich wie wir alle zwangsläufig in der Verantwortung, auf die Entwicklung in diesem Land Einfluß zu nehmen. Gerade deshalb habe ich Scham empfunden über meine Hilflosigkeit, darüber, nicht die angemessene Antwort auf den Rostocker Terror geben zu können; darüber, in den Tagen des Pogroms gezwungen zu sein, wie gewohnt an die Maschine zu gehen, mein Tagespensum abzuarbeiten, das Leben weiterlaufen zu lassen im alten Trott.

Als wären die Vorfälle von Rostock, die inzwischen an so vielen Orten Nachahmer auf den Plan gerufen haben, etwas, das man zwar kommentieren kann, das einem aber nicht den Zwang zu besonderem Handeln auferlegt. Dieses Handeln soll offenbar weiter den Politikern überlassen bleiben, wie immer (und wie auch immer). Im alten Trott ...

Oft ist es selbst mit dem Kommentieren nicht weit her. Die Kieler IG Medien und der Kieler DGB haben nicht einmal die Kraft zur Teilnahme an Protestkundgebungen gefunden. Schon gar nicht haben sie welche initiiert. Dabei wäre es noch um weit mehr gegangen:

Hätten wir nicht alle gleich nach der ersten Pogromnacht die Maschinen stillstehen lassen müssen, hätten wir nicht in den Betrieben und auf den Straßen nicht allein unsere Abscheu, sondern unsere Widerstandsbereitschaft demonstrieren müssen? Das zu organisieren, wäre Aufgabe der DGB-Gewerkschaften gewesen!

Arbeitsniederlegung - Streik! Ein absurder Gedanke in diesem Zusammenhang? Kann man streiken gegen Naziterror? Streiken angesichts auch des Verhaltens vieler Kolleginnen und Kollegen, die den Brandstiftern Rückendeckung gaben und Beifall klatschten (denn das war ja nicht die versammelte Unternehmerschaft, die sich dort auf den Straßen tummelte)? Ja, man hätte streiken können und streiken müssen. In anderen Ländern, sei es in Italien schon vor Jahren, sei es in Schweden im Februar dieses Jahres, sind Gewerkschaften auf diese Gedanken gekommen und haben sie ausgeführt. Man hätte streiken können und streiken müssen gegen die menschenfeindliche Politik, die Vorfälle wie in Rostock heraufbeschwört, die Verbrecher ermutigt; streiken im Bewußtsein auch der Verantwortung der deutschen Unternehmerverbände, die den wechselnden Regierungen die Grundzüge ihrer Ausländerpolitik vorgeschrieben haben.

Streiken als Signal unserer Widerstandsbereitschaft - und als Auftakt zu weiteren Widerstandsaktionen. „Wehret den Anfängen" heißt es bei uns schon seit Jahren und Jahrzehnten. Immer wieder. Die Losung verkommt zur hohlen Phrase, nachdem es längst keine Anfänge mehr sind, denen es zu wehren gälte und denen viel zu wenig entgegengesetzt wird. Je mehr der Terror anwächst, desto stärker wird - die Gewöhnung! Desto stärker der Drang zur Kapitulation und zur Verschärfung der Gesetze - gegen die Verfolgten!

Ja, man hätte die Arbeit ruhen lassen müssen, wenn man sich noch bewußt war der politischen Verantwortung, die die Gewerkschaften für eine antifaschistische Entwicklung dieser Gesellschaft haben.

Der DGB war es nicht.

Es mag daran liegen, daß er sich schon viel zu sehr eingebunden hat in die deutschnationale Politik der Bundesregierung, vor allem seit dem DDR-Anschluß. Höhepunkt war hier sicher die zustimmende Äußerung H.W. Meyers zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr, wegen der er umgehend seinen Hut als DGB-Vorsitzender hätte nehmen müssen.

Daß die Themen „Krieg" und „Asyl" zusammenhängen, hat uns die Petersberger Tagung der SPD-Führung wieder vor Augen geführt. Es macht ja auch Sinn: Wenn man seine Zustimmung zu weltweiten Bundeswehr-Einsätzen gibt, tut man das in dem Bewußtsein , damit - trotz aller anderslautenden Beteuerungen - Not und Elend noch weiter auszubreiten, neue Fluchtgründe für Hunderttausende zu schaffen. Und die wollen wir doch nicht auch noch hier haben, nicht wahr?

Es ist zu erwarten, daß sich nun der Druck auf die Gewerkschaften noch verstärken wird, um sie zur Aufgabe entscheidender Grundsatzpositionen zu bewegen.

Schließlich hat hier der Kanzlerkandidat der SPD seinen Einfluß geltend gemacht. Mit tödlicher Sicherheit - tödlich noch für so manchen Menschen auch in unserem Land - wird die SPD nicht darangehen, ihren Kanzlerkandidaten zu demontieren. Mit absoluter Sicherheit wird wie eh und je versucht werden, auch alle DGB-Gewerkschaften auf seine Unterstützung einzuschwören und zumindest sicherzustellen, daß dem Kandidaten von dieser Seite keine ernstzunehmenden Knüppel zwischen die Beine geworfen werden.

Bei so manchem Gewerkschaftsfunktionär ist die Schere im Kopf für solche Gelegenheiten eh schon vorhanden. Auch in Kiel war das im letzten Landtagswahlkampf zu beobachten, als Engholms skandalöser Auftritt bei Frank-Druck ohne öffentliche Kritik der IG Medien blieb.

Ich denke, die Zeit des Schweigens ist auch Björn Engholm gegenüber endgültig vorbei. Wenn wir den Petersberger Richtlinien nicht deutlich widersprechen und organisiert widerstehen, fügen wir der zukünftigen gesellschaftspolitischen Gestaltungskraft der Gewerkschaft, ihrer Kampffähigkeit in jeder Hinsicht schwersten Schaden zu. Wir geben dann unsere entscheidenden politischen Willenserklärungen dem Gespött unserer Gegner preis und treiben weiter Kolleginnen und Kollegen in die Resignation.

Das darf nicht geschehen.

Björn Engholm hat einmal Schriftsetzer gelernt. Er ist immer noch Mitglied der IG Medien und wird zumindest in Schleswig-Holstein gern als solches vorgezeigt. Ganz zu Unrecht. Ich meine, er hat nach Rostock und Petersberg endgültig in der IG Medien nichts mehr zu suchen. Ihr solltet ihn auffordern, seinen Mitgliedsausweis zurückzugeben.

Obwohl die Gründe dafür auf der Hand liegen, will ich noch einige Bemerkungen dazu machen:

Björn Engholm hat für den 26. 8. den „Kieler Nachrichten" (KN) ein Interview gegeben. Dabei stellte ihm der begnadete Journalist Peter Höver folgende Suggestivfrage:

“Ist Ihr Schwenk in der Asylpolitik ein Teil der Überlegungen, den Asylbewerbern die Sündenbockfunktion zu nehmen?"

Und dies ist Engholms Antwort:

"Was wir brauchen, ist die Zustimmung der Menschen zur Politik. Wenn die eigene Gesellschaft, die man ja vertritt als Politiker, einem sukzessive das Vertrauen entzieht, dann kann man nicht sagen, ich bleibe standhaft, die Fahne im Arm, und gehe aufrecht unter. Dann muß man mit der Wirklichkeit einen neuen Kompromiß finden. Und die Wirklichkeit, das sind Empfindlichkeiten der Menschen, die weiß Gott nicht alles Rechtsradikale sind."

Hier offenbart sich, in naiver Offenheit vorgetragen, der klassische Opportunismus Björn Engholms. Hier offenbart sich, was ihn und seinesgleichen als Politiker so gefährlich macht.

Wenn sie denn jemals Grundsätze politischen Wollens formulieren (lassen) und diese dann etwa in Wahlprogrammen auftauchen, ist dies doch nie etwas, wofür sie sich gegebenenfalls in die Pflicht nehmen lassen. Es sind keine Überzeugungen, für die sie zu kämpfen bereit wären (womöglich, weil ihre eigene Lebenssituation dies erforderte). Es ist Wahltaktik, die geändert wird, sobald sie den Erfolg offensichtlich nicht mehr gewährleistet. Gewählt zu werden von denen, die wählen dürfen (und die „Ausländer" dürfen es sowieso nicht), ist die Maxime ihres Handelns. Die Empfindlichkeiten der Mehrheit des für die eigene Partei anvisierten Wählerpotentials werden zur allein wahrgenommenen und das Handeln bestimmenden Wirklichkeit, mit der, wie immer sie auch aussieht und wohin sie sich entwickelt, jeweils neue Kompromisse zu schließen sind.

Daß man gar nicht um jeden Preis regieren muß - für diesen Gedanken ist in der besonderen Welt des Herrn Engholm kein Platz. Die Opfer einer so bestimmten Politik, die auch Menschen-Opfer sein können, werden quasi unwirklich, stören die Harmonie in dieser Welt. Die Engholms werden sie daher „bedauern", „betroffen" sein, auch die direkten Täter „verurteilen". Das Beste wird ihnen dennoch scheinen, die potentiellen nächsten Opfer verschwinden einfach, bevor sie Anlaß zu weiteren „Empfindlichkeiten" geben, denn immerhin ist es auch anstrengend, allzuoft neue Kompromisse ersinnen und durchsetzen zu müssen. Gerade, wenn einem die Harmonie so am Herzen liegt wie unserem Landesvater.

So wird er um dieser Harmonie willen zum gesetzgebenden (Gewalt-)Täter.



Er wird aber gar nicht quasi als Opfer der Umstände erst jetzt in die Täterrolle hineingetrieben. Er und viele andere Repräsentanten seiner Partei haben in der Vergangenheit die Entwicklung der „Empfindlichkeiten" bei den sie interessierenden Menschen vorangetrieben, sie durch ihre eigene erkennbare Anpassungsgeilheit beschleunigt und ihre praktischen Auswirkungen mit hervorgerufen. Gerade die SPD Schleswig-Holsteins präsentiert sich unter der Führung Björn Engholms seit dem Wahlsieg 1988 in wichtigen Fragen demokratischer Entwicklung als wortbrüchig und als Einpeitscherin ausländerfeindlicher Stimmungen. Täterin schon lange, hat sie wenig Grund, die unschönen Zeiterscheinungen bedauernd zu kommentieren. Ohne folgenreiche Selbstkritik bleibt das Heuchelei.

Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, daß viele Anhängerinnen und Anhänger der Sozialdemokratie nach den Gewalttagen von Rostock und der Petersberger Tagung genügend Charakterstärke aufbringen, sich gegen die angeordnete neue „Kompromiß"-Linie zu Wort zu melden und zur Tat bereit sind. Auch und gerade innerhalb der Gewerkschaften.

Björn Engholms politischer Irrweg wird noch an einer anderen Stelle des KN-Interviews deutlich.

Frage:

"Driftet da womöglich ein wachsender Teil der Bürger ab in den Rechtsradikalismus?"

Antwort:

"Das glaube ich mit innerer Überzeugung gegenwärtig nicht. Aber ich glaube, daß sich viele Probleme zusammenballen. Wir müssen den Menschen sagen: Was immer sie bedrückt in ihrem Leben, gerade in Ostdeutschland, aber auch in den großen Städten hier - sie dürfen es nicht dingfest machen, und schon gar nicht über Wut und Gewalt gegenüber Menschen anderer Hautfarbe."

Wie wir gesehen haben, ist der letzte Hauptsatz Heuchelei, da Engholm in Wahrheit den Flüchtlingen Schuld an ihrer erneuten Verfolgung in der BRD gibt.

Darüberhinaus ist es völlig abseitig, den Menschen schlicht zu sagen, sie dürften ihre Bedrückung" nicht dingfest mache Das ist geradezu eine Verhöhnung der Menschen - sofern sie realer Bedrückung ausgesetzt sind. Natürlich gilt es mit allen Mitteln zu verhindern, daß sie ihre Wut an den "Fremden" welcher Hautfarbe auch immer auslassen.

Die dafür notwendigen politischen und

rechtlichen Maßnahmen - die ich hier nicht auch noch diskutieren will, zu denen es von unserer Gewerkschaft sogar eine recht eindeutige Beschlußlage gibt - sind über Jahre und Jahrzehnte verhindert worden und sollen weiter verhindert werden.

Was nun die reale Bedrückung vieler Menschen angeht, so käme es darauf an, mit ihnen die wahren Gründe ihrer Bedrückung herauszuarbeiten, ihre wirklichen Bedrücker zu entlarven und dingfest zu machen und gemeinsam mit allen Bedrückten, also auch den "Ausländern" und den Flüchtlingen, gegen sie vorzugehen. Solidarität entsteht im Kampf gegen den gemeinsamen Feind. Eine Erkenntnis aus der Gewerkschafts-Grundschule. Schon vergessen? Hier läge unsere wesentliche Aufgabe.

Ich denke, die Differenzen zwischen dem Handeln Björn Engholms und der Beschlußlage unserer Gewerkschaft haben eine ganz andere Qualität als die üblichen Meinungsverschiedenheiten unter Kolleginnen und Kollegen. Seht ihr das anders?

Ein letzter Punkt: Unsere Gewerkschaft ist auch angesichts der Berichterstattung in vielen Zeitungen und im Fernsehen (im Rundfunk vermutlich auch, aber das habe ich nicht so verfolgt) wieder einmal besonders gefordert. Denn ein bedeutender Teil dieser Berichterstattung, der direkten Kommentierung sowieso, ist verfälschend. Nicht nur das. Wenn - nur ein Beispiel - in der abendlichen „heute"-Sendung am 29. 8. 92 in Bezugnahme auf Rostock „berichtet" wird, nun stelle die Polizei eine Sondereinheit „gegen rechten und linken Straßenterror" auf, ist das verbrecherisch. Es reiht sich ein in die vielen Versuche, auch nach Rostock krampfhaft an der verlogenen Gleichsetzung von „rechts" und „links" festzuhalten, antifaschistische Aktionen ebenfalls in den Geruch der Kriminalität zu bringen.

Offenkundig ist bei einigen das Interesse, den Ruf nach dem „starken Staat" (dem der nach dem „starken Mann" schnell folgen kann) zu provozieren. (Wir wissen doch wohl alle, daß solche Provokation auch Bestandteil faschistischer Strategie ist.)

Auch die KN ist im wesentlichen ihrer Tradition einseitiger und verfälschender Berichterstattung und Kommentierung, der Unterschlagung von Nachrichten usw. treu geblieben.

Bitter war es für mich zu erleben, wie eifrig einige Gewerkschaftsmitglieder nach dem die KN betreffenden Beschluß der Kieler Jahreshauptversammlung darangingen, Stimmung dagegen zu machen, daß wir gemeinsam über die fatale Berichterstattung und Kommentierung in den KN reden und uns Maßnahmen dagegen überlegen. Sie haben weder die besondere Verantwortung der Medien noch die besondere Verantwortung unserer Gewerkschaft in diesem Zusammenhang begriffen.

Bitter auch die Reaktion des alten Landesbezirksvorstandes, der sich, ohne auch nur das Gespräch mit dem Kieler Vorstand zu suchen, auf die Seite der Gegner unseres Beschlusses schlug.

Ich denke immer noch: Wer aus der IG Medien austreten will, weil er ihr das „allgemeinpolitische Mandat" abspricht, den oder die können wir auch nicht halten.

Ich denke auch immer noch: Druckerinnen und Drucker, überhaupt die Kolleginnen und Kollegen in der Technik, haben durchaus das Recht, sich Gedanken über den Inhalt des Produktes zu machen, das sie herstellen. Es sollte das Selbstverständlichste von der Welt sein, daß man sich in der Gewerkschaft darüber unterhält, daß man das Gespräch mit den Journalistinnen und Journalisten sucht, daß man diese gegebenenfalls auch auf ihre Verantwortung hinweist. (Sind wir selbst es nicht gewohnt, unentwegt auf Probleme und Fehler in unserer Arbeit hingewiesen zu werden, ist für uns gegenseitige Hilfestellung nicht etwas Selbstverständliches?)

Und man sollte sich selbst, einzeln und kollektiv, klar darüber werden, was man (unwidersprochen) produzieren darf, ohne sich mitschuldig zu machen an dem, was da herbeigeschrieben wird...

Haben die Rostocker Ereignisse hier Wirkung gezeigt und ein Umdenken herbeigeführt? Ich hoffe es sehr und bin in diesem Sinne gespannt auf unsere Mitgliederversammlung am 20. 9.

Zum Schluß noch eine Bemerkung zu einer voraussehbaren Reaktion auf dieses Schreiben. Mußte es denn ein offener Brief sein? (In Kiel jedenfalls gibt es einige, die gern über Formen streiten, wenn sie meinen, damit eine inhaltliche Diskussion ersticken zu können.)

Nun, ich habe diese Form gewählt, weil alle hier angeschnittenen Fragen sowieso schon öffentlich diskutiert werden und wir uns ihnen öffentlich stellen müssen; weil ich persönlich bereits mehrfach dazu Stellung genommen habe gegenüber Menschen, mit denen ich beruflich und / oder politisch zusammenarbeite; weil ich von euch eine baldige Stellungnahme zu diesen Fragen erwarte und wenigstens versuchen möchte zu verhindern, daß die notwendige Auseinandersetzung darüber auch innerhalb der Gewerkschaft vor Ort und im Bezirk noch länger hinausgeschoben wird.

Mit solidarischen Grüßen
Dietrich Lohse
Drucker, Betriebsrat WDA Brodersdorf,
Mitglied im Ortsvereinsvorstand Kiel

Lokalberichte Kiel

Gewerkschaftliche Beschlüsse - Verpflichtung zum Handeln

„Angesichts der Hetze gegen sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge stellen wir fest: Die BRD gehört zu den reichsten Ländern der Welt. Sie trägt unter anderem durch ihre Wirtschaftspolitik mit Schuld an der Not in der Welt und schafft damit Gründe zur Flucht. Sie hat daher auch die Verpflichtung, Menschen aufzunehmen, die aus diesem Grund in unserem Land Zuflucht suchen."

Diese eindeutige Aussage findet sich in einem Beschluß der Jahreshauptversammlung 1992 der IG Medien Kiel, die im Februar stattfand. Es ist einer von mehreren Beschlüssen, die sich auf die Gewalttaten von Faschisten und die sogenannte „Ausländer"-Politik beziehen. Sie alle haben bisher in der Öffentlichkeit zu wenig Beachtung gefunden. Sie alle wurden bisher von Seiten der Gewerkschaft nur ungenügend umgesetzt.

Diese Beschlüsse könnten wichtige Orientierungspunkte für antifaschistisches und antirassistisches Handeln der Gewerkschaften sein und schlagen eine Brücke zur außergewerkschaftlichen antifaschistischen Bewegung.

So auch dieser:

„Wir stellen fest: Der wachsenden Fremdenfeindlichkeit in unserem Land muß entschlossen entgegengetreten werden. Dies ist unverzichtbarer Bestandteil gewerkschaftlicher Arbeit, der wir uns - entsprechend den Beschlüssen unserer Gewerkschaftstage und den Aufrufen unseres Hauptvorstands auch in Kiel verpflichtet wissen.

In diesem Sinne streben wir gemeinsame Aktivitäten mit allen DGB-Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Kräften an.

Wir fordern den Kieler DGB auf, den „Runden Tisch" gegen Ausländerfeindlichkeit wieder ins Leben zu rufen.".

Der letzten Forderung ist der DGB bis heute nicht nachgekommem. Wir werden in den nächsten Tagen weitere Vorstöße unternehmen, um dies zu ändern.

Über die Inhalte der beschlossenen Tätigkeit gibt es, neben der eingangs angeführten Aussage zum Thema „Wirtschaftsflüchtlinge", weitere Aussagen.

„Angesichts der überschäumenden Gewalt gegen Menschen anderer Nationalität in unserem Land erklären wir uns vorbehaltlos solidarisch mit den Opfern von Gewalttaten und rassistisch motivierter Politik. Zusammen mit den als Ausländer diskriminierten Menschen treten wir ein für einen politischen Kurswechsel vom Fremdenhaß zu tätiger Solidarität, von der politischen Rechtlosigkeit der Ausländer/innen zur vollständigen Gleichberechtigung aller Menschen, die hier leben.

Das Recht auf Asyl muß als Individualrecht im Grundgesetz verankert bleiben. Es darf auch keiner „europäischen Lösung" zum Opfer fallen. Alle bisher vorgenommenen Einschränkungen sind aufzuheben.

Wir wenden uns gegen die Einrichtung von Sammellagern für AsylbewerberInnen."

Dies macht deutlich, wie sehr der politische Kurs der SPD-Landesregierung den Zielen der IG Medien zuwiderläuft. Es unterstreicht, daß wir die auf der Petersberger Tagung der SPD-Spitze verabschiedeten Richtlinien als Kampfansage auffassen müssen.

Auch mit der Verantwortung der Medien hat sich die Jahreshauptversammlung befaßt.

„Wir appellieren an Journalistinnen und Journalisten sowie die Besitzer/innen von Zeitungen und Zeitschriften, alles zu unterlassen, was die ausländerfeindliche Stimmung weiter anheizen könnte, stattdessen sachlich über die Probleme zu berichten und die wirklichen Ursachen darzustellen.

Wir stellen fest: Berichterstattung und Kommentierung in den „Kieler Nachrichten" widersprechen sehr häufig diesem Appell. Wir protestieren gegen solch tendenziösen Journalismus, der angesichts der marktbeherrschenden Stellung dieser Zeitung in Schleswig-Holstein besonders schlimme Auswirkungen hat. Wir bitten die in der IG Medien organisierten Kolleginnen und Kollegen bei den KN, dies zum Thema innerbetrieblicher Versammlungen zu machen und gemeinsam mit dem Ortsvereinsvorstand auf eine Veränderung dieses Zustands hinzuwirken."

Bei vielen Kolleginnen und Kollegen der KN ist dieser Beschluß auf Ablehnung gestoßen. Die Diskussion ist allerdings nicht beendet. Wie wichtig die Umsetzung dieses Beschlüsse wäre, beweist die KN selber jeden Tag. Eine Mediengewerkschaft verliert in dem Maße an Glaubwürdigkeit, wie sie solches unwidersprochen geschehen läßt. Der Widerstand dagegen ist aber leider nichts Selbstverständliches und will gelernt sein; dazu bedurfte es des Anstoßes, der das Schweigen durchbrach, dazu bedarf es der Auseinandersetzung, des Streits, der Ermutigung aller, die kritisch denken - ein recht schmerzhafter Prozeß, dessen Ausgang nicht feststeht. Noch hoffe ich, daß offener und verdeckter Rassismus, Dummheit und Ängstlichkeit in dieser Auseinandersetzung unterliegen.

Zwei andere Beschlüsse waren Anfang des Jahres von besonderer Aktualität. Zum einen die Solidaritätserklärung mit den Kolleginnen und Kollegen der Postgewerkschaft, die sich gegen die Verteilung ausländerfeindlicher Wurfsendungen zur Wehr setzten. Darin hieß es übrigends auch: „Wir bekräftigen in diesem Zusammenhang unsere Forderung nach Verbot und Auflösung aller faschistischen Organisationen." - Zum anderen dieser: „Wir fordern die Landesregierung auf, den Flüchtlingen, die sich in der Norderstedter Shalom-Gemeinde aufhalten, Bleiberecht in Schleswig-Holstein zu gewähren." Das hatte sich dann ja schnell „erledigt". Interessant bleibt dennoch ein Schreiben des Sozialministers Günther Jansen, in dem er zu dieser Forderung Stellung bezog.

Dieses Schreiben schließt mit der dreisten Bemerkung. „Die Resolution der Jahreshauptversammlung der IG Medien Kiel zeigt leider, daß die Kirchenbesetzer mit ihrer öffentlichen Desinformations- und Propagandakampagne zumindest einen gewissen Erfolg erzielt haben."

Etwa in der Mitte findet sich ein Satz aus der öffentlichen Desinformations- und Propagandakampagne der Landesregierung: „Bei der konsequenten Haltung der Landesregierung in diesem Punkt" -wo sonst war sie auch je so konsequent?- „ist es niemals darum gegangen, die 'Härte des Staates' gegenüber einer Gruppe von Asylbewerbern zu demonstrieren, sondern die Funktionsfähigkeit des politischen Asylrechts in einer Zeit zu bewahren, in der dieses heftigen Angriffen von allen politischen Seiten ausgesetzt ist." (Von unserer Seite nicht, Herr Jansen. Aber auf Genauigkeit kommt's Ihnen eh nicht an.)

Am Anfang des Schreibens schließlich findet sich dieser Absatz: „Sehr geehrter Herr Lohse, Ihren Brief vom 19.2. 1992 habe ich erhalten. Das Recht auf politisches Asyl und dessen Festschreibung als individuelles Grundrecht im Grundgesetz war eine der wenigen und wichtigsten konkreten Lehren aus der Nazi-Diktatur. Auch deshalb hat sich die schleswigholsteinische Landesregierung(...) so nachdrücklich allen Bestrebungen widersetzt, das Grundgesetz in diesem Punkt zu ändern, zumal die Formulierung im Artikel 16 an Klarheit nichts zu wünschen übrig läßt."

So verliert innerhalb von sieben Monaten eine der wichtigsten Lehren aus der Nazi-Diktatur an Bedeutung.

Man könnte nun noch fragen, was sich hinter dem Auslassungszeichen im letzten Zitat verbirgt. Es ist nur ein Wort und zeigt doch die ganze für einen guten deutschen Politiker so typische Vor- und Weitsicht. Es lautet. „bislang".

D. L.

Freiheit für Gerhard Bögelein!

Im Prozeß gegen Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn sind am 18. Mai die Urteile verkündet worden: Freispruch für Karl Kielhorn aber lebenslänglich für Gerhard Bögelein.

Der seit Dezember 1990 trotz schwer angeschlagener Gesundheit und Medikamentenabhängigkeit in Untersuchungshaft gefangene Gerhard Bögelein (69) wurde von da 22. Strafkammer des Hamburger Obelandesgerichtes unter Vorsitz von Diethelm Erdmann für schuldig befunden, 1947 den NS-Militärichter Erich Kallmerten ermordet zu haben. Dieses Urteil ist ein weiterer Schritt auf dem traditionsreichen Weg bundesdeutscher Geschichtsfälschung. Gerächt und somit auch gerechtfertigt werden die Täter, verurteilt - nun auch juristisch - wird der aktive antifaschistische Widerstand.

Der Täter als Opfer im Sinne der Anklage

Kallmerten war NS-Militärrichter an der Ostfront. Der Oberstabsrichter war in der 132. Division tätig und gleichzeitig den Richtern sämtlicher 30 Divisionen der berüchtigten „Kurland Armeegruppe" übergeordnet. Er unterzeichnete die Todesurteile für diesen Bereich. Mindestens 176 Todesurteile gegen Deutsche, Russen, Esten, Letten und Litauer hatte er zu verantworten.

Wie der Moskauer Germanist und Historiker Professor Brodski der taz (3.4.92) berichtete, war die „Kurland Armeegruppe" im August 44 schon vollständig von der Roten Armee eingekesselt. Hitler und Generaloberst Schörner (Komman-deur im „Kurland") hatten beschlossen, die Soldaten bis zum letzten Mann ihrem Schicksal zu überlassen. Das „Nationalkomitee Freies Deutschland" entsandte 33 diplomatische Kuriere mit einen Kapitulationsangebot an Schörner, das von dem in sowjetischen Gefangenschaft befindlichen Feldmarschall Paulus und anderen hohen deutschen Offizieren unterstützt wurde. Eine Antwort erfolgte niemals. Das sinnlose Gemetzel wurde noch acht Monate fortgesetzt. Alle Parlamentäre, die ankamen und ihren Auftrag erfüllen konnten, wurden in Erich Kallmertens Verantwortungsbereich hingerichtet.



Gerhard Bögelein



Karl Kielhorn

1992, im Hamburger Prozeß, standen jedoch die durch den NS-Unrechtsstaat legitimierten Massenmorde nicht zur Debatte oder gar vor Gericht.

In der Prozeßführung waren keine nennenswerten Bemühungen zu erkennen, die Vorwürfe gegen den Militärrichter Kallmerten zu prüfen. In den Plädoyers und der Urteilsbegründung werden die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als nicht nachprüfbar verworfen. Lediglich zu Gunsten des Angeklagten sei anzunehmen - so Richter Erdmann - er (Bögelein) habe davon ausgehen können, daß Kallmerten Urteile gefällt habe, die an „Zweckmäßigkeit im Sinne nationalsozialistischer Ziele" ausgerichtet gewesen seien. Diese Sprache spricht Bände. Kallmerten galt und gilt als unbescholten.

In ganz anderer Weise aber wurde über Kallmerten in seiner Rolle als Opfer „dieses ruchlosen Gewaltverbrechens" gesprochen. Der Ankläger, Oberstaatsanwalt Duhn, folgte mit solchen Formulierungen fast buchstabengetreu den Vorgaben des Untersuchungsrichters Steckel, der in den 50er Jahren die Ermittlungen für die Erstauflage dieses Prozesses geführt hatte (s. Rote Hilfe 2/92). Während der sechs Verhandlungsmonate wurde die immer gleiche Schilderung der Tötung Kallmertens - die niemand bezeugt hatte - geradezu zwanghaft wiederholt. Allein in der Urteilsbegründung geschah dies dreimal.

Der Deserteur und Überläufer auf der Anklagebank

Gerhard Bögelein hatte sich auf dem Hintergrund seiner Deutsch-Nationalen Erziehung freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet. Seine idealisierte Vorstellung zerbrach an der Kriegswirklichkeit.

Nach drei Jahren Wehrmacht - unter anderem war er bei der Partisanenbekämpfung in Jugoslawien eingesetzt - beschloß er zu desertieren und zur Roten Armee überzulaufen, um sich bewaffnet dem antifaschistischen Widerstand anzuschließen. Noch bevor er desertieren konnte, widersetzte er sich seinem Vorgesetzten, als er an einem Erschießungs-kommando teilnehmen sollte, wurde verurteilt und kam anschließend in ein Feldstrafgefangenenlager in Estland.

Sein erster Fluchtversuch wurde verraten. Er wurde von der Feldpolizei gefoltert und kam als Minenleger nach Opotschka.

Bei einem zweiten Fluchtversuch fiel er einem faschistischen Partisanenjagdkommando in die Hände und wurde zum Tode verurteilt. Erst sein dritter Fluchtversuch im Juni 44 gelang. Er lief zur Roten Armee über. Dort war er ab August 44 in einer Spionage-Abwehr Abteilung tätig. Er wurde dazu ausgebildet, zielgerichtet Kundschaftertätigkeit im Hin-terland der Faschisten durchzuführen. Am 8. März sprang er zusammen mit einem Funker im Samland ab. Die Gruppe wurde verraten, geriet in Gefangenschaft, wurde von der Gestapo verhört und Bögelein wurde am 9. April - als 21-jähriger - von einem NS-Militärgericht zum Tode verurteilt. In allerletzter Minute gelang der Gruppe die Flucht und sie erreichten in den Wirren der letzten Kriegstage die Linien der Roten Armee. Später wurde er mit der Aufgabe betraut, Kriegsverbrecher aufzuspüren und zu verhören. Dies war auch im Kriegsgefangenenlager Klaipeda/Litauen seine Aufgabe. Für einen Deserteur und Überläufer ein typischer Lebenslauf.

Im Verlauf des Hamburger Prozesses aber wurde immer wieder versucht, Gerhard Bögelein als unglaubwürdigen, verwirrten und anmaßenden Spinner zu diffamieren. Als er von sich sagte, er wäre damals sehr mutig gewesen, wurde ihm das als Geltungssucht ausgelegt. Monatelang wurden Zeugenaussagen verlesen, in denen Gerhard Bögelein im NS-Jargon geschildert wurde: Deserteure waren minderwertige Psychophaten, Kriminelle, Versager und Feiglinge, tierisch, instinkthaft, Schädlinge - vor allem aber verlogene Verräter". Ohne Einspruch wurde diese braune Soße über Gerhard Bögelein ausgekippt.

Alle Versuche Gerhard Bögeleins, sich dieser Flut entgegen zu stellen, wurden unterminiert. Wenn er sich dem Vorwurf, er sei im Lager ein gekaufter Spitzel gewesen, dadurch zu erwehren suchte, daß er darauf beharrte, ganz offiziell für den NKWD gearbeitet zu haben, so wirkte dies eher noch strafverschärfend. Wenn er sich an die ganzen Umstände um den Tod Kallmertens nicht mehr so genau erinnern konnte und dies damit begründete, daß ihm das alles nicht so wichtig gewesen sei, es habe in jener Zeit so viele Tote gegeben, dann wurde ihm dies als kaltblütiger Zynismus ausgelegt. Mit Unterstützung der Presse - bis hin zur taz - war man sich einig, bei dem Angeklagten handele es sich um eine unglaubwürdige, nicht ernstzunehmende Persönlichkeit. Im Verlauf der Verhandlung verstummte Gerhard Bögelein resigniert.

Die Tochter des Täters als Nebenklägerin

Die Tochter des NS-Richtas Kallmerten, Frau Sackmann-Schäfer, hat als Nebenklägerin eine von Richtern, Staatsanwalt, Verteidigung, als auch einem Teil der Öffentlichkeit und der Presse mit Lob und Anerkennung aufgenommene Erklärung abgegeben. Nicht Rach-sucht, sondern eine an der Wahrheit orientierte Haltung hätten ihr Verhalten in diesem Prozeß gekennzeichnet. Mit Rücksicht auf die Gefühle der Tochter verzichteten die Verteider darauf, die Rolle des Kriegsrichters näher zu untersuchen.

Das wirft ein Schlaglicht auf den psychologischen Hintergrund, vor dem die gegenwärtige Geschichtsfälschung betrieben wird. Das Dilemma der zweiten Generation besteht darin, mit der Schuld der Eltern leben zu müssen. Der Widerstreit zwischen Anklage und Verteidigung der Eltern muß ausgehalten werden. Statt dessen wird immer wieder versucht, durch Versöhnung endlich Frieden zu finden.

Alle sind ein bißchen Opfer und ein bißchen Täter. Schließlich hätten ja damals zwei totalitäre Regime gegenübergestanden und der Einzelne wäre Zwängen ausgesetzt gewesen, die wir heute nicht mehr nachvollziehen könnten. Rot ist gleich braun, aber damit haben wir ja heute nichts mehr zu tun. Es ginge darum, heute Verantwortung zu übernehmen.

Die Annexion des Antifaschismus-Begriffes

Während sich der erste Prozeß in den 50er Jahren (in Abwesenheit von Kielhorn und Bögelein) noch als Prozeß gegen die Antifa darstellte, hat man sich jetzt in den 90er Jahren auf einen Antifaschismus-Begriff geeinigt, der seines antikapitalistischen Inhaltes beraubt ist. Er ist degeneriert zu einer pazifistisch-humanistischen Haltung, die auch jene einnehmen können, die sich als Mitläufer schuldig gemacht haben. Der Hitler-Faschismus wird als Unfall in der deutschen Geschichte dargestellt, dem alle „guten Deutschen" zum Opfer gefallen seien. Die Kontinuitäten werden verschleiert. Das ist nichts neues, neu ist, daß Kontinuitäten hergestellt werden, wo es sie nicht gibt. Der Widerstand wird dem Hitler-Faschismus gleichgesetzt. Damit wird nicht nur der DDR-Antifaschismus delegitimiert, sondern jeder Widerstand, der das Gewaltmonopol des kapita-!istischen Staates in Frage stellt.

Im Sinne dieser Gleichsetzung von Faschismus und antifaschistischem Widerstand wird im Moment auf allen Ebenen viel unternommen: KZ-Gedenkstätten werden „ergänzt". Neben den deutschen Verbrechen an der Menschheit soll das Unrecht des Stalinismus dokumentiert werden. Die Relativierung der NS-Verbrechen hatte bereits in den 70er Jahren stattgefunden. Die Debatte um die Verjährung von NS-Verbrechen war durch die Aufhebung der Verjährung von Mord beendet worden. Dadurch wurde der einfache Mord den NS-Massenmorden juristisch gleichgesetzt. Auf dieser Grundlage konnte der Prozeß gegen Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein überhaupt nur stattfinden.

Die Doppelmoral der Gleichsetzungskampagne findet auch in der zweiten Verurteilung Gerhard Bögeleins ihren Ausdruck. Das Urteil des sowjetischen Militärgerichtes 1947 gegen Gerhard Bögelein wurde ignoriert. Seine jetzige Verurteilung gilt nach Auffassung des Hamburger Gerichts nicht als Doppelverurteilung, da die erste nicht in Deutschland erfolgt ist. Die Kompetenz der sowjetischen Militärjustiz wird einfach nicht anerkannt.

Rot ist brauner als braun

Die NS-Täter Steckel und Erich Kallmerten galten und gelten noch immer als juristisch unbescholten. Gerhard Bögelein, der Deserteur, Überläufer und Widerstandskämpfer ist ein zweimal zum Tode und einmal zu lebenslang Verurteilter, denn die Todesurteile der NS-Militärjustiz gegen ihn wurden niemals aufgehoben.

Gerhard Bögelein ist mutiger gewesen, als die überwiegende Mehrheit der Deutschen. Sich dem Konformitätsdruck zu entziehen, dazu gehörte viel Mut und persönliche Stärke, vor allem aber die Fähigkeit, das Unrecht des NS-Angriffskrieges zu erkennen. Die BRD-Justiz hat nicht das Recht, ihn anzuklagen und zu verurteilen. Niemand hat das Recht, Gerhard Bögelein zu entwürdigen und zu isolieren. Er hat getan, was alle hätten tun müssen. Das Urteil gegen ihn trifft uns alle.

ORTRUD, PROZESSGRUPPE (GEKÜRZT)

Meldungen

Mahnmal am "Arbeitserziehungslager Nordmark" zerstört

Das Mahnmal am KZ am Russee (Kiel), das vom Verein "Arbeit für Alle" errichtet wurde, um an die Nationalsozialistischen Verbrechen in Kiel zu erinnern, ist zerstört worden. Bei den Tätern handelt es sich vermutlich um Neonazis.

REP-Bundesparteitag in Deggendorf

Dem im Frühsommer während des REP-Bundesparteitages im bayerischen Deggendorf gewählten Bundesvorstand gehören auch zwei REPs aus Schleswig-Holstein an: Ingeborg Akkermann, Plöner Kreisvorsitzende und Landesfrauenbeauftragte der rechtsextremen Partei, und Dr. Jens Gerd Steffen, REP-Kreisvorsitzender in Dithmarschen/Nordfriesland (beide aus Kiel). Steffen beklagt in der Juli/August-Ausgabe der Parteizeitung das Bevölkerungswachstum in der sog. „Dritten Welt" und die niedrige Geburtenzahl in der Bundesrepublik. Die Ursache für letzteres sieht er in der Einführung des Bismarck`schen Sozialgesetzgebung 1881; und nun sei „mit Ausweitung des sozialen Netzes ... die Zeit der rücksichtslosen Kinderlosigkeit in Deutschland angebrochen". Während er zur „die Einrichtung eines minimalen sozialen Netzes" in den Ländern der „Dritten Welt" rät, um die Zuwanderung von Armutsflüchtlingen zu stoppen, denkt er zur Durchsetzung bevölkerungspolitischer Ziele in Deutschland wohl eher an einen weiteren Abbau sozialer Sicherungssysteme.

Neofaschist zusammengeschlagen

Thorsten Heise, einer der Führer der Nazi-Skins im südlichen Niedersachsen und dortiger FAP-Landesvorsitzender, ist auf dem Friedhof seiner Heimatgemeine Nörten-Hardenberg von drei Männern überfallen und krankenhausreif geschlagen worden. Wie die Polizei mitteilte, wurde der 23jährige am Morgen des 12. August von den Tätern mit einem Baseballschläger, einem Holzstock und einem asiatischen Würgeholz angegriffen. Dem FAP-Funktionär seien sämtliche Zahnkronen herausgeschlagen worden. Außerdem habe er stark blutende Wunden am Hinterkopf und an der Schläfe erlitten. Hinweise auf die Täter gibt es nach Polizeiangaben bisher nicht.

Neonazis bedrohen DGB-Funktionär

Der Kreisvorsitzende des DGB in Wilhelmshaven, Manfred Klöpper, wird seit Wochen von Neofaschisten verfolgt und belästigt, nachdem er sich im Mai in einem Aktionsbündnis gegen einen Aufmarsch neonazistischer Gruppen in der Stadt engagiert hatte. Wie Klöpper Mitte August mitteilte, erhielt er beispielsweise in der Nacht zuvor erneut Anrufe, zugleich wurde an seiner Wohnungstür Sturm geläutet, er habe aber nur noch einen Wagen wegfahren sehen. Zuvor hätten anonyme Anrufer einem seiner Kinder am Telephon erklärt: „Deinen Vater kriegen wir schon." Seiner Frau sei gesagt worden, man werde ihrem Mann „den Hals abschneiden". Schon im Mai waren Flugblätter aufgetaucht, auf denen Klöpper mit Photo und Nennung seiner Adresse als „linker Radikaler" bezeichnet worden war. Nach eigenen Worten hat er außerdem vielfach anonyme Anrufe und auch Briefe unter anderem aus Berlin, Leipzig und Frankfurt/Main erhalten, in denen er etwa als „Saujudenknecht" beschimpft worden sei. Klöpper wertete diese Vorgänge als „eine Form des individuellen Terrors, den die Faschisten vor 1933 auch so angewandt haben" und sagte." Davor werden wir nicht kuschen." Der DGB-Landesverband hat beim Innenministerium in Hannover indes Polizeischutz für Klöpper erbeten.

REP wollen zur Kommunalwahl 1994 antreten

Mitte August teilte der Kreisverband Segeberg der REP mit, daß eine Beteiligung an den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im Jahre 1994 vorgesehen ist. Eine flächendeckende Kandidatur sei allerdings noch nicht gesichert. Die REP hoffen darauf, daß ihnen die Asylpolitik der Bundes- und Landesregierung selbst aus sozialdemokratischen Kreisen WählerInnen zutreibt.

Urteil gegen Rassistin in Kappeln

Vor dem Kappelner Amtsgericht wurde erneut ein Verfahren wegen einer Straftat aus rassistischen Gründen verhandelt. Die Anzeige lautete auf versuchte Körperverletzung und Sachbeschädigung. Eine 20jährige Frau stand vor Gericht. Sie hatte eine Türkin mit den Worten: „Du Ausländerfotze, sieh zu, daß Du dahingehst, wo Du herkommst" beleidigt. Desweiteren hatte die Angeklagte mit einer Bierdose aus drei bis vier Metern Entfernung nach ihr und ihrer Begleiterin geworfen. Vor Gericht gab die Angeklagte als Begründung für ihre Tat an, daß sie von der Türkin angegrinst worden sei. Auf Nachfragen des Richters gab sie zu, Türken zu hassen, weil es so viele gebe. Da keine Reue für ihre Tat zu erkennen war, wurde sie zu einem Freizeitarrest wegen Beleidigung, versuchter Sachbeschädigung und Körperverletzung verurteilt. Die Reinigungskosten von 40.- DM für die Bekleidung von zwei Zeuginnen muß sie ebenfalls zahlen

DVU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern gegründet

Seit Ende August existiert nun auch ein DVU-Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern. Zur Gründungsveranstaltung in Schwerin am 30. August waren Parteichef Gerhard Frey und einige Landesvorsitzende angereist. Woche für Woche hetzten seine Zeitungen gegen Roma und Sinti, Flüchtlinge und EinwanderInnen und fordern eine weitere Entrechtung und Schlechterstellung dieser Menschen. In seiner Rede distanzierte sich Frey scheinheilig in der Pose des Biedermannes vom rassistischen Terror in Rostock. Dabei hofft er auch auf deren Stimmen, wenn im Dezember 1994 in Mecklenburg-Vorpommern Landtagswahlen sind. Mit der Gründung des Landesverbandes ist ein notwendiger Schritt für die Kandidatur getan.

Faschistischer Gedenkhain in Dänemark zerstört

Als Reaktion auf die jüngsten Ereignisse in Rostock hat eine bisher unbekannte dänische Gruppe "Militante Antifaschisten" einen Gedenkhain dänischer SS-Freiwilliger nahe der Stadt Silkeborg zerstört. Der Hain war von Angehörigen des sogenannten Frikorps Danmark angelegt worden. Das Freikorps bestand aus dänischen Freiwilligen auf deutscher Seite, die während des Zweiten Weltkriegs der SS angegliedert worden waren. Die antifaschistische Gruppe entfernte einen Gedenkstein, ein Kreuz sowie Schilder und pflanzte stattdessen eine rote Fahne. In einem Bekennerschreiben erklärte die Gruppe unter anderem, "daß mit dem Gedenkhain versucht wird, den Einsatz des Freikorps im Zweiten Weltkrieg zu einer Frage von Finnlands Kampf gegen den Kommunismus zu machen. Dies sei reine Geschichtsfälschung, weil die Geschichte des Freikorps identisch mit dem Kampf für eine nazistische Weltordnung war. ... Die faschistische Kontinuität wird deutlich."

Bereits 1971 wurde besagter Stein schon einmal zum Objekt des Anstoßes. Kurz nach Einrichtung durch alte SS-Kameraden aus Flensburg und Dänemark unter Teilnahme der beiden dänischen Naziführer Poul Heinrich Riis Knudsen und Hans Christian Krogh Pedersen (Pedersen steht zur Zeit in Flensburg wegen schwerer und gefährlicher Körperverletzung an einer wehrlosen Hausfrau vor Gericht), die dort ihre Nazipamphlete verteilten, räumten aufgebrachte Dänen über Nacht gründlich auf. Den Rest erledigten drei Sprengstoff-Veteranen der Widerstandsbewegung mit zwei Kilogramm Aerolit.

Das ehemalige Frikorps Danmark ist Mitglied im "Kameradenwerk Korps Steiner e.V.", das noch im April diese Jahres versuchte, in Neukirchen/Ostsee gegenüber der dänischen Küste ein internationales Treffen aufzuziehen. Dänische und deutsche Antifaschisten mobilisierten die Öffentlichkeit. Der Wirt kündigte daraufhin den Veranstaltern.

Dresdner Stadtkämmerer (CDU) droht Blutbad unter Ausländern an

Günter Rühlemann, Stadtkämmerer in Dresden, drohte mehrmals in anonymen Anrufen bei der Polizei, ein Blutbad unter Ausländern anzurichten. Als "deutscher Mensch" wolle er Ordnung und seiner geregelten Arbeit nachgehen. Darin jedoch sieht sich dieser feine Mensch durch Nichtdeutsche gehindert. Anstatt ihn im hohen Bogen aus seinem Amt zu werfen meint jedoch die in Dresden regierende CDU es gehe hier nur um " eine verhältnismäßig geringe Verfehlung im Vergleich zu den Rostocker Krawallen". Rühlemann bleibt also im Amt.

Wartburgfest der Burschenschaften

Der rechten Traditionspflege entschlossen entgegentreten!

Im Oktober 1992 jährt sich zum 175. Mal das Wartburgfest der Deutschen Burschenschaften (DB). Aus diesem Anlaß werden sich Tausende von Verbindungsstudenten auf der Wartburg einfinden, uniformiert, fackel- und waffentragend, ihre Tradition pflegend.

Auch heute, wie eh und je, treibt die Deutsche Burschenschaft großdeutsche Politik und macht sich damit zur Speerspitze studentischer Verbindungen. Der Anschluß der DDR, den sie auf der Wartburg feiern werden, stellt für sie nur einen ersten Schritt zur Wiedererrichtung eines Deutschen Reiches dar. Die nächste Etappe dahin soll die Annektion des Gebietes um Kaliningrad (Königsberg) sein. „Langfristig schwebt den Burschenschaftlern sogar ein deutsch-russischer „Freistaat Preußen" in dem Gebiet vor" (Ostpreußenblatt 26/92). Auf Antrag der rechtsradikalen Münchner Burschenschaft Danubia fordert die Deutsche Burschenschaft die Bundesregierung auf, sich für diese Forderung einzusetzen. „Die DB weist die Auffassung zurück, wonach die territoriale Einheit Deutschlands mit der Kleinen Wiedervereinigung vollendet sei." Das berichtet der ale Herr Hans-Ulrich Kopp in der Jungen Freiheit (JF) 7/92 über den Burschentag in Eisenach 1992.

Zurecht weist er darauf hin, daß sich die DB nicht der schnöden Tagespolitik unterwirft. Ihre Forderungen sind auf lange Sicht angelegt, was einschließt, daß ihnen kaum sofort sichtbare Erfolge beschieden sind. „Entscheidend ist aber, daß sich hier eine politische Meinungsbildung vollzieht, an der Führungskräfte in Wirtschaft, Medien und Gesellschaft beteiligt sind." (JF 7/92) Derlei Sätze sind nicht nur so dahingesagt. So berichten die Burschenschaftlichen Blätter (BB) 3-4/90 davon, daß ein Ver-sammlungsverbot in Eisenach im März 1990 (da existierte die DDR noch) wahrscheinlich durch „die Interventionen auf höchster politischer Ebene" erfolgreich bekämpft werden konnte. Auf diesem Treffen sprach dann Hans-Dietrich Sander, dessen staatspolitische Forderungen („Ich halte es für einen symbolischen Akt, wenn ich das heute hier auf der Wartburg bei einem Treffen deutscher Burschenschaftler sagen kann, die dafür zeugen, daß Deutschland größer ist als die BRD und DDR zusammen") (Zeitenwende 4/90)) „laufend durch heftigen Applaus unterbrochen" (BB 3-4/90) wurden.

Um welche Gebietsansprüche es geht, hat der österreichische Professor und Korporierte Dr. Kuich bereits auf dem Akademiker-Tag des Verbandes Deutscher Akademikerverbände 1980 formuliert: „die Pflicht des deutschen Korporationsstudenten betonte, die Verbundenheit des deutschen Volkes von der Etsch bis an den Belt zu bewahren." (CC-Blätter 1/81)

Daß die von Kopp angesprochenen Führungskräfte nicht aus den Fingern gesogen sind, belegt eine Selbsteinschätzung aus den BB 2/89. Auf einem Interkorporations-Workshop von Waffenstudenten aus der Industrie wurde festgehalten: „Die Gesamtzahl aller Korporierten, d.h. Angehörige schlagender und nichtschlagender Verbindungen, schätzten die Anwesenden auf 160 000. Hiervon wiederum dürften sich rund 40 000 in leitenden Positionen befinden." Die Frage jedoch, ob sie ein Eliteverband sind, „wollten die Teilnehmer nicht beantworten". Denn „Mitglieder, die aufgrund ihrer beruflichen oder gesellschaftlichen Position der Elite zuzurechnen wären", seien „der Diskussion hierüber längst überdrüssig... Sie bringt schließlich auch nichts."

Dazu paßt, daß Korporierte in ihren Lebensläufen, die sie z.B. im Handbuch über Bundestagsabgeordnete veröffentlichen, von ihrer Korporation kein Wort erwähnen. Die Einflußnahme läuft eher im stillen ab, da liegt ihre Stärke.

Diese Truppe wird sich im Oktober in Eisenach treffen. Sie werden feststellen, daß Deutschland größer ist als die BRD, sie werden sicher das „Deutschlandlied" in seinen drei Strophen grölen und einiges mehr. Querverbindungen zum organisierten Rechtsextremismus sind bei solchen Inhalten kein Zufall (so ist z.B. der Alte Herr Karl Richter von der Danubia inzwischen Chefredakteur von Nation Europa). Und sicher werden Grußworte des Bundeskanzlers, wie auch der von FDP und SPD wie auf dem Burschentag 1990 in Berlin nicht fehlen. Von der CSU kann das gleich der Korporierte und Ministerpräsident Max Streibl übernehmen.

Diesem Aufmarsch deutschnationalen Ansinnens gilt es entgegenzutreten. Es gilt, Ziele und Geschichte dieser Herrschaften auch und gerade in Eisenach zu verdeutlichen. Wer Interesse hat, an der Vorbereitung von Gegenaktionen teilzunehmen, kann über das

Antifa-Archiv-Osnabrück, Postfach 1211, 4500 Osnabrück, näheres erfahren.

Peter Schulz-Oberschelp
(aus: Der Rechte Rand Nr.18)



Auch in Kiel aktiv: Schlagende Verbindungen

Dokumentation

Folgendes Schreiben schickte der Kieler Buchladen Zapata im Juni an den Merve-Verlag. Anlaß war die Veröffentlichung eines Interviewbandes mit dem nazistischen Staatsrechtler Carl Schmitt. Die Antwort des Merve-Verlages bestand aus einem Satz. Man solle die kritisierten Autoren lesen, bevor man Kritik äußert. Woher die Merve-Leute ihre Kenntnisse über die Lesegewohnheiten der Zapata-BuchhändlerInnen zu haben glauben, bleibt im Dunklen.

An den
Merve-Verlag
Crellestr. 22
1000 Berlin 62

Kiel, den 11. Juni 1992

Liebe Leute vom Merve-Verlag!

Mit Sorge beobachten wir seit einiger Zeit, wie Eure Autoren Derrida, Lyotard und Baudrillard den deutschen Rassisten, überzeugten Nationalsozialisten und Antisemiten Martin Heidegger rezipieren in einer intellektuellen Debatte, die an Arroganz gegenüber humanistischen Traditionen und erkenntnisorientierten Analysen nichts zu wünschen übrig läßt. (Der Sozialdarwinist Konrad Lorenz hat in dieser Linie einen lauten Schreier in seinem Schüler Eibl-Eibesfeld gefunden.)

Jetzt setzt Ihr noch eins drauf und veröffentlicht einen Interviewband mit dem nazistischen Staatsdenker Carl Schmitt. Da uns nicht bekannt ist, daß Schmitt sich jemals von seinen Verbrechen gegen die Menschlichkeit abgewandt hat, je ein kritisches Wort über seine führende Rolle im faschistischen Staat verloren hat, gehen wir davon aus, daß dies Interview weiter am Mythos des großen Denkers strickt. Wir fragen Euch: Warum breitet Ihr den Rechtsradikalen den Boden? Gehört die unkritische Beschäftigung mit Naziautoren zum postmodernen Zeitvertreib? Gibt es für kritische Intellektuelle nicht genug zu denken in Richtung Demokratie, Toleranz, Vernunft, Solidarität und Nächstenliebe angesichts des Erstarkens rechtsradikaler Positionen und Parteien? Oder seid Ihr inzwischen auf der Seite jener Geschichtsrevisionisten gelandet, die den Faschismus als freundliche Alternative zum Stalinismus interpretieren?

So viele Fragen. Wir, langjährige Merve-Kunden, warten auf Antworten.

Mit freundlichen Grüßen

Buchladen Zapata

Fiasko für IG Medien im Maulkorb-Prozeß gegen Antifaschisten

Vor einem politischen Scherbenhaufen und mehr als 17.000 DM Prozeßkosten steht die IG Medien nach dem Verlust eines Prozesses, den sie gegen ein Mitglied der „Bonner Initiative Gemeinsam gegen Neofaschismus" führte. Der Antifaschist hatte die früheren neofaschistischen Aktivitäten des Bonner IG Medien-Ortsvorsitzenden und Redakteurs im Bonner Büro der „Frankfurter Rundschau", Helmut Lölhöffel, enttarnt. Lölhöffel kommt aus der Nazi-Sekte „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e. V." (DUR) und war ein Top-Funktionär der DUR-Jugendorganisation „Bund Deutsch-Unitarischer Jugendlicher e. V." (BDUJ). Erste journalistische Erfahrungen sammelte er in dem DUR-Nazi-Blatt „glaube und tat", wo er gegen die demokratische Presse hetzte und den BDUJ an der „Hitler-Jugend"-Ideologie zu orientieren versuchte. Unter der Überschrift „Unsere Wimpel" schrieb er hier z. B.:

„'Die Fahne ist mehr als der Tod' hat einmal der Wahlspruch eines bedeutenden Mannes gelautet. Doch darin sind wir uns wohl einig, daß uns ein Menschenleben mehr bedeutet als ein Stück Tuch - auch, wenn dieses ein Symbol darstellt. Aber ist unser Wimpel nicht doch mehr als ein Stück Tuch? ... Auf der einen Seite des Wimpels sind die beiden sich überdeckenden Runen aufgenäht, das Symbol unseres Bundes. ... Und darum wird unserer Wimpel zum sichtbaren Ausdruck unseres gemeinsamen Strebens. überall, wo sich Mädel und Jungen zu unserer Sache bekennen, wird der Wimpel mit unserer Rune auf seiner einen Seite wehen. ... Darum ist er uns mehr als ein Stück Tuch. ... Er wird immer Sinnbild unserer Gesinnung sein - ein Symbol unseres Strebens zur Gemeinschaft!"

„Die Fahne ist mehr als der Tod" ist der letzte Satz des Refrains des „Hitler-Jugend-Marsches", der „bedeutende Mann" muß demnach der „Reichsjugendführer" der Nazis, Kriegsverbrecher Baldur von Schirach, sein, der das Lied eigens für den NS-Propagandafilm „Hitler-Junge Quex" dichtete. In den 60er Jahren hätte man in einer für Jugendliche frei zugänglichen Publikation kaum ein deutlicheres Bekenntnis zum Nationalsozialismus abgeben können, ohne mit dem Strafrecht in Konflikt zu geraten. In den bekannten gerichtlichen Auseinandersetzungen der DUR mit AntifaschistInnen 1990/91 nahm Lölhöffel dann unter Hinweis auf sein Gewerkschaftsamt und seine Tätigkeit bei der „Frankfurter Rundschau" in einem Brief an die DUR für die Nazi-Sekte Partei und bekannte stolz, er halte „bis heute Kontakte zu einzelnen Freunden aus jener Zeit" gemeinsamer neofaschistischer Umtriebe im BDUJ; er kündigte in diesem Brief auch seine Weigerung dagegen an, in den DUR-Prozessen etwa über die nazistischen Hintergründe der Sekte auszusagen - rechtswidrig, denn ein Zeugnisverweigerungsrecht aus Rücksicht auf seine alten Sekten-Freunde steht ihm hier nicht zu. Recherchen ergaben, daß er tatsächlich aus der BDUJ-Zeit mit fast der

gesamten heutigen Sektenspitze persönlich bekannt ist, denn die damaligen Teens und Twens leiten heute die DUR.

Den Antifaschisten, der all dies veröffentlichte und die IG Medien zu einem klaren Trennungsstrich nach rechts hin aufforderte, verklagte Lölhöffel auf Unterlassung von insgesamt zehn Äußerungen, was einem verfassungswidrigen Maulkorb gleichgekommen wäre. Für die Klage erhielt er jenseits der Gewerkschaftssatzung Rechtsschutz der IG Medien. die damit wohl erstmalig in ihrer Geschichte einen Prozeß gegen die Pressefreiheit finanzierte. Politisch unterstützt wurde der FR-Journalist von einer Reihe Prominenter, die Lölhöffel scheinbar für ihre Schlagzeilen zu brauchen glaubten. In einem „Offenen Brief" erklärten sie die Vorwürfe gegen Lölhöffel zu „Hirngespinsten", verlangten ein Ende der antifaschistischen Veröffentlichungen und bekundeten Solidarität mit ihrem Presse-Spezi. Zu den Unterzeichnern zählen u. a. die SPD-MdBs Norbert Gansel (Kiel) und Horst Ehmke (Bonn) und die Grünen-MdLs von Nordrhein-Westfalen Roland Appel und Michael Vesper sowie die Verleger Arnold Bruns und Hartmut Löschke vom „Verlag Pahl-Rugenstein Nachfolger". Während des Prozesses setzte Lölhöffel mehrfach noch eins drauf, sprach gegenüber den Gerichten von nur „angebliche Gefahren" des Neofaschismus in Deutschland und erklärte: „Ein faschistischer Inhalt (seiner) früheren Veröffentlichungen läßt sich nicht feststellen", er habe doch nur „Fahrtenberichte" über Jugendgruppen (!) geschrieben. Demnach kann oder will der FR-Journalist also auch 1992 nicht einsehen, daß z. B. der „Hitler-Jugend-Marsch" ein faschistisches Lied war. Zu seinen heutigen exzellenten Verbindungen zu Leuten aus der Nazi-Sekte schwieg er sich dagegen aus.

Das Oberlandesgericht Köln prüfte Lölhöffels neofaschistische Aktivitäten und befand sie für gewichtig. Es wies im Juni 1992 letztinstanzlich alle Unterlassungsbegehren des FR-Journalisten als verfassungswidrig zurück. Der Antifaschist gewann diesen letzten noch anhängigen „Unitarier"-Prozeß vollständig und darf alle Äußerungen über Lölhöffel weiter verbreiten, auch die, der Journalist habe „bis heute noch exzellente Verbindungen zu einer völkisch-rassistischen Sekte", der DUR nämlich. Lölhöffel verlor inzwischen seine Gewerkschaftsämter, zu denen er bei der Neuwahl vorsichtshalber nicht mehr kandidierte; die mit ihm lauthals solidarischen Politiker schweigen sich inzwischen betreten aus. Die IG Medien muß die gesamten Prozeßkosten zahlen, und zwar aus den Beiträgen der Gewerkschaftsmitglieder, die dafür oft genug in Nachtschicht als Drucker o. ä. schwer gearbeitet haben. Die sinnlos verpulverten mehr als 17.000 DM wären für Antifa-Arbeit sicher besser angelegt gewesen.

Alois Pfreimdt

DPWV verzögert Entscheidung in Sachen „Deutsche Unitarier"

Seit über einem Jahr warten AntifaschistInnen nun schon auf die Entscheidung des DPWV-Vorstandes von Schleswig-Holstein über die weitere Mitgliedschaft von drei der völkisch-rassistischen „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR) nahestehenden Organisationen aus dem Verband.

Zur Erinnerung:

Die Verhinderung eines Vortrages des Kieler DUR-Gemeindevorsitzenden Dr. Wolfgang Deppert durch AntifaschistInnen machte den völkisch-rassistischen Charakter der Organisation auch in Kiel publik. Während die "Deutschen Unitarier" noch versuchten, städtische politische Gremien für eine Strafaktion gegen die AntifaschistInnen zu gewinnen, rumorte es bereits an anderer Stelle. Mehrere Mitgliedsorganisationen des DPWV (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband) hatten gegenüber der Gesamtorganisation wegen der Mitgliedschaft von den der DUR nahestehenden Einrichtungen Jugendbildungsstätte Klingberg, Unitarische Akademie und Hilfswerk der Deutschen Unitarier schwere Bedenken geäußert. Auf ihre Initiative hin berief der DPWV-Landesvorstand Schleswig-Holstein mehrere Gesprächsrunden ein. Dort erhielten auch Mitglieder des Antifaschistischen Forums Kiel Gelegenheit, ihre fundierten Recherchen vorzutragen. Wolfgang Deppert legte mit etlichen Wochen Verzögerung eine Gegendarstellung vor, bei der bis heute allerdings völlig unklar geblieben ist, ob es sich um eine persönliche Interpretation oder eine offizielle Stellungnahme seines Verbandes handelt. Inhaltlich überzeugte diese Ausarbeitung ohnehin nicht; die Vertreter des DPWV in der Gesprächsrunde forderten schließlich die drei Unitarier-nahen DPWV-Mitgliedsorganisationen auf, eigene Stellungnahmen zu den antifaschistischen Vorwürfen vorzulegen.Dies geschah bis heute nicht, so daß auch einige Vorstandsmitglieder einem Ausschluß nicht mehr ablehnend gegenüberstehen.

Daß ein solcher Ausschluß nach wie vor die richtige und notwendige Konsequenz ist, macht nicht nur das Verhalten der DUR deutlich, die sich nicht einmal zu einer eindeutigen verbalen Verurteilung des in ihren Reihen stark vertretenen Rassismus durchringen konnte, sondern auch neue Informationen über die Verbindung von DUR-Funktionären zur rechtsextremen Szene. In Düsseldorf ist der 65-jährige Kurt Winter nicht nur Gemeindevorsitzender der DUR, sondern zugleich Vorsitzender der FWG Düsseldorf e.V. In dieser „Freien Wählergemeinschaft" haben sich seit 1991 verschiedene ehemalige REP-und FAP-Mitglieder zusammengefunden. In Düsseldorf hat die FWG vor allem durch rassistische Aktivitäten auf sich aufmerksam gemacht. Ihr Vorsitzender Kurt Winter ist als Verleger tätig; ein Autor seines Verlages ist der Altnazi Fritz Hippler, ehemaliger Reichsfilmintendant unter Josef Goebbels und maßgeblich beteiligt an der Erstellung des antisemitischen Nazi-Hetzfilms „Der ewige Jude".

Lieblingskind aller Rechten: Kroatien

Solidarität mit Kroatien eint das heterogene Lager des westeuropäischen Rechtsextremismus, voran bundesdeutsche Rechtsaußen jeglicher Couleur. Seit Monaten schon ist Kroatien eines der Schwerpunktthemen der Berichterstattung in rechtsextremen Periodika. Zagreb scheint sich gar zum Mekka westeuropäischer „Rechts-Parlamentarier“ zu entwickeln. Anzutreffen waren in Kroatiens Hauptstadt unter anderem rechtsextreme Führergrößen wie Jean Marie Le Pen (Front National/Frankreich), Harald Neubauer (Deutsche Liga) -beide im Januar d.J. Filip Dewinter vom belgischen Vlaams Blok.

Die Solidarität mit Kroatien beschränkt sich jedoch nicht nur auf parlamentarische Reisen, sondern versteht sich auch explizit auf militärische Unterstützung vor Ort.

Im Monatsheft „Der Freiwillige. Für Einigkeit und Recht und Freiheit“ (Nr. 2/92), Organ der „Traditionsgemeinschaft der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS“ (HIAG), wird der Leserschaft beispielhaft mitgeteilt, daß eine „Niederländisch-Kroatische Arbeitsgemeinschaft“, die aus ehemaligen Kadern der Niederländischen Armee mit Kampferfahrung im Libanon, Korea und Indonesien besteht, Söldner für die Kroatische Armee wirbt. Betont wird, daß die „serbischen Kommunisten konkret mit der Waffe in der Hand“ bekämpft werden müssen.

Bezüglich einer Beteiligung von „Deutschen Fremdenlegionären in Jugoslawien“ (Drucksache 12/2306) antwortete die Bundesregierung am 14. April d.J. (Drucksache 12/2438) auf eine Kleine Anfrage der PDS: „Der Bundesregierung liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß einzelne deutsche Staatsangehörige in die Kämpfe im ehemaligen Jugoslawien verwickelt waren bzw. sind“. Bei ihren Angaben bezieht sich die Bundesregierung auf einen Angehörigen der kroatischen Nationalgarde, der ausgesagt hatte, daß in ihren Reihen ca. 30 deutsche Staatsangehörige als Ausbilder tätig seien.

Zum letzten Gefecht gegen den dahinsiechenden Todfeind Kommunismus hatten in der Bundesrepublik verschiedene neonazistische Gruppierungen aufgerufen, darunter auch die Hamburger „Nationale Liste“ des Neonazi Drahtziehers Christian Worch. In deren Organ „Index“ wird den Kameradinnen und Kameraden im Januar d.J. lapidar mitgeteilt: „Auch wenn es für politische Kämpfer im Inland genug eigene dringende Aufgaben gibt, so halten wir die Unterstützung des tapfer kämpfenden und hart leidenden kroatischen Volkes für eine wichtige Sache.“

Nicht zum Einsatz kam ein deutsch-österreichisches „Technisches Sanitäts-Korps“ unter Führung von Gottfried Küssel, Kopf der österreichischen „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition“ (VAPO), das ab 14. Januar d.J: in Kroatien tätig sein wollte. Wenige Tage zuvor, am 7. Januar, machten die zuständigen Behörden dem Spuk ein Ende und verhafteten Küssel und seine Gesinnungskameraden. Seinen Kampfesmut konnte dagegen der bundesdeutsche





In Hamburg erscheint dieses nationalistische Magazin. Herausgeber: Rechtsaußen Hans Peter Rullmann

Neonazi Thomas Hainke aus Bielefeld, Aktivist der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ beweisen, der im Großraum Osijek zugange war.

Eigens aus Osijek ins bayrische Passau angereist, um an der diesjährigen Kundgebung (Motto: „Deutschland, Deutschland über alles“) der „Deutschen Volksunion“ (DVU) am 14. März teilzunehmen, war Vesna Pichler, deutsche Abgeordnete im kroatischen Parlament und Vorsitzende des 10.000 Mitglieder umfassenden „Verbandes der Deutschen und Österreicher in Kroatien“ (Sitz: Osijek). Parteipolitisch ist Pichler in der „Kroatischen Demokratischen Partei“ (HDS) engagiert. Vizepräsident der Regierungspartei HDS ist Josip Cvitan, ehemals Hauptmann in der deutschen Wehrmacht, der heute auch als Leiter des „Deutsch-Kroatischen Freundschaftsvereins“ (Sitz: Zagreb) fungiert. Ziel des Vereins ist die Zusammenfassung von 24.000 „Deutschen und Volksdeutschen aus Deutschland und Kroatien“. Kräftig geworben wird für diesen Verein und eine „Gesellschaft für den Wiederauf-

GEFALLEN FÜR UNSER EUROPA

Auf dem Kriegsschauplatz Kroatien ließ
der französische Kamerad

Mario REHOR
(16 1/2 Jahre alt)

für unseren Traum eines freien und
antityrannischem Europa sein Leben.

Todesanzeige im Nazi-Blatt...

bau osteuropäischer Kultur e.V. (8193 Münsing), die Bücher, Geld, Kleidung etc. nach Kroatien schafft, in „Nation+ Europa“ (NE) , dem bedeutendsten ideenpolitischen Organ des bundesdeutschen Rechtsextremismus, im neokonservativen „Criticon“ und in der „Deutschen Rundschau“, Organ der gescheiterten nationalen Sammlungspartei „Deutschen Liga“.

Zentrale Schaltstelle in Sachen Solidarität mit Kroatien ist die „Deutsch-Kroatische Gesellschaft e.V.“ (Hamburg) unter ihrem Präsidenten Hans Peter Rullmann (geb. 1933), Herausgeber des „Ost-Dienstes - Jugoslawien Dienst“ u.a. Autor im neurechten Nachrichten - u. Theorieorgan „Europa vorn“, im revanchistischen „Ostpreußenblatt“ und im internationalen Militärmagazin „Barett“. Eine weniger bedeutende Rolle spielt die „Gemeinschaft zur Forschung kroatischer Fragen e.V.“ (Mainz), die enge Kontakte zum Europaparlamentarier Dr. Otto von Habsburg unterhält.

Das Beispiel Kroatien dokumentiert das arbeitsteilige Vorgehen des bundesdeutschen Rechtsextremismus, der publizistisch, organisatorisch, finanziell und militärisch der militant antikommunistischen und autoritären Staatsführung in Zagreb unter die Arme greift. Nachdenklich stimmt, daß nicht nur rechtsextreme Kreise unverhohlene Sympathie in Sachen Kroatien bekunden.

So feierte „Bild am Sonntag“ (BamS) mit einer Millionenleserschaft am 5. April d.J. den Abschuß einer „serbischen MiG“ durch einen von der Bundeswehr ausgebildeten „Deutsch-Kroaten“: „Er zögert nur den Bruchteil einer Sekunde: Dann drückt Alexander Marx (20) auf den Knopf. Die Piloten der MiG 21 versuchen noch abzudrehen. Zu spät! Die schwedische Flugabwehrrakete Eagle des Deutsch-Kroaten trifft die Maschine in 4000 Meter Höhe. Sie stürzt über Sisak, etwa 70 Kilometer von Zagreb entfernt, brennend zu Boden. Die beiden Piloten sterben in einem Feuerball“.

Frontberichtserstattung wie zu Führers Zeiten!

Erklärung an die Presse Sirnak/Kurdistan:

Eine zerstörte Stadt

Seit dem 18. August findet in der Stadt Sirnak das gleiche Szenario wie zum Newrozfest statt: Türkische Soldaten und bewaffnete Einheiten der Polizei bombardieren die Stadt mit Hubschraubern und - wieder einmal - deutschen Panzern. Nach Mitteilungen z.B. der Menschenrechtsvereine in Kurdistan und der Weltöffentlichkeit wurden zunächst in den Vierteln Güzelyurt,Gazi,Ismetpasa und Cumhuriyet,und später im gesamten Stadtgebiet Wohnhäuser von Soldaten, Polizei und paramilitärischen Einheiten durch Brandstiftungen und Bombadierungen zerstört.Inzwischen sind 70% aller Häuser gänzlich abgebrannt. Die Sachschäden gehen in Millionenhöhe die Lebensgrundlage der Bevölkerung ist völlig zerstört. Paramilitärische Einheiten plünderten Geschäfte, es gab weder Wasser noch Strom, noch Brot. Journalisten und ausländischen Delegationen war es nicht erlaubt, die Stadt Sirnak während der Angriffe durch die Armee und auch später zu betreten. Doch selbst offizielle türkische Zeitungen berichteten von Hunderten von Toten und über 500 Verhafteten. Das Militär riegelte die Straßen ab und schoß auf alles, was sich bewegte. Mittlerweile haben fast alle Einwohner die Stadt verlassen, und diese 30.000 Kurden bestehen auf eine Verurteilung der Schuldigen, bevor sie in die Stadt zurückkehren. Der türkische Staat versucht, dieses neue Massaker am kurdischen Volk mit angeblichen Angriffen der Arbeiterpartei Kurdistans PKK gegen Sirnak zu rechtfertigen. Wir erklären hingegen, daß sich am 18. August keine PKK-Guerillas in der Stadt befanden und auch kein Angriff der PKK auf Sirnak stattfand. Inzwischen finden Massaker dieser Art auch in anderen kurdischen Provinzen statt, so z.B. in Cukurca und Hakkir. Die Gründe für diese neuen Angriffe der türkischen Armee liegen in der neugewonnen Fähigkeit des kurdischen Volkes, eigene Verwaltungen einzurichten und damit seine Unabhängigkeit vor der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren. So befindet sich das kurdische Volk auf dem Höhepunkt seiner Bemühungen, ein Nationalparlament und eine eigene Armee zu errichten. Wieder einmal wird dieser grauenvolle Terror gegen das kurdische Volk mit deutschen Waffen und Panzern begangen. Benutzt wurden z.B.. die achträdigen NVA-Panzer des Typs BTC 60, gegen deren Einsatz schon einmal im April nach internationalen Protesten ein Lieferungsstopp durch die Bundesregierung verhängt wurde. Das Waffenembargo ist inzwischen wieder aufgehoben, und damals wie heute schert sich die Türkei nicht an vertragliche Vereinbarungen.

Solange die Weltöffentlichkeit die Massaker der Türkei am kurdischen Volk stillschweigend hinnimmt,wird die Türkei ohne Skrupel ihre Vernichtungsstrategie fortsetzen! Wir protestieren aufs Schärfste gegen das Vorgehen der türkischen Armee und den Einsatz von paramilitärischen Gruppen in Kurdistan!

- Wir fordern die Bundesregierung auf,sofort und endgültig die Lieferungen von Waffen,Panzern und jeglichen Militärhilfen an die Türkei einzustellen!

Wir erwarten dabei die Unterstützung der Landesregierung Schleswig-Holsteins und eine sofortige finanzielle Hilfe für die Opfer türkischer Staatsgewalt und deutscher Waffen in Sirnak! Wir bitten die deutsche Öffentlichkeit,schnellstmöglich Delegationen nach Sirnak zu schicken,um die Menschen dort vor weiteren Massakern zu schützen,und/oder Protestbriefe an den

Außenminister der
Bundesrepublik Deutschland
Postfach
5300 Bonn 1

zu schicken,um gegen weitere Waffenlieferungen Deutschlands an die türkischen Todesschwadrone zu protestiern.

Kiel,den 4.9.1992

In Kiel lebende Kurdinnen und Kurden

Mannheim - wenn Rassisten zu Feministen werden

Am 26. Mai 92 versammelte sich ein Mob vor der Flüchtlingsunterkunft in Mannheim -Schönau. Es ging das Gerücht, daß ein Ghanaer eine 16-jährige Deutsche vergewaltigt habe. Die bewaffneten Jugendlichen konnten nur durch Polizeieinsatz daran gehindert werden, die Unterkunft zu stürmen.

Zwei Tage später, am „Vatertag"(!), versammelten sich zahlreiche Alkoholisierte und 400 „brave" BürgerInnen, teilweise bewaffnet, erneut vor dem Flüchtlingsheim, um dieses in ihre Lynchlaune zu stürmen. Dieses Szenario sollte sich auch in den darauffolgenden Tagen wiederholen.

Wie sich später herausstellte, kam der Vergewaltiger jedoch nicht aus der Flüchtlingsunterkunft.

Eine denkwürdige Begebenheit. Frauen dürfen sich zurecht die Augen reiben und sich über die unerwartete Solidarität wundern. Soviele Männer stellen sich auf unsere Seite und empören sich über die Vergewaltigung der jungen Frau?! Oder sind das nicht dieselben, die trotzdem noch mit ihrem Kumpel zusammen Bier trinken, obwohl dieser seine Frau vergewaltigt und schlägt? Soviele Fragen und nur eine Antwort: hier geht es einzig und alleine darum, einen blindwütigen, menschenverachtenden Rassismus zu rechtfertigen. Auf diese Art von Solidarität können Frauen mehr als verzichten, weil es keine Solidarität ist, sondern Funktionalisierung von berechtigter Wut auf Gewalt gegen Frauen. Rassismus im Namen der Frau hat Geschichte und Methode. Um nur einige Beispiele zu nennen.

Angela Davis schreibt in ihrem Buch „Rassismus und Sexismus", daß eine angebliche Vergewaltigung schon oft für die Legitimation einer tödlichen Selbstjustiz gegenüber Schwarzen herhalten mußte. Und sie zählte für die USA 455 Männer, die im Zeitraum von 1930-67 wegen Vergewaltigung vor Gericht standen, 405 davon waren Schwarze. (Da wir wissen, daß Vergewaltiger in allen Schichten und Ländern zu finden sind, können wir wohl kaum davon ausgehen nur schwarze Männer vergewaltigen Frauen).

Aber auch in der BRD gibt es natürlich Beispiele. Das Buch „Nicht ohne meine Tochter" von Betty Mahmoody wurde in Deutschland mehr als drei Millionen Male verkauft. Inhalt des Buches: Betty Mahmoody wird von ihrem iranischen



Frauenpropaganda der FAP

Ehemann überredet mit der gemeinsamen Tochter Mahtab in den Iran zu fliegen, um seine Familie dort kennenzulernen. Im Iran angelangt, weigert er sich zurückzufahren und hindert auch Frau und Tochter an einer Ausreise, indem er sie einsperrt. Nach viel Leid und Schlägen gelingt es der Heldin mit ihrer Tochter zusammen in die USA zu flüchten.

Das ganze Buch ist vollgespickt mit verachtenden Äußerungen gegenüber „den" IranerInnen; sie werden beschrieben als dreckige, dumme, Ungeziefer essende, hinterlistige Menschen. Und auch hier darf man ZeugIn einer erstaunlichen Verwandlung sein: die brave amerikanische Hausfrau wird zu einer scharfen Verurteilerin der Unterdrückung der Frauen - im Iran. Betty hat das Patriarchat entdeckt, doch leider lokalisiert sie es nur im Iran und nicht in Ihrer sauberen, amerikanischen Heimat. Sollte es Frauenunterdrückung nur noch bei „kulturell minderbemittelten, schmutzigen" Völkern geben?

Auch deutsche Faschistinnen wie der Frauenableger der FAP die „Deutsche Frauenfront" haben sich Nachhilfe beim Feminismus geholt. Die fordern sogar ein Frauennachttaxi und die Verschärfung des Vergewaltigungsparagraphen (ja bis-hin zur Kastration von Vergewaltigern). Wieder ein erstauntes Augenreiben? Die Begründung dieser Forderungen geben uns aber wieder Aufschluß:

„Nicht-arische Männer sollen sich nicht ungestraft an deutschen(!) Frauen vergreifen („Bewahrung der Rassenhygiene") und „Der Staat muß zum Schutze der deutschen Frau solange sorgen, bis unsere Straßen vom Verbrechertum und anderem Dreck" gereinigt werden. Im Mädelbrief (Nr. 15; 1988) verlangen die Faschistinnen denn auch Gesetze zum Schutz der deutschen Frauen auf deutschen Straßen.

Es ist anzunehmen, daß gerade im Bezug auf den Islam die Funktionalisierung des Feminismus noch weiter zunehmen wird. Das Feindbild des „Russen" verliert an Glaubwürdigkeit und Attraktivität, stattdessen wird jetzt das Bild des fanatischen, kulturlosen Islam gezeichnet. Natürlich sind Feministinnen auch gegen die Frauenunterdrückung im Islam, aber wir wollen die Geschichte, den Kontext immer mitbetrachten (Zwangsheirat gibt es z.B. nicht nur im Islam, es gab sie auch bei uns vor nicht allzuvielen Jahrzehnten). Und: wenn uns ein Mann vergewaltigt, dann interessiert uns nicht seine Hautfarbe oder Herkunft, sondern die Tatsache, daß er ein Mann ist! Wir als Feministinnen müssen uns entschieden wehren, wenn unsere Positionen zur Legitimation von Rassismus mißbraucht werden. Jetzt und in Zukunft.

K.

Einladung zum internationalen Frauenforum auf der Frauen-/Lesben-Woche 1992 in Kiel zum Thema Frauen und Rassismus.

Liebe Frauen!

Wir wollen auf der diesjährigen Frauen-/Lesben-woche ein Frauenforum organisieren. Ein Treffen vor allem mit internationalen Frauengruppen aus Kiel, aber auch einzelnen Frauen, die sich mit dem Thema Frauen und Rassismus auseinandersetzen. Dieses Treffen findet am 10.10. 92 um 14.00 Uhr in der Pumpe (Haßstr.22) statt.

Wir meinen Frauen,
- die tagtäglich von Rassismus betroffen sind, weil sie als Migrantinnen/Flüchtlingsfrauen in Deutschland leben, wiel sie nicht weiß sind oder weil sie gegen Rassismus den Mund aufmachen.
- oder die sich in Gruppen treffen und zum Thema Rassismus/Sexismus arbeiten
- oder die sich politisch organisiert haben
- oder die sich mit Frauen aus ihren Herkunftsländern treffen oder, oder,oder

Wir möchten auf diesem Frauenforum einen Austausch über folgende Punkte:
- Aus welchen Gründen haben wir Frauen uns in den Gruppen zusammengefunden?
- Wie sieht die Arbeit der einzelnen Gruppen aus?
- Welchen Stellenwert haben Frauenfragen/Feminismus in den Gruppen?

Können wir uns eine Zusammenarbeit/Kontakt der Kieler Frauengruppen vorstellen (z.B. einen Informationsrundbrief oder gemeinsame politische Aktionen)

Zu uns

Es ist uns unerträglich in einem Land zu leben, in dem Menschen in ihrem Leben bedroht werden und die Bevölkerung Beifall klatscht (siehe Hoyerswerda und Rostock), in dem Farbige und Frauen ermordet werden und dieses gleichgültig hingenommen wird.

Die alltägliche Gewalt gegen Frauen und Nicht-Deutsche erleben wir jeden Tag, z.B. Anmache im Bus diskriminierende Werbeplakate, bei der Arbeits- und Wohnungssuche. Diese alltägliche Gewalt steht in enger Wechselwirkung mit politischen Äußerungen und den Gesetzgebungen des Staates (siehe z.B. Sondergesetze gegen Migrantinnen; Vergewaltigung in der Ehe ist immer noch straffrei).

Und alles weil wir/sie ein „anderes" Geschlecht oder eine andere Hautfarbe haben.

Wir sind 10 deutsche Frauen, die sich mit diesem Thema seit einem Jahr beschäftigen und zusammen diese Veranstaltung planen. Wir freuen uns über jede die kommt!

Antirassistische Frauengruppe Kiel

WICHTIG für Mädchen und junge Frauen WICHTIG

Es gibt jetzt in Kiel eine Zufluchtstätte für Mädchen und junge Frauen ab 14 Jahren, die sich in einer Notlage befinden. Wenn Du z.B. von Jemandem bedroht, geschlagen oder sexuell mißbraucht wirst.

Wenn Du Dein Leben nicht mehr aushälst und deshalb abhauen willst, dann kannst Du Tag und Nacht eine von uns in der Zuflucht telefonisch erreichen: 0431/ 64 20 69.

Wir, das sind die Frauen vom Autonomen Mädchenhaus. Wir wissen, wie schwierig das Leben von Mädchen/jungen Frauen sein kann und kennen uns mit Krisensituationen aus. Alle Gespräche werden von uns vertraulich behandelt.

In der Zufluchtstätte kannst Du schnell eine vorübergehende Wohnmöglichkeit, Schutz und Beratung für Deine Situation und Deine weitere Lebensplanung finden. Die Adresse ist geheim, um den Schutz für bedrohte Mädchen zu sichern. Dein Aufenthalt ist freiwillig.

Wenn Du nicht dringend in der Zuflucht unterkommen mußt, aber ein Gespräch möchtest, dann kannst Du Dich auch an die Anlauf- und Beratungsstelle des Autonomen Mädchenhauses wenden.

Tel. 0431/ 73 37 75 oder 73 1000.

Dort kann Du uns zu den Zeiten

Mo 12-14 Uhr Di 14-16 Uhr
Do 10-12 Uhr

sicher erreichen und einen Termin für ein Gespräch vereinbaren. Du kannst zu dem Gespräch eine Freundin mitbringen, damit Du dich nicnt alleine fühlst.

Noch einmal die Zufluchttelefonnummer: **0431/ 64 20 69**

Bis dann!

Die Frauen vom Autonomen Mädchenhaus

Antifaschistische Diskussion

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir zwei uns zugeschickte Beiträge, die sich kritisch mit verschiedenen Aspekten des antifaschistischen Kampfes beschäftigen.

Militanz & Stärke

Auf verschiedenen Nordregionalen Antifa-Treffen, stellte sich heraus, daß es trotz diverser Treffen, kaum kontinuierliche effektive Kontakte zu anderen Städten gibt, und deshalb viele Gruppen auf sich allein gestellt sind.
Die Diskussionen innerhalb der örtlichen Antifa's kommen kaum über die eigene Stadtgrenze hinaus, d.h. eine Diskussion unter den Städten findet nicht statt und damit auch keine einheitliche Politik aller!.
Damit wir auf den Nordregionalen Antifa-Treffen nicht immer wieder dieselben Diskussionen führen müssen, wurde beschlossen örtliche Diskussionen und Standpunkte in verschiedenen Zeitungen zu veröffentlichen.
Dies soll ein Versuch sein von der Brennpunktpolitik wegzukommen und um den gleichen Diskussionsstand zu erreichen.
Die verschieden Artikel sollten vor Ort besprochen werden und dann im Nordregionalen Antifa-Treffen die verschiedenen Meinungen, der neugegründeten, alten und zersplitterten Antifa's zusammengetragen werden.
Hier nun unser Beitrag.(eine Fremdworterklärung folgt am Schluß)

Die Auseinandersetzungen mit den Faschisten nehmen immer härtere Formen an. Die Faschisten, insbesondere die Stiefel-Nazi-Scene, war schon immer brutal und menschenverachtend.

Das wir „härter" geworden sind, hat sicher seine Begründung in der tagtäglichen Auseinandersetzung mit dem erstarkenden Faschismus und Rassismus.

Die Auswirkungen, Angriffe auf das „schwächste Kettenglied", die hier lebenden AusländerInnen, aber auch die Angriffe auf linke Projekte, AntifaschistInnen, und andere BürgerInnen haben zugenommen.

In Rendsburg besteht zur Zeit die Gefahr, daß sich der antifaschistische Kampf vor Ort mehr und mehr zum Bandenkampf entwickelt und daß bestehende gesellschaftliche Widersprüche nur noch „praktisch militant" gelöst werden sollen, bzw. nicht erkannt werden.

Unsere Politik soll die Köpfe und die Herzen der Menschen gewinnen, d.h. auch unsere praktische Militanz muß vermittelbar sein, muß eingebunden sein in unserem Kampf. Der Mensch auf der Straße muß sich mit dem was wir tun solidarisieren können.

Er/Sie soll es ja nicht akzeptieren (selber militant handeln), aber wenigstens unsere Militanz tolerieren und nachvollziehen können, um mindestens die Möglichkeit zu haben, die Auseinandersetzung mit uns zu suchen.

Der Antifaschistische Kampf darf sich nicht zum Selbstzweck entwickeln, sondern muß politisch nachvollziehbar und vermittelbar sein.

D. h. : Es genügt nicht, sich militärisch sicher und stark zu fühlen, sprich die Faschos aus dem Ort zu hauen, wenn es der Rest der Gesellschaft nicht versteht und nachvollziehen kann. Der praktische militante Kampf darf nicht um der praktischen Militanz wegen geführt werden, er würde sich gegen uns richten.

Es ist klar, das uns ein großer Teil des praktischen militanten Kampfes von außen aufgedrückt wird.

Sei es durch die Exekutive, Legislative oder die Judikative des Staates.

Die Massenmedien machen sich zum Sprachrohr reaktionärer Regierungspolitik. Sie schaffen eine Pogromstimmung innerhalb der Bevölkerung und die Übergriffe gegen AusländerInnen und Flüchtlinge werden immer zahlreicher. Diese Übergriffe werden wiederum als Begründung für eine Verschärfung gesetztlicher Bestimmungen gegen Flüchtlinge herangezogen.

Wir reagierten darauf, indem wir uns richtigerweise schützend vor die Flüchtlinge und AusländerInnen stellten, bzw. offensiv die gängige Regierungspolitik angriffen. Damit richtet sich der praktische militante Kampf gegen den vordergründigen, aber sekundären Feind gegen Rechte Skinheads, Stiefelnazis, Prollfaschos usw..

Der weitaus gefährlichere Feind, nämlich diejenigen die hinter den Handlangern der Faschisten stehen, wurde „fast völlig" außer acht gelassen.

Antifaschistisch, antirassistisch zu kämpfen ist unter den heutigen Bedingungen sehr schwer. Nicht nur der offene rassistische Terror ist zu bekämpfen, sondern auch und gerade die reaktionäre rechte Entwicklung beim Rest der hiesigen Parteienlandschaft und Gesellschaft. - Damit sind auch die SPD und die Grünen gemeint. Es ist unseres Erachtens fatal nur zu schauen, ob eine der Funktionen des Faschismus, „Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ökonomie" wieder zum Tragen kommt, oder ob nicht unter einer weitergehenden Sichtweise eine „Faschisierung" von Staat und Gesellschaft stattgefunden hat, die dem Kapital zur genüge gereicht und die Stiefelnazi-Scene wie auch wir zu nützlichen Idioten für die HERRschenden gemacht werden!

Für uns war bis heute klar:

1.: Staatlich organisierter Faschismus wird stark durch Konzerninteressen

2.: Staatlich organisierter Faschismus ist die allumfassende direkteste brutalste Form der Unterdrückung von Menschen

3.: Staatlich organisierter Faschismus bedeutet patriarchale Strukturen, mit dem Ziel der totalen Unterdrückung und Unterwerfung von Frauen

4.: Staatlich organisierter Faschismus ist die konzentrierteste Form von Kapitalismus/Imperialismus (meint die Interessenwerden am agressivsten durchgesetzt).

Da aber nach Zerschlagung des organisatorischen Rahmens des Faschismus die ökonomischen Grundlage nicht zerschla-

gen wurde, sondern nur mit einem anderen Überbau versehen wurde, stellen wir folgende These auf und verbinden sie mit folgenden Fragen:

—Die immer besser werdenden Verwertungsbedingungen des Kapitals gehen einher mit einer ständigen „Faschisierung" von Staat und Gesellschaft!

—ist Faschismus oder „Faschisierung" gebunden an offen auftretende faschistische Gruppen oder Parteien?

—ist Faschismus gebunden an die Ideologie des Hitler-Faschismus (besser die Ideologie der NSDAP)?

— ist Faschismus vorstellbar als andere Form, als bekannt aus der Geschichte?

—ist Faschismus oder eine faschistische Gefahr an die Ökonomische Frage gebunden (besser: ist die wirtschaftliche Frage die entscheidende) ?

—Sind Faschisten (insbesondere die Stiefelnazi-Scene) nützliche Idioten für andere Konservative Kräfte) ?

—Ist es denkbar daß der Abbau der demokratischen Rechte (z.B.: der Grundrechte) ein Zeichen für die „Faschisierung" von Staat und Gesellschaft ist ?

— gibt es eine staatsfaschistische Gefahr innerhalb einer „Demokratie" ?

Wenn wir diese Fragen geklärt haben, werden wir vielleicht feststellen, daß, wenn wir bei der Aufteilung bleiben, das Hauptaugenmerk nur auf den Auswurf des Faschismus zu richten, ein Kampf gegen Windmühlen ist.

Die Antwort darauf, auf die Fragen, kann nicht die praktische Militanz geben; denn sie projeziert unsere Angst und Kraft nur auf den brachialen Teil des Faschismus und birgt dadurch die Gefahr der Verdrängung individueller Verantwortung und Zweifel, d.h. es entsteht innerhalb der praktisch militanten Gruppe ein Prozeß, in der es dem einzelnen Menschen nicht mehr möglich ist zu entscheiden, ob praktische Militanz (zum aktuellen Zeitpunkt) richtig oder falsch ist, sondern es geht nur noch um ein möglichst geschlossenes, taktisches, militärisches Verhalten. Dem sei hinzugefügt, daß es hier nicht um eine Verteufelung der praktischen Militanz an sich geht, sondern um eine offene Auseinandersetzung, inwieweit wir selber unsere Struktur der praktischen Militanz, männlichen Verhaltens- und Unterdrükkungsmechanismen anwenden, um damit z.B. bestehende Rangordnungen aufzubrechen.

Brutalität, Gewalt, militärisches Makkertum, dieses sind Inhalte faschistischer Männerpolitik.

Faschismus ist die bekannteste und unverhohlendste Form von Männerherrschaft.

-Kameradschaftsideologie, d.h.: Lagerfeuerromantik, Erzählungen von Heldentaten, der Mann als militärischer Held, als Jung-Siegfried.

Die Frauen dürfen schön zu Hause Herd und Hof pflegen und haben als Gebärmaschine zu funktionieren.

Wir wollen nicht unterstellen, daß patriarchale Verhaltensweisen die Antifaschistische Politik bestimmen, doch ist das Verhalten Teilen des Antifaschistischen Spektrums nicht fremd.

Diese Diskussion ist wichtig: denn wir müssen, auch weil wir von der Gesellschaft beobachtet werden, einen Ansatz des Kampfes finden, in dem wir uns selber wiederfinden und nicht mit Faschisten in einen Topf geworfen werden können, damit der ewigen These „Rechts" gleich „Links" der Nährboden entzogen wird.

Gerade für den weiteren Antifaschistischen Kampf ist es wichtig , diese Ansätze zu finden und zu verwirklichen..

Es reicht nicht aus, Faschisten zu verdammen und sie als Übel hinzustellen, denn der Rassismus/Faschismus an sich ist wandelbar und ist den hier herrschenden Verhältnissen angepaßt!

Es folgen noch:

1.: Ist praktische Militanz im Antifaschistischen Kampf ein Ausdruck patriarchaler Gewalt?
2.: Was ist militanter Kampf?
3.: Neue politische Wege?
4.: Sind neue Strukturen für die antifaschistische Arbeit erforderlich?

Fremdworterklärung:

praktische Militanz: „bewaffneter" Kampf
sublimiert: verfeinern, ins erhabene steigern
brachial: v. Brachialgewalt;körperliche Gewalt
Executive: ausübende Gewalt
Judikative: richterliche Gewalt
Legislative: gesetzgebende Gewalt
reaktionär: rückschrittlich
Ökonomie: Wirtschaftlichkeit
Patriarchat: Männerherrschaft

Antifa-Gruppe Rendsburg

Nationalrevolutionäre Annäherungsversuche

Seit einigen Jahren sind die NationalrevolutionärInnen (Naros), eine rechtsradikale Strömung, die sich linker/revolutionärer Theorie und z.T. auch deren Sprache bedient, wieder verstärkt im rechten Lager präsent. Dabei ist auffällig, daß sie sich auch anarchistische Theorieversatzstücke aneignen und sich auszugsweise auch auf Theoretiker wie Bakunin, Stirner, Proudhon und vor allem G. Sorel beziehen.

Diese scheinbare „Nähe“ zu anarchistischen Positionen hat dazu geführt, daß das Phänomen keine Einbahnstraße blieb. Auch AnarchistInnen haben sich in der Vergangenheit und Gegenwart mit den Naros beschäftigt.

Am 20.11. 1930 fand in Berlin eine Diskussionsveranstaltung zwischen dem “Kampfbund Revolutionärer Nationalsozialisten“ und der “Anarchistischen Vereinigung Berlin“ unter der Leitung Erich Mühsams statt. Die Referenten waren Rudolf Rocker und Strasser. Diese Diskussionsversuche, die daraus entstanden waren, daß AnarchistInnen wie Strassers Leute von der „Schwarzen Front“ gemeinsam mit anderen Linken und RevolutionärInnen ihren Stadtteil gegen die SA verteidigten, brachten keine Ergebnisse und wurden wieder abgebrochen.

Dieser Artikel zeigt nun (hoffentlich) auf, wo Naros in anarchistischen Zusammenhängen publizistisch aktiv werden, bzw. wo nationales Gedankengut auch anarchistische Kreise erfaßte. Hierbei ist es uns wichtig zwischen denjenigen AnarchistInnen, die diese Diskussion kritisch und gegen Naro - Positionen (Schwarzer Faden) führten, denen die Naro - Positionen unkommentiert veröffentlichten (Karin Kramer Verlag) und schließlich denen, die bewußt Naro - Texte verleg(t)en oder deren Meinung zur Diskussion stellten (AHDE - Verlag, heute OPPO - hier speziell Hans Jürgen Degen) zu unterscheiden.

Die letzten zwanzig Jahre

Eine Person taucht immer wieder auf; H.J. Degen. Da ist sein ehemaliger AHDE - Verlag, in dem zwei Bücher von Niekisch erschienen. Niekisch saß mit in der Münchener Räteregierung und wurde später zu einem der Vordenker der Naros. Die Naro - Zeitung „wir selbst“ nannte den AHDE - Verlag „nationalanarchistisch“. Auch ein weiteres AHDE - Buch ist interessant. In „Was soll bloß aus Deutschland werden?“ schreibt der nationalistische Schweisfurth von der SPD genauso wie ein Deinert - Nationalrevolutionär. Einige Zeit später ist Degen Mitbegründer des OPPO - Verlages. Dieser Name tauchte einige Dutzend Jahre vorher in Köln schon mal auf. In diesem Rahmen tummelten sich Naros und SozialistInnen (die Quelle ist ein Buch aus einem Naro - Verlag).(nennt das Buch doch. d.S.)

Degen und vier weitere AutorInnen verzapften 1990 die Broschüre „Denk ich an Deutschland“ im Klaus Guhl Verlag. Sie wird heftigst im „Schwarzen Faden“ und der „Direkten Aktion“ diskutiert. „Sollte das nicht eher Anlaß zu einem rechten Weltbild von der „Staatsnation“sein, das Linke der „Nation“ jenseits von Patriarchat, Chauvinismus, Staat und allen sonstigen Herrschaft entgegensetzen? „ Historisch mit fast keiner Ausnahme (native americans - „IndianerInnenstämme“) war Nation immer die Vorstufe zum Staat. Nation bedeutet grundsätzlich Herrschaft, bzw. entstand immer im patriarchalen Kontext. Daß Degen den Linken verdrängte deutsche Geschichte (gespaltenes Land) vorwirft, davon spricht, daß die Linke ihre Identität selbst amputiert, indem sie die deutsche Frage nicht als eine der ihrigen begreift, sind nur weitere Ausschnitte. (Hier ist ein Blick auf Texte der nationalen Befreiungsbewegungen, z.B. Nordirland oder Baskenland sehr aufschlußreich, aber für Linke/RevolutionärInnen ist dies in der Regel nicht vergleichbar, Augen zu und durch). In einem Interview der „Direkten Aktion“ kann Degen seine Haßtiraden und Deutschtümelei nochmals darlegen. „..., daß abgesehen von ganz wenigen, sich niemand darüber Gedanken macht, was eigentlich in diesem Land passiert und was aus diesem Land werden soll.“ Kein Problem noch eine Menge mehr Beispiele zu bringen. Auch wenn ein Großteil des revolutionären Spektrums ziemlich perspektivlos ist, heißt dies nicht, daß wir uns mit Staat, Nation und Politik nicht auseinandersetzen. Doch im Gegensatz zu PolitikerInnen bleiben wir bei einer regionalen Betroffenheit, reden von uns und im Zusammenhang mit allen anderen Menschen, die hier sein und bleiben wollen. Nation heißt Nationalismus, heißt Familie als kleinstes Abbild, heißt „Heim und Herd“, heißt künstliche Gemeinsamkeiten und scheinbare Unterschiede, heißt Ausund Eingrenzen, heißt Kampf und Krieg, heißt Oben und Unten.

Daß die „Direkte Aktion“ die Inhalte z.T. begrüßte, parallel positive Elemente in der Wiedervereinigung entdeckte („Die Auflösung der Machtblöcke und der europäischen Nachkriegsordnung,..., sondern wird vielmehr ausschließlich als Bedrohung empfunden.“), verhöhnte schon damals die Eskalationsopfer eines durch Nationalismus gepuschten rassistischen und sexistischen Terrors und zeugte von maßloser Selbstüberschätzung. Es gab und gibt keine einflußreiche revolutionäre Opposition. (Was nicht heißt, daß wir nicht irgendwann doch noch in die Hufe kommen!)

Während die LeserInnenbriefe den der „DA“ gemischt kritisch waren, wurde im „Schwarzen Faden“ diese Nationalismusvariante fast gänzlich abgelehnt. Hier muß die Antwort von T.A. Struchtemeier besonders erwähnt werden, da sie im Gegensatz zu allen anderen KritikerInnen die Sprache und die darin versteckten Bilder untersuchte und entlarvte.

Ein weiteres Zitat aus dem Buch „Denk ich ...“ von einem anderen Autor (Seidel): „Solange die deutsche Nation in zwei Staaten geteilt war, konnte sich ein gesundes Nationalbewußtsein der Deutschen nicht entwickeln. Das auch das nötig ist, um den europäischen Einigungsprozeß zu befördern und damit zur Befriedung des Kontinents und der Welt beizutragen, wird von den „Vierte - Reich - Linken“ nicht in Betracht gezogen. „Das ist nicht mehr Dummheit, sondern eine Kriegserklärung gegen alles „Undeutsche“ - hier werden Interessen deutlichst sichtbar. Die Antwort kann nur sein: Anarchie statt Deutschland. (Degen und der restlich Klüngel sind für uns keine Braunen, aber gefährliche VordenkerInnen in eine noch schlimmere Richtung.)

Daß der Nautilus Verlag Texte eines Faschisten (Celine) veröffentlicht, daß vom Karin Kramer Verlag eine Person zu einer Unitarier - Tagung als RednerIn fährt, während im Antifa - Bereich zu dieser Gruppierung eine Kampagne läuft, daß dieser Verlag einen Text, der Jünger verherrlicht, herausgibt, daß sie von Eichberg einen Artikel veröffentlichen und es kein Wort der Kritik gibt, daß sie von der Kieler Antifa und mir angeschrieben werden und nicht darauf eingehen, keine öffentliche Stellung beziehen, ist betrüblich, um es nett auszudrücken. Beim Karin Kramer Verlag hat auch eine weitere Person publiziert. Bartsch ist ein Vielschreiber in politisch-historischen Randgebieten. (AnarchistInnen, TrotzkistInnen, GesellianerInnen, Naros,...). Zuletzt beweihräucherte

er Strasser in einer Biographie. Er verteidigt die Naros, bei deren „wir selbst“ Verlag er auch landete. Auch hier bis heute kein Wort vom Karin Kramer Verlag.

Auch im „Schwarzen Faden“ kamen zwei Naros zu Wort, in einer Zeit, wo RevolutionärInnen dieses Thema noch nicht in der Öffentlichkeit thematisiert hatten, außer den Revolutionären Zellen Ende 1981. Der „Schwarze Faden“ schrieb dazu, daß diese Briefe der Naros reingenommen wurden, um eine Diskussion in Gang zu bringen und deren politische Identität deutlicher zu machen. Die Diskussion wurde abgebrochen, weil zu viele Naros sich daran beteiligen wollten,der „SF“ zur Plattform geworden wäre.

Daß in einer österreichischen AnarchistInnen - Zeitung LebensschützerInnen annoncieren konnten oder eine Schweizer Politsekte nach dem Tod ihres Gurus in die hellbraune Ecke rutschte nur noch als Randbemerkungen.

Zum Schluß noch ein neueres Phänomen in der AnarchIstInnenszene. Immer mehr (auch AnarchistInnen) sprechen vom Rechts - Links - Anarchismus. In Nordamerika ist dieses ein schon etwas älteres Phänomen. Die „Libertarians“ und eine Kulturschickeria besetzen ihre Identität und Ideen mit dem Begriff „Anarchismus“. Hier feiert der einsame Kämpfer neue Hoch - Zeiten, den „freien“ völlig entfesselten Markt mit dem Eisenhans an der Spitze; aus „ohne Herrschaft“ wird „grenzenlos“. (Sie haben einen verkürzten Begriff von Staat im anarchistischen Sinne, nur gegen diesen sind sie, alles andere wird vernachlässigt - sogenannter Wirtschaftsliberalismus.) Im deutschsprachigen Raum gibt es nur wenige (einer ist mir bekannt) Leute, die diesen „Anarchismus“ vertreten. Sie stehen auf der anderen Seite der Barrikade, sie werden noch Probleme kriegen. Dies sind die mir bekannten Beispiele. Falls es Ergänzungen gibt, werde ich mich nicht freuen, aber schonmal danke. Abschließend ist zu sagen, daß es keine Einflüsse der NationalrevolutionärInnen in den mir bekannten anarchistischen Zusammenhängen gibt. Dies widerspricht dem obengenannten nicht; in der Praxis haben die Naros auch weiterhin von uns viel zu erwarten. Unsere Zeit wird kommen!

Hägar + Anonymuss 8/92

Quellen: Banal, Schwarzer Faden, Direkte Aktion, Kopien versch. Bücher, Sonderausgabe SF 92, Befreiung versch. Reader zu Naros und Antifadiskussionen

Buchbesprechungen

Rassismus und Nationalismus in Deutschland

„Zivilgesellschaft“ - in letzter Zeit ein häufig gebrauchtes Schlagwort ehemaliger Linker, vieler Grüner, „Liberaler“ und „konsumbewußter Citoyens“. Benutzt wird es, um der Meinung Ausdruck zu verleihen, daß die westeuropäischen kapitalistischen Nationalstaaten in ein angeblich neues Entwicklungsstadium getreten seien, gleichsam gebändigt wären. Klassenantagonismen, Nationalismus und Rassismus würden, so die PropagandistInnen dieser Gesellschaftsidee, hier keine wesentliche Rolle mehr spielen, der Staat wäre nach innen und außen „geläutert“. In Westeuropa sei dieser Zustand weitgehend erreicht, hier komme es jetzt auf die Verwirklichung der „Zivilgesellschaft“ auf supranationaler Ebene (EG) an. Für die neuen Nationalstaaten Mittel- und Osteuropas wird die Entwicklung zur „Zivilgesellschaft“, d.h. vor allem zu kapitalistischer Marktwirtschaft und repräsentativer Demokratie, ebenfalls zum Ziel bestimmt.

Im Sommer dieses Jahres erschien ein Buch, das das oben skizzierte Schlagwort im Titel führt: Die freundliche Zivilgesellschaft, herausgegeben von der Redaktion der Frankfurter StudentInnenzeitschrift Diskus. Der Band umfaßt verschiedene Beiträge, die innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre im Diskus erschienen sind.

Ziel der AutorInnen ist jedoch nicht die Beschwörung des zivilisierten Kapitalismus und die Werbung für ein solches Gesellschaftsmodell, sondern im Gegenteil seine Entlarvung als Trugbild und Propagandalüge. In zwei großen Blöcken zu den Themen Rassismus und Nationalismus wird am Beispiel deutscher Geschichte und Gegenwart der Mythos von der Zivilisierbarkeit (bzw. der bereits vollzogenen Zivilisierung) der BRD unter Verzicht auf grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen zerstört.

Der selbstgestellte Anspruch lautet, „die Themen Rassismus und Nationalismus in theoretischer wie in journalistischer und kritisch kommentierender Form“ darzustellen und zu behandeln. Daß dieser nicht für alle Aspekte dieser Themen innerhalb dieses Bandes verwirklicht werden kann, wissen jedoch auch die HerausgeberInnen und weisen schon in ihrem Vorwort daraufhin.

Die verschiedenen Beiträge stellen aber eine gelungene Auswahl verschiedener Teilbereiche dar und ergeben so insgesamt doch ein Gesamtbild der gesellschaftlichen Wirklichkeit des neuen (alten) Deutschlands. Dies liegt auch daran, daß nicht nur der staatliche, institutionelle Rassismus und Nationalismus z.B. anhand der Migrationspolitik und des verschärften Ausländergesetzes dargestellt wird. Es finden sich darüberhinaus unter anderem Artikel, die vor dem Hintergrund historischer Kontinuitäten und Traditionen sowie auch aktueller Bezüge (beispielsweise (Nicht-)Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs) vor deutschem Nationalismus warnen, kritische Bemerkungen zu „Multikultur“ und Forderungen nach einem Einwanderungsgesetz sowie Betrachtungen zur feministischen Tendenz der „biologistische(n) Konstruktion der Frau als 'universelles Opfer'“.

Gerade die letztgenannten Aufsätze machen das Buch für „die Linke“ interessant: Läßt sich über die Beurteilung des institutionellen Rassismus und Nationalismus unter Umständen noch ein Konsens herstellen, der die Grünen sowie sogar Teile der SPD und der Gewerkschaften umfaßt, so wird dieses Unterfangen - bezogen auf die sehr viel kleinere Gruppe von Menschen, die sich selbst politisch links von der Sozialdemokratie einordnen - sehr viel schwieriger, wenn es um Bewertungen multikulturalistischer Gesellschaftsentwürfe und/oder legislativer Versuche der Steuerung von Migrationsbewegungen geht. Auch der linke Rassismus ist noch viel zu sehr ein totgeschwiegenes Tabuthema. Das Buch über die (angeblich) freundliche Zivilgesellschaft könnte dabei helfen, die notwendigen Diskussionen darüber in der Linken zu forcieren und zur Entwicklung klarerer Positionen beitragen. Bisher sehen noch zu viele in „Multikultur“ und Einwanderungsgesetz die Zauberformel für die Eindämmung des Rassismus in der BRD, ohne zu erkennen, daß sie damit selbst auf rassitische Rezepte setzen. Immer noch wird in der internationalen Solidaritätsarbeit zu häufig eine „Homogenisierung unter Auslassung sozialer Unterschiede“ vorgenommen, wird verkannt, daß Opfer gleichzeitig auch

TäterInnen sein können. Die biologistische Konstruktion der Frau ist dafür nur ein Beispiel.

Lesenswert sind auch die Texte, die sich mit mehr theoretischen Aspekten des Rassismus beschäftigen: Da geht es zum einen um „die Zusammenhänge von Kultur, menschlichem Körper, Nation, Staat und Ökonomie im Rassismus“ und die sich daraus ableitende antirassistische Strategie, zum anderen um den „Neorassismus“, der sich u.a. durch die Betonung des „Rechts auf Differenz“ auszeichnet.

Nicht unerwähnt sollen bleiben die auführliche Besprechung von Raul Hilbergs dreibändigem Werk „Die Vernichtung der eurpäischen Juden“, einem Buch „über das Volk, das die Juden vernichtete“ sowie die zwei Beiträge, zur „Nie wieder Deutschland“-Kampagne und -Demonstration im Mai 1990.

Zu bedauern ist bei dieser Publikation lediglich, daß - wie so häufig bei solchen Veröffentlichungen - sie vergleichsweise wenig LeserInnen finden wird, daß (zu) viele, die ihr Thema (auch) angeht, sie nicht zur Kenntnis nehmen werden. Aber wie schrieb schon Max Horkheimer: „Massenauflagen von Philosophen beweisen ihre Harmlosigkeit.“

J.B.

Redaktion Diskus (Hrsg.): Die freundliche Zivilgesellschaft. Rassismus und Nationalismus in Deutschland. Edition ID-Archiv. Berlin 1992.

Schreiberinnen des Todes

Lore Shelley dokumentiert in der jetzt erschienenen deutschen Übersetzung des 1986 in den USA erschienen Buches das Schicksal der jüdischen Frauen, die in Auschwitz im Gestapo-Büro zu arbeiten hatten. Frauen, die aus dem Vernichtungsprozeß vorübergehend herausgenommen werden sollten, um die „andere“ Seite der Vernichtung, die Schreibarbeit, zu erledigen. Diese Frauen sollten nach der Planung der Lagerkommandantur niemals überleben. Zuviel wußten sie über das Geschehen, die Verantwortlichen. Trotzdem überlebten von 68 Jüdinnen, die in den Gestapo-Büros arbeiten mußten, 53 die Vernichtungsmaschiene Auschwitz.

Diese Frauen geben Zeugnis über die Vernichtungsmaschiene der Nationalsozialisten. Sehr verschieden, teils sehr detalliert und persönlich, teils mit noch immer größten Ängsten, die Erinnerung erneut heraufzubeschwören. So beschreiben sie die Arbeit in der Registratur, der Schreibstube, der Vernehmungsabteilung, dem Standesamt. Auch Frauen, die ihre Geschichte heute nicht erzählen können sowie die männlichen Häftlinge des Kommandos werden beschrieben.

Wer dieses Buch in die Hand nimmt, der taucht ein in eine Realität die auf diese Weise kaum beschrieben wird, kaum beschrieben werden kann. Lore Shelley dokumentiert eine Beschreibung dessen, zu was das Gefühl der nationalen und „rassischen“ Überlegenheit gepaart mit wirtschaftlichen und militärischen Expansionsgelüsten führen. In Zeiten in denen Bilder von pogromartigen Ausschreitungen langsam kaum mehr jemanden verunsichern eine gewichtige Mahnung.

Lore Shelley
Schreiberinnen des Todes - Lebenserinnerungen internierter jüdischer Frauen, die in der Verwaltung des Vernichtungslagers Auschwitz arbeiten mußten
AJZ Verlag,

Veranstaltungshinweise

24.09.1992	**Vorbereitungstreffen** für eine antifaschistische Demonstration am 9. November in Kiel 20.00 Uhr pumpe
28.09.1992	**Antifaschistischer Widerstand von 1970-90**. 20.00 Uhr pumpe Galerie Veranstaltende: Autonome Infogruppe Kiel/ AG Bögelein, Neumünster
05.10.1992	**Küchengespräch mit Rebellinnen**. Filmveranstaltung 20.00 Uhr pumpe Theaterraum Veranstaltende: Autonome Infogruppe Kiel/ AG Bögelein, Neumünster
09.10.1992	Sie nennen sich **„Lebensschützer“**. Informationsveranstaltung zu organisierten AbtreibungsgegnerInnen in der Bundesrepublik. Referentin: Barbara Ritter 18.00 pumpe Veranstaltende: AVANTI - Projekt Undogmatische Linke (nur für Frauen)
12.10.1992	**Rückblick auf die Zeit des Nationalsozialismus** 20.00 Uhr pumpe Galerie Veranstaltende: Autonome Infogruppe Kiel/ AG Bögelein, Neumünster
19.10.1992	**Faschistische Kontinuität am Beispiel der Justiz**. Informationsveranstaltung 20.00 pumpe Galerie: Veranstaltende: Autonome Infogruppe Kiel/ AG Bögelein, Neumünster
22.10.1992	**Frauen und Kolonialismus in Lateinamerika** 20.00 Uhr Frauenprojektehaus (nur für Frauen)
26.10.1992	**„Entsorgung“ der Geschichte**. Informationsveranstaltung mit Wolfgang Schneider 20.00 Uhr pumpe Galerie Veranstaltende: Autonome Infogruppe Kiel/ AG Bögelein, Neumünster
26.10.1992	**Frauen und internationale Bevölkerungspolitik** 20.00 Uhr Frauenprojektehaus (nur für Frauen)
30.10.1992	Antifaschistische **Kulturveranstaltung** 20.00 Uhr pumpe Theaterraum Veranstaltende: Autonome Infogruppe Kiel/ AG Bögelein, Neumünster
03.11.1992	**Frauenhandel und Sexismus**. Informationsveranstaltung 20.00 Uhr Frauenprojektehaus (nur für Frauen)
13.11.1992	**Rote Hilfe Solidaritäts-Fete** ab 18.00 Uhr Hansastraße 48 Live-Musik Theater Disco Solidarität ist eine Waffe und Waffen kosten Geld! Wegen antifaschistischer Aktivitäten, Hausbesetzungen und anderer Aktivitäten haben mehrere Menschen aus Kiel Ermittlungsverfahren am Hals. Die Ortsgruppe Kiel der Roten Hilfe organisiert deshalb diese Party, damit Anwalts-und Gerichtskosten gemeinsam "abgetanzt" werden können.
16.11.1992	**Antifaschistische Perspektiven**. Diskussionsveranstaltung 20.00 pumpe Galerie Veranstaltende: Autonome Infogruppe Kiel/ AG Bögelein
21.11.1992	**Arbeitskonferenz Ausländerarbeit in Kiel** zur Förderung breiter und handlungsfähiger Zusammenarbeitsstrukturen in den verschiedenen Bereichen der Ausländer-Arbeit ganztägig pumpe Galerie und Gruppenräume Veranstaltende: Pumpe e.V./ anderes lernen
26.11.1992	**Diskriminierung von Frauen in der Asyl- und Ausländerinnengesetzgebung** Frauenprojektehaus 20.00 Uhr (nur für Frauen)
28./29.11.1992	**Workshop "Neue Rechte"** AVANTI - Projekt Undogmatische Linke
05.12.1992	**Workshop Antirassismus** 20.00 Uhr Frauenprojektehaus (nur für Frauen)